

Sparkasse KölnBonn

Jahresabschluss 2010



Land Nordrhein-Westfalen • Regierungsbezirk Köln

Gegründet 1826

Kreditanstalt des öffentlichen Rechts

Träger der Sparkasse KölnBonn ist der Sparkassenzweckverband
"Zweckverband Sparkasse KölnBonn"

Jahresabschluss 2010

Inhalt

Lagebericht	3 – 31
A. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs inklusive des Geschäftsergebnisses und der Lage	3
1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen	3
2. Ertragslage	11
3. Finanzlage	13
4. Vermögenslage	14
B. Nachtragsbericht	15
C. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Rechnungswesen	15
D. Risikoberichterstattung	17
E. Prognosebericht	29
Jahresabschluss	32 - 86
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010	33
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	36
Anhang zum Jahresabschluss 2010	38
Versicherung des Vorstandes ("Bilanzzeit")	86
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	87
Bericht des Verwaltungsrates	88

Sparkasse KölnBonn

Land Nordrhein-Westfalen • Regierungsbezirk Köln

Gegründet 1826

Kreditanstalt des öffentlichen Rechts

Träger der Sparkasse KölnBonn ist der Sparkassenzweckverband
"Zweckverband Sparkasse KölnBonn"

A. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs inklusive des Geschäftsergebnisses und der Lage

1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen

Konjunkturelles Umfeld 2010

Nach der stärksten Rezession der Nachkriegszeit im Jahr 2009 folgte 2010 ein unerwartet starker Aufschwung. Das preisbereinigte deutsche Bruttoinlandsprodukt wuchs um 3,6 Prozent. Hatte der starke Wintereinbruch zu Jahresbeginn die wirtschaftliche Erholung zunächst noch gebremst, so wurden im Frühjahr 2010 enorme Nachholeffekte ausgelöst. Die Wachstumsdynamik erreichte mit 2,2 Prozent in den ersten drei Monaten die kräftigste Wachstumsbeschleunigung im wiedervereinigten Deutschland. Im Sommer erreichte das Vorquartalswachstum 0,7 Prozent und ging im Schlussquartal 2010 auf 0,4 Prozent zurück.

Die Weltwirtschaft erholte sich zügig von der globalen Rezession und ermöglichte einen rasanten Anstieg der deutschen Exporte. In Erwartung künftiger Absatzsteigerungen entwickelte sich zudem eine robuste Investitionsdynamik, sodass die Bruttoinvestitionen den größten Anteil am Aufschwung für sich verbuchen konnten. Die privaten Verbrauchsausgaben profitierten von dem sich schnell aufhellenden Wirtschaftsklima und der günstigen Entwicklung der Beschäftigung.

Die Arbeitslosigkeit ging im Vorjahresvergleich um 0,2 Mio auf insgesamt 3,2 Mio zurück. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg kräftig an. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen reduzierte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent. Durch die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes stieg die Anzahl der Erwerbstätigen um 0,5 Prozent auf den neuen Höchststand von 40,5 Mio Menschen. Ausschlaggebend für dieses Ergebnis waren im Jahresverlauf das Baugewerbe und die Dienstleistungsbranchen sowie das produzierende Gewerbe im Schlussquartal.

Trotz der gesamtwirtschaftlichen Erholung baute sich 2010 kein spürbarer Inflationsdruck auf. Angesichts nicht voll ausgelasteter Kapazitäten bestanden für die Unternehmen nur geringe Preisüberwälzungsspielräume. Bezogen auf das Gesamtjahr blieb die Inflationsrate mit 1,1 Prozent nach 0,4 Prozent im Vorjahr, relativ niedrig. Inflationstreibend waren die Preise für Kraftstoffe, Heizöl und Nahrungsmittel. In der Eurozone fiel die Inflationsrate als Folge der Energieverteuerung höher aus. Die durchschnittliche Inflationsrate erreichte 1,6 Prozent nach 0,3 Prozent im Vorjahr. Im Dezember 2010 lag die Inflationsrate mit 2,2 Prozent erstmals wieder über dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB).

Die EZB führte die im Vorjahr eingeleitete expansive Geldpolitik in 2010 fort. Das Leitzinsniveau blieb mit 1,0 Prozent unverändert auf einem historisch niedrigen Niveau. Die Verschuldungsproblematik in einigen Mitgliedsländern der Währungsunion erforderte zusätzliche Hilfsmaßnahmen. Im Jahresverlauf wurde die Anzahl der geldpolitischen Maßnahmen reduziert und ein Teil der bereitgestellten Liquidität zurückgeführt.

Wirtschaft in der Region Köln/Bonn 2010

Der Wirtschaftsaufschwung machte sich auch im Wirtschaftsraum Köln/Bonn positiv bemerkbar. 2010 ging in Bonn die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen von 194 auf 168 zurück. In Köln fiel der Rückgang mit minus 0,3 Prozent auf 717 beantragte Insolvenzen von Unternehmen geringer aus. Insgesamt verlief die Entwicklung in der Region Köln/Bonn günstiger als in Nordrhein-Westfalen. Landesweit wurde bei den Unternehmensinsolvenzen ein Anstieg um 5,7 Prozent ausgewiesen.

Die Industrieunternehmen in der Region konnten ihren Auslandsabsatz kräftig ausweiten. Die Bauindustrie profitierte von Nachholeffekten in Folge des langen Winters. Die Stabilisierung des privaten Konsums machte sich in einer deutlich belebten Geschäftslage der Einzelhändler bemerkbar. Die Großhändler profitierten in besonderem Maße von der globalen wirtschaftlichen Erholung. Der Dienstleistungsbereich vollzog diese Entwicklung im Jahresverlauf nach und berichtete von einer freundlicheren Geschäftslage.

Dies verbesserte auch die Aussichten für den Arbeitsmarkt in der Region Köln/Bonn. Die Anzahl der Unternehmen, die in ihrem Entwicklungskonzept einen Beschäftigungsaufbau vorsahen, nahm in allen Branchen zu. In Köln sank die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote um 0,5 Prozentpunkte auf 10,1 Prozent. Im Stadtgebiet Bonn fiel die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote um 0,6 Prozentpunkte auf 7,0 Prozent.

Trends in der Kreditwirtschaft 2010

Über drei Jahre nach dem Ausbruch der Finanzmarktkrise hat sich die Situation der deutschen Kreditwirtschaft spürbar verbessert. Trotzdem waren 2010 die Auswirkungen der Krise noch nicht überwunden. Das deutsche Finanzsystem wird von Risiken aus dem internationalen Umfeld weiter stark beeinflusst. Neben den Risiken, die von der langen Dauer der Niedrigzinsphase ausgehen, resultieren aus der Staatsschuldenkrise in den Peripherieländern des Euroraumes neue Belastungen für die Finanzmärkte. Trotz dieser Risiken entwickelte sich die deutsche Kreditwirtschaft dank der erfreulichen realwirtschaftlichen Erholung besser als zunächst erwartet.

Die Ertragslage der meisten Kreditinstitute verbesserte sich. Gute Provisionserträge und ein besseres Bewertungsergebnis aufgrund einer die Erwartungen unterschreitenden Kreditvorsorge für das Jahr 2010 waren dafür verantwortlich. Die Ausnutzung der steilen Zinsstrukturkurve und der damit verbundenen Fristentransformationsmöglichkeiten verbesserte den Zinsüberschuss bei vielen Banken und Sparkassen, nicht zuletzt bei zahlreichen kleinen und mittleren Instituten. Die stabilere Ertragslage und verbesserte Kapitalausstattung haben insgesamt die Risikotragfähigkeit erhöht.

Die deutsche Kreditwirtschaft ist unverändert von einem intensiven Wettbewerb geprägt. Die Kreditnachfrage im Firmenkundengeschäft hat sich vor dem Hintergrund der positiven Konjunkturlage freundlich entwickelt. Die Margen stehen dabei unter Druck. Von einer Kreditklemme konnte auch im Jahr 2010 nicht gesprochen werden, insbesondere nicht im Hinblick auf die mittelständischen Unternehmen, die traditionellen Kunden der Sparkassen und Kreditgenossenschaften.

Im Einlagengeschäft setzte sich der harte Wettbewerb fort, der zum Teil mit quersanktionierten Konditionen ausgetragen wird. Hier führen die neuen regulatorischen Anforderungen aus Basel III bereits heute dazu, dass viele Kreditinstitute Anstrengungen unternehmen, ihre Refinanzierung stärker im Privatkundenmarkt zu verankern.

Künftige Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III)

Am 16. Dezember 2010 veröffentlichte der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht das finale Rahmenwerk der künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III). Durch die neuen Regularien als Folge der Finanzmarktkrise soll der Bankensektor gestärkt und krisenunempfindlicher werden. Voraussetzung für die ab 2013 für alle Kreditinstitute geplante Anwendung der Neuregelungen ist der noch ausstehende Transfer in europäisches Recht. Erhöhte Mindestkapital- und Qualitätsanforderungen und Eigenkapitalbestandteile, verbindliche Liquiditätsstandards sowie der sukzessive Aufbau von Eigenkapitalpuffern sind vorgesehen. Eine neue, nicht risikobasierte Leverage Ratio soll einer überhöhten Fremdverschuldung und einer übermäßigen Ausweitung des Geschäftsumfangs entgegenwirken.

Die neuen Eigenkapitalvorschriften treten stufenweise vom 1. Januar 2013 bis zum 1. Januar 2019 in Kraft. Am Ende der Übergangsphase müssen die Kreditinstitute eine Kernkapitalquote von mindestens 8,5 Prozent und eine Gesamtkapitalquote von mindestens 10,5 Prozent aufweisen. Die Umsetzung der neuen Liquiditätsstandards soll ab dem 1. Januar 2015 beziehungsweise ab dem 1. Januar 2018 erfolgen. Die Leverage Ratio wird ab 1. Januar 2018 verbindlich.

Die Sparkasse KölnBonn hat auf Basis ihrer Mittelfristplanung und unter Berücksichtigung der neuen Basel III-Anforderungen Simulationsrechnungen zur Eigenkapitalsituation durchgeführt. Ferner hat sie in 2010 an der Auswirkungsstudie des Baseler Ausschusses (QIS 6) teilgenommen.

Die Sparkasse KölnBonn geht davon aus, durch die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Risikoreduzierung und zur Kapitalstärkung die Einhaltung der künftigen Kapitalanforderungen sicherstellen zu können.

Geschäftsentwicklung der Sparkasse Köln/Bonn

Der Jahresabschluss der Sparkasse Köln/Bonn wurde im Geschäftsjahr 2010 erstmalig unter Beachtung der neuen Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) aufgestellt. Die nachfolgenden Ausführungen nehmen Bezug auf die Entwicklung der Sparkasse Köln/Bonn im Geschäftsjahr 2010. Die angegebenen Kennzahlen wurden basierend auf der Jahresbilanz und auf der Gewinn- und Verlustrechnung als gerundete Werte berechnet:

Geschäftsentwicklung	2009 Mio EUR	31.12.2010 Mio EUR	Veränderungen Mio EUR	Veränderungen in Prozent
Geschäftsvolumen	30.428	30.069	-359	-1,2
Bilanzsumme	29.593	29.335	-258	-0,9
Kreditvolumen	21.969	21.186	-783	-3,6
Kundeneinlagen	20.285	19.935	-350	-1,7
Depotvolumen	8.819	8.960	141	1,6

Entsprechend dem der EU-Kommission vorgelegten Umstrukturierungsplan (vergleiche nachfolgenden Abschnitt "Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres") war die Geschäftspolitik der Sparkasse Köln/Bonn im Jahr 2010 gekennzeichnet von einem Abbau der Großkreditengagements und der Rückführung von Eigenanlagen sowie der damit verbundenen Reduzierung des Refinanzierungsbedarfs. Demzufolge ging das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) um 1,2 Prozent auf 30.069 Mio EUR zurück. Die Bilanzsumme reduzierte sich um 0,9 Prozent auf 29.335 Mio EUR.

Das Kreditvolumen wurde um 3,6 Prozent auf 21.186 Mio EUR reduziert. Der Umfang der Kommalkredite und großer Firmenkundenengagements sank deutlich, wohingegen die Förderkredite im Vergleich zum Vorjahr stiegen. Der Bestand an "Unwiderruflichen Kreditzusagen" (Passiva Unterstrich Posten 2. c) ist um 12,8 Prozent auf 2.146 Mio EUR gewachsen.

Kreditgeschäft

Kreditvolumen	2006 Mio EUR	2007 Mio EUR	2008 Mio EUR	2009 Mio EUR	2010 Mio EUR
Forderungen an Kunden (inklusive Wechsel)	19.290	20.421	21.778	21.107	20.427
Treuhandkredite	51	41	39	27	25
Eventualverbindlichkeiten	567	569	826	835	734
Gesamt	19.908	21.031	22.643	21.969	21.186

Die Immobilienfinanzierungen sanken um 0,5 Prozent auf 12.243 Mio EUR. Die Nachfrage für private Wohnungsbaufinanzierungen sowie für gewerbliche Immobilienfinanzierungen war im Vergleich zum Vorjahr rückläufig.

Insgesamt wurden an Firmenkunden und wirtschaftlich Selbstständige 13.466 Mio EUR, an Privatkunden 6.601 Mio EUR sowie an sonstige Kunden (zum Beispiel Kommunen, Versicherungen, Kirchen, Vereine) 1.119 Mio EUR ausgeliehen. Die Sparkasse Köln/Bonn sagte neue Kredite in Höhe von 3.462 Mio EUR zu, nach 3.015 Mio EUR im Vorjahr.

Kreditvolumen nach Kreditnehmern	2006 Mio EUR	2007 Mio EUR	2008 Mio EUR	2009 Mio EUR	2010 Mio EUR
Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige	11.808	12.932	13.753	13.846	13.466
Private	6.748	6.765	6.891	6.750	6.601
Sonstige	1.352	1.334	1.999	1.373	1.119

Eigenanlagen in Wertpapieren

Der Gesamtbestand der Eigenanlagen (Aktiva 5 und 6) der Sparkasse KölnBonn in Höhe von 3.450 Mio EUR, inklusive der Zinsabgrenzungen, gliedert sich in die Bestandteile Asset Backed Securities (ABS, 577 Mio EUR) und sonstige Wertpapiere (im Wesentlichen Anleihen von Staaten, Finanzinstituten und Unternehmen, 2.873 Mio EUR). Die Eigenanlagen der Sparkasse KölnBonn wurden im vergangenen Geschäftsjahr weiter reduziert. Unter anderem wurde die Strategische Asset Allocation (SAA, diversifiziertes Portfolio in Form von Spezialfonds) vollständig durch Verkauf der Papiere abgebaut. Dies entspricht der strategischen Ausrichtung der Sparkasse KölnBonn, sich von Geschäften, die nicht dem Risikoprofil einer traditionellen Vertriebsparkasse entsprechen, kurz- bis mittelfristig zu trennen. Diese strategische Ausrichtung ist auch Gegenstand des gegenüber der Europäischen Union abgegebenen Restrukturierungsplans der Sparkasse KölnBonn. Der Wertpapierhandelsbestand, der entsprechend den geänderten Bilanzierungsvorschriften des BilMoG unter dem Aktivposten 6a ausgewiesen wird, hatte zum Jahresende einen Bilanzwert von 109 Mio EUR, inklusive Zinsabgrenzungen.

Die sonstigen Wertpapiere als weitaus größtes Teilportfolio bilden die Grundlage für die besicherte Refinanzierung der Sparkasse KölnBonn. ABS sind strukturierte Investments in internationale Adressen. Bei Ankauf diente das Portfolio der Diversifikation des regionalen Kreditgeschäfts. Das Portfolio ist international diversifiziert, wobei 73 Prozent des Volumens auf Deutschland und das übrige Europa entfallen. Der Anteil an US-amerikanischen Forderungen beträgt 15 Prozent. Der Markt für strukturierte Wertpapiere war in den vergangenen zwei Jahren stark illiquide, was die Ermittlung von Marktpreisen angesichts sehr geringer Umsätze erschwerte. Die Sparkasse KölnBonn hat bereits umfangreiche Wertberichtigungen auf das aktuelle Portfolio in Höhe von 110,2 Mio EUR vorgenommen sowie aus Abgängen (Verkäufe und Totalausfälle) Verluste über insgesamt 119,4 Mio EUR realisiert. Für das übrige ABS-Portfolio hat die Sparkasse KölnBonn bisher reguläre Zahlungseingänge erhalten. Insgesamt wurden im Jahr 2010 Tilgungsleistungen in Höhe von 101,2 Mio EUR erbracht. Zum Bilanzstichtag setzt sich das ABS-Portfolio im Direktbestand der Sparkasse aus 111 Einzelwerten mit einem Nominalvolumen von 667,5 Mio EUR zusammen.

Die Sparkasse KölnBonn ist außerhalb ihres ABS-Portfolios mit insgesamt 370,5 Mio EUR (Bilanzwert einschließlich Zinsabgrenzung) in den Euro-Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien engagiert. In diesem Bilanzwert sind Staatsanleihen dieser Länder in Höhe von 136,6 Mio EUR enthalten. Der überwiegende Teil dieser Investments (363,5 Mio EUR) befindet sich im Anlagevermögen, die restlichen 7 Mio EUR sind Handelsbestände. Mit Blick auf die vereinbarten Unterstützungsmaßnahmen der EU-Mitgliedsstaaten geht die Sparkasse KölnBonn bei den nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewerteten Papieren des Anlagevermögens weit überwiegend davon aus, dass sie bei Fälligkeit zum Nennwert zurückgezahlt werden.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden weitere Schuldverschreibungen mit Bilanzwerten von insgesamt 309,4 Mio EUR vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen umgewidmet, da sich aufgrund der veränderten Marktverhältnisse die Halteabsicht auf die gesamte Restlaufzeit der Wertpapiere erstreckt. Zum Bilanzstichtag waren insgesamt 2.723 Mio EUR dem Anlagevermögen, das nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet wird, zugeordnet. Dieses sind circa 79 Prozent der Eigenanlagen.

Die Erholung an den Kapitalmärkten spiegelt sich in einer spürbar positiven Wertentwicklung des Eigenanlagenbestands in Wertpapieren der Sparkasse KölnBonn wider. Insgesamt sind bei den Eigenanlagen Bewertungsergebnisse und Kursgewinne sowie Kursverluste von per Saldo +15,4 Mio EUR angefallen. Darin verrechnet sind Ergebnisse von +22,9 Mio EUR aus strukturierten Investments, +1,0 Mio EUR aus dem Verkauf der SAA und -8,5 Mio EUR aus sonstigen Wertpapieren.

Handelsbestand

Im Zuge ihrer strategischen Neuausrichtung hat die Sparkasse KölnBonn in 2010 ihre Handelsstrategie geändert und die Eigenhandelsaktivitäten auf vertriebsorientiertes Geschäft für ihre Kunden begrenzt. In diesem Zusammenhang hat die Sparkasse KölnBonn die in den Vorjahren dem aufsichtsrechtlichen Handelsbuch zugeordneten Geschäfte in 2010 weitgehend in das Anlagebuch umgewidmet und zum 1. Januar 2011 den aufsichtsrechtlichen Status des Handelsbuchinstitutes im Sinne der Vorschriften des Kreditwesengesetzes aufgegeben. Da handelsrechtlich nach den durch das BilMoG geänderten Vorschriften eine Umgliederung der ursprünglich in Handelsabsicht getätigten bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte trotz Änderung der Zweckbestimmung nicht möglich war, werden diese im Jahresabschluss 2010 als Handelsbestand bilanziert. Eine Aufgliederung des unter den Bilanzposten Aktiva 6a und Passiva 3a ausgewiesenen Handelsbestandes enthält der Anhang zum Jahresabschluss.

Beteiligungen

Der unter den "Beteiligungen" (Bilanzposten Aktiva 7) und "Anteile an verbundenen Unternehmen" (Bilanz-Posten Aktiva 8) ausgewiesene Anteilsbesitz der Sparkasse KölnBonn verringerte sich um 4,4 Prozent auf 572 Mio EUR. Der Rückgang resultiert sowohl aus Kapitalrückzahlungen und Veräußerungen von Gesellschaften als auch aus Wertberichtigungen auf das Beteiligungsportfolio.

Eine erhebliche Wertanpassung betrifft die Beteiligung an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG als Anteilseigner der Landesbank Berlin Holding AG. Die Belastungseffekte der erhöhten Regulierungsanforderungen von Basel III und der Bankenabgabe haben es erforderlich gemacht, den Wertansatz dieser Beteiligung nach unten zu korrigieren.

Im Zusammenhang mit dem Projekt "Rheinparkmetropole" (Entwicklung des alten Messegeländes in Köln-Deutz zu einer Gewerbe- und Büroimmobilie) beträgt das außerordentliche Projektergebnis in 2010 rund minus 25,6 Mio EUR, nach minus 67,0 Mio EUR im Vorjahr. Unternehmen der Finanzgruppe Sparkasse KölnBonn sind hier einerseits Generalmieter, andererseits Vermieter gegenüber den tatsächlichen Nutzern. Unterschiedliche Bestimmungen zwischen den An- und Vermieterverträgen wirken sich in erheblichem Ausmaß zulasten der Sparkasse und ihrer verbundenen Unternehmen aus. Die beiden Objektteile der Rheinparkmetropole wurden nach erheblichen Verzögerungen im Vorjahr übernommen und zeitgleich an die Endmieter übergeben.

Insgesamt hat die Sparkasse KölnBonn insbesondere in der Folge der erweiterten Risikovorsorge bei ihren verbundenen Unternehmen Abschreibungen in Höhe von 16,0 Mio EUR vorgenommen sowie weitere Zuschüsse an Tochterunternehmen in Höhe von 18,2 Mio EUR getragen.

Die im Vorjahr zum Ausdruck gebrachte Erwartung, dass sich aus den Beteiligungen keine außergewöhnlichen Belastungen ergeben, hat sich damit auch aufgrund der Wertminderung bei der Landesbank Berlin Holding AG noch nicht bestätigt.

Einlagengeschäft

Kundeneinlagen	2006 Mio EUR	2007 Mio EUR	2008 Mio EUR	2009 Mio EUR	2010 Mio EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15.920	15.967	16.928	17.253	17.546
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.237	4.147	3.631	2.358	1.791
Nachrangige Verbindlichkeiten	779	758	661	674	598
Gesamt	19.936	20.872	21.220	20.285	19.935

Die gesamten Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, verbrieftete Verbindlichkeiten und nachrangige Verbindlichkeiten) verringerten sich vor dem Hintergrund des geschäftspolitisch gewollten Abbaus von Aktiva und des damit einhergehenden verringerten Refinanzierungsbedarfs um 1,7 Prozent auf 19.935 Mio EUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich erfreulicherweise um 1,7 Prozent auf 17.546 Mio EUR. Wie schon im Vorjahr vertrauten viele Kunden in verstärktem Maße der Sparkasse KölnBonn im Jahresverlauf ihre Einlagen an.

Die verbrieften Verbindlichkeiten wurden um 24,0 Prozent auf 1.791 Mio EUR zurückgeführt. Darin enthalten sind im Wesentlichen die Refinanzierung der Sparkasse KölnBonn durch die Emission von Pfandbriefen, die Ausgabe von Genussrechten sowie die Begebung von Inhaberschuldverschreibungen.

Kundeneinlagen nach Produkten	2006 Mio EUR	2007 Mio EUR	2008 Mio EUR	2009 Mio EUR	2010 Mio EUR
Sichteinlagen / Anlagekonten	5.434	5.009	5.241	7.583	7.988
Termineinlagen	1.887	2.573	3.293	1.315	1.261
Spareinlagen	5.615	5.379	5.556	5.200	5.156
Sparkassenbriefe	3.541	3.563	3.319	3.650	3.599
Schuldverschreibungen	3.459	4.348	3.811	2.537	1.931
Gesamt	19.936	20.872	21.220	20.285	19.935

Im Mittelpunkt des Kundeninteresses standen bei den Einlagen die kurzfristig disponiblen Sichteinlagen und weit überwiegend die höherverzinslichen Geldmarktkonten. Sie erhöhten sich um 5,3 Prozent auf 7.988 Mio EUR. Termineinlagen wurden aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weniger nachgefragt und verringerten sich um 4,1 Prozent auf 1.261 Mio EUR.

Bei den Spareinlagen ist ein leichter Rückgang von 0,8 Prozent auf 5.156 Mio EUR sowie bei den Sparkassenbriefen von 1,4 Prozent auf 3.599 Mio EUR festzustellen. Der Bestand an Schuldverschreibungen wurde wegen des verringerten Refinanzierungsbedarfs um 23,9 Prozent auf 1.931 Mio EUR zurückgeführt.

Depotvolumen

Das Geschäft mit bilanzneutralen Wertpapieren und Vermögensverwaltungsprodukten entwickelte sich im Jahr 2010 erfreulich. Das Bestandsvolumen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Prozent auf 8.960 Mio EUR.

Die Depotbestände an Aktien erhöhten sich im vergangenen Geschäftsjahr um 11,4 Prozent auf 1.702 Mio EUR, wobei in dem Anstieg vor allem die günstige Kursentwicklung an den Aktienmärkten zum Ausdruck kommt. Die Depotbestände an Zertifikaten sanken hingegen um 8,0 Prozent auf 253 Mio EUR. Festverzinsliche Wertpapiere und Investmentfonds waren im Vorjahresvergleich weniger nachgefragt und verringerten sich um 0,4 Prozent auf 4.514 Mio EUR beziehungsweise um 4,7 Prozent auf 1.328 Mio EUR. Die Vermögensverwaltungsprodukte stiegen im vergangenen Geschäftsjahr um 6,5 Prozent auf 1.163 Mio EUR.

Bestandsentwicklung im bilanzneutralen Wertpapiergeschäft und bilanzneutralen Vermögensverwaltungsgeschäft	2006 Mio EUR	2007 Mio EUR	2008 Mio EUR	2009 Mio EUR	2010 Mio EUR
Aktien	2.036	1.986	1.258	1.528	1.702
Zertifikate	336	444	314	275	253
Festverzinsliche Wertpapiere	3.230	3.608	3.904	4.530	4.514
Investmentfonds	1.559	1.475	1.313	1.394	1.328
Vermögensverwaltungsprodukte	1.249	1.309	1.028	1.092	1.163
Gesamt	8.410	8.822	7.817	8.819	8.960

Personal- und Sozialbereich

Zum Jahresende beschäftigte die Sparkasse KölnBonn insgesamt 4.905 (Vorjahr: 5.112) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter 2.808 (Vorjahr: 2.928) Vollzeitbeschäftigte, 1.388 (Vorjahr: 1.379) Teilzeitbeschäftigte und 249 (Vorjahr: 269) Auszubildende. In den Geschäftsjahren 2006 bis 2009 wurden auf Wunsch von Mitarbeitern Altersteilzeitverträge abgeschlossen, die sukzessive in den nächsten Jahren wirksam werden. Außerdem nutzte die Sparkasse die natürliche Fluktuation zu einer Verringerung ihres Personalbestandes. Frei werdende Stellen werden weitgehend mit internen Mitarbeitern besetzt.

Angesichts der ständigen Weiterentwicklung des Sparkassengeschäftes sowie technischer Neuerungen bildete auch im vergangenen Jahr die gezielte Förderung und Weiterentwicklung unserer Mitarbeiter einen Schwerpunkt der Personalarbeit. Um flexiblere und damit auch ökonomischere Arbeitszeitegelungen zu verwirklichen, können unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die variable Arbeitszeit sowie unterschiedliche Teilzeitmodelle nutzen. Die bankspezifische Teilzeitquote belief sich per 31. Dezember 2010 auf 32,9 Prozent, nach 32,3 Prozent im Vorjahr.

Ein besonderes Augenmerk der Personalarbeit galt in 2010 der Nachwuchsförderung. Die Sparkasse KölnBonn wurde erneut für ihre duale Ausbildung von den Industrie- und Handelskammern in Köln und Bonn für herausragende Leistungen ausgezeichnet. Besonders potenzialstarke Auszubildende erhielten die Möglichkeit bereits ausbildungsbegleitend an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg ein Studium zum Bachelor in Business Administration zu beginnen.

Nach dem besonderen Erfolg im letzten Jahr wurde auch in diesem Jahr wieder die Azubi-Geschäftsstelle geöffnet. Zwölf Auszubildende hatten die Chance, ihre Beraterqualitäten und ihre organisatorischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Vier Wochen leiteten sie eigenständig die Geschäftsstelle Dellbrück. Mit großem Erfolg meisterten die Auszubildenden diese Herausforderung. Sie erarbeiteten sich das Vertrauen der Kunden der Sparkasse KölnBonn und die Anerkennung der Kolleginnen und Kollegen.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Prüfverfahren der EU-Kommission

Am 4. November 2009 hatte die EU-Kommission ein Hauptprüfverfahren gegen die Sparkasse KölnBonn eröffnet. Hierbei ging es um die Leistung stiller Einlagen in Höhe von 350 Mio EUR durch den Träger der Sparkasse, den Zweckverband Sparkasse KölnBonn, sowie die Zeichnung von Genussscheinen in Höhe von 300 Mio EUR durch die Rheinische Sparkassen Förderungsgesellschaft mbH zugunsten der Sparkasse KölnBonn. Die Prüfung der Kommission richtete sich darauf, ob im Fall der Sparkasse KölnBonn selbst bei marktgerechter Ausgestaltung der Zinskonditionen für die Eigenkapitalinstrumente der Markt für solche Maßnahmen Ende 2008 und Anfang 2009 ausgetrocknet war und deshalb ein privater Investor das Kapital nicht bereitgestellt hätte. Seitens der Sparkasse wurden die Kapitalzuführungen als Nicht-Beihilfe angemeldet.

Die Sparkasse KölnBonn hat im Rahmen des Hauptprüfverfahrens einen umfassenden Umstrukturierungsplan vorgelegt. Dieser sieht eine Ausrichtung der Sparkasse auf das satzungsmäßige Geschäftsmodell einer Vertriebsparkasse mit regionalem Bezug vor. Die Sparkasse KölnBonn wird sich auf die typischen Dienstleistungen für ihre traditionellen Kundensegmente, das heißt Privatkunden sowie klein- und mittelständische Unternehmen, konzentrieren, sich aus Geschäftstätigkeiten wie Eigenhandel und Investitionen in strukturierte Produkte zurückziehen und nicht zum Kerngeschäft gehörende Tochtergesellschaften veräußern. Darüber hinaus plant die Sparkasse KölnBonn einen weiteren Personalabbau durch Verzicht auf Neueinstellungen. Sie wird ihre Verwaltungskosten insgesamt deutlich senken.

Mit Entscheidung vom 29. September 2010 beendete die EU-Kommission das Hauptprüfverfahren. In ihrer Entscheidung gelangt die Kommission zu der Einschätzung, dass die Rekapitalisierungsmaßnahmen zugunsten der Sparkasse KölnBonn staatliche Beihilfen im Sinne des Artikels 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) darstellen. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass der von der Sparkasse KölnBonn vorgelegte Umstrukturierungsplan die Kriterien der Umstrukturierungsmittelteilung, das heißt der Mitteilung der Kommission vom 23. Juli 2009 über die Wiederherstellung der langfristigen Rentabilität und die Bewertung von Umstrukturierungsmaßnahmen im Finanzsektor, erfüllt. Er steht im Einklang mit Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b AEUV und räumt die in der Eröffnungsentscheidung dargelegten wettbewerbsrechtlichen Bedenken der Kommission aus. Unter Berücksichtigung weiterer Vereinbarungen, insbesondere zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen, gelangt die Kommission zur abschließenden Wertung, dass die erhaltene Beihilfe mit dem Binnenmarkt vereinbar ist. Sie stellt fest, dass vorbehaltlich der Umsetzung des Umstrukturierungsplans und der Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen die Kapitalzuführungen genehmigt werden können.

EU-Anfrage zur Messehallen-Transaktion

Mit Schreiben vom 15. Mai 2007 leitete die Europäische Kommission eine Untersuchung hinsichtlich des Verkaufs der Rheinhallen der KölnMesse GmbH und des Neubaus der Kölner Messehallen (Nordhallen) ein und richtete ein Auskunftsverlangen an die Bundesrepublik Deutschland, welches von dort der Stadt Köln zur Auskunftserteilung zugeleitet wurde. Am 23. Juli 2007 übermittelte die Bundesregierung eine Mitteilung an die Kommission, in der der Fragenkatalog beantwortet wurde.

Mit Datum vom 1. September 2010 adressierte die Kommission ergänzend weitere Fragen an die Bundesregierung. Die Sparkasse KölnBonn wurde in diesem Zusammenhang von der auskunftspflichtigen Stadt Köln gebeten, im Einzelnen aufgeführte, die Sparkasse betreffende Fragen zu beantworten. Der Entwurf einer Antwort nebst Anlagen wurde von der Stadt Köln am 29. November 2010 dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zur Weiterleitung an die Kommission übermittelt.

Die Sparkasse KölnBonn hat die möglichen relevanten beihilferechtlichen Risiken im Zusammenhang mit der Messehallen-Transaktion insgesamt (Rheinhallen / Rheinpark / Nordhallen) eingehend geprüft. Diese Prüfung kommt zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass selbst für den Fall, dass die Kommission beziehungsweise der Europäische Gerichtshof oder ein nationales Gericht im Zusammenhang mit den genannten Transaktionen einen Verstoß gegen das Beihilfenrecht feststellen würde, das Risiko negativer Auswirkungen für die Sparkasse KölnBonn als gering einzuschätzen ist.

Westdeutsche Landesbank AG (WestLB AG)

Die Anteilseigner der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB AG), unter anderem der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV), Düsseldorf mit rund 25,0 Prozent, haben in einem verbindlichen Protokoll am 24. November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG vereinbart. Auf dieser Grundlage wurden am 11. Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt (Erste Abwicklungsanstalt) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen.

Der RSGV ist entsprechend seinem Anteil verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd EUR und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd EUR zu übernehmen. Auf die Sparkasse KölnBonn entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (19,9 Prozent). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2010 keine Rückstellung zu bilden (siehe auch Anhang, Angaben zur Bilanz, "Sonstige finanzielle Verpflichtungen").

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse KölnBonn während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko beabsichtigt die Sparkasse KölnBonn, für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge zu bilden. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse nach Ablauf von 10 Jahren findet dann unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Für das Geschäftsjahr 2010 wurde aufgrund der vorrangigen Wiederauffüllung des Genusscheinkapitals der Sparkasse KölnBonn noch keine Vorsorge getroffen. Die in 2009 und 2010 nicht erbrachten anteiligen Leistungen werden durch Mehrleistung zum nächstmöglichen Zeitpunkt nachgeholt.

Die EU-Kommission hat ihre Untersuchungen im Rahmen des laufenden Beihilfeverfahrens gegen die WestLB AG zwischenzeitlich ausgeweitet. Die Bundesrepublik Deutschland wurde am 5. November 2010 aufgefordert, bis zum 15. Februar 2011 einen neuen Umstrukturierungsplan für die WestLB AG vorzulegen. Der Umstrukturierungsplan soll der von der EU vermuteten neuen Beihilfe aus der Portfolioübertragung in die "Erste Abwicklungsanstalt" (EAA) im Frühjahr 2010 Rechnung tragen. Der EU-Kommission wurden fristgerecht mehrere Optionen für die Zukunft der WestLB AG vorgelegt, die derzeit von der EU-Kommission geprüft werden.

Beraterverträge

Die Sparkasse KölnBonn hat nach dem Ergebnis ihrer in 2008 und 2009 durchgeführten Recherchen in der Vergangenheit in Einzelfällen Beraterverträge abgeschlossen und in diesem Zusammenhang Zahlungen geleistet, bei denen nachzeitigem Untersuchungsstand die betriebliche Veranlassung und der Nachweis der Leistungserbringung nicht vollständig dokumentiert sind. Die Prüfung dieser Vorgänge dauert noch an. Da, wo die Sparkasse KölnBonn ihrer Auffassung nach keine entsprechende Gegenleistung erhalten hat, wird sie die geleisteten Zahlungen zurückfordern. Die Sparkasse KölnBonn hat im Dezember 2009 in einem Fall Klage beim Kölner Landgericht erhoben; dieses Klageverfahren ist Mitte Juli 2010 durch einen außergerichtlichen Vergleich nach einem gerichtlichen Vergleichsvorschlag beendet worden. Die Sparkasse KölnBonn hat im November 2010 in einem weiteren Fall Klage beim Landgericht Köln erhoben; dieses Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. In verschiedenen anderen Fällen ermittelt weiterhin die Staatsanwaltschaft Köln.

2. Ertragslage

Die Ertragslage der Sparkasse KölnBonn hat sich im Jahr 2010 verbessert. Das Geschäftsjahr verlief zufriedenstellend. Der Sachaufwand konnte erneut gesenkt werden, die Risikovorsorge sowie die Zuschüsse und Rückstellungsbildung bei Beteiligungen blieben deutlich unter dem Vorjahresniveau. Aufgrund der weiteren Erholung der Kapitalmärkte in 2010 profitiert die Sparkasse KölnBonn von einem positiven Bewertungsergebnis für Wertpapiere.

In der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse KölnBonn im Jahr 2010 wird als Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit (GuV-Posten 19) ein Betrag in Höhe von 84,5 Mio EUR (Vorjahr: -98,7 Mio EUR) ausgewiesen. Der Jahresüberschuss nach Steuern betrug 59,8 Mio EUR (Vorjahr: Jahresfehlbetrag -119,5 Mio EUR). Dieses Ergebnis wurde durch die Umwidmung weiterer Wertpapiere in das Anlagevermögen sowie die Bewertung weiter Teile des Wertpapierbestandes und einer Beteiligung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip positiv beeinflusst.

Entwicklung der Ertragslage	2009 Mio EUR	2010 Mio EUR	Veränderungen Mio EUR	Veränderungen in Prozent
Zinsüberschuss	468,9	442,7	-26,2	-5,6
+ Provisionsüberschuss	137,2	158,8	21,6	15,7
+ Nettoertrag des Handelsbestandes	24,0	25,0	1,0	4,2
./. Personalaufwand	253,2	236,4	-16,8	-6,6
./. Sachaufwand	200,6	194,1	-6,5	-3,2
+ Saldo sonstige betriebliche Erträge (+) und Aufwendungen (-)	-112,9	-22,1	-90,8	-80,4
./. Bewertung/Risikovorsorge	162,1	89,4	-72,7	-44,8
= Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	-98,7	84,5	183,2	> 100,0
+ Saldo außerordentliche Erträge (+) und außerordentliche Aufwendungen (-)	---	-41,5	-41,5	---
= Jahresüberschuss (VJ: -fehlbetrag) vor Steuern	-98,7	43,0	141,7	> 100,0
./. Ertragsteuern	25,7	3,1	-22,6	> -87,9
./. Sonstige Steuern	0,1	0,0	-0,1	---
+ Ertrag aus Steuerabgrenzung	5,0	19,9	14,9	> 100,0
= Jahresüberschuss (VJ: -fehlbetrag) nach Steuern	-119,5	59,8	179,3	> 100,0
+ Entnahme aus Genussrechts kapital	29,4	---	-29,4	-100,0
./. Wiederauffüllung Genussrechtskapital	---	-59,8	-59,8	---
+ Entnahme aus stiller Einlage	19,5	---	-19,5	-100,0
= Bilanzgewinn (Vorjahr: Bilanzverlust)	-70,6	0,00	70,6	100,0

Zur Ergebnisentwicklung des Jahres 2010 im Einzelnen

Der Zinsüberschuss (einschließlich GuV-Posten 3) verringerte sich im Wesentlichen wegen zweier Ausweisefekte in Höhe von 20,2 Mio EUR aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG. Zinsaufwendungen in Höhe von 14,8 Mio EUR aus derivativen Geschäften des Handelsbestandes, die vormals im Nettoertrag aus Finanzgeschäften (GuV-Posten 7 / jetzt Nettoertrag des Handelsbestandes) auszuweisen waren, und der Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 5,4 Mio EUR werden nunmehr als Zinsaufwand ausgewiesen. Zinsaufwendungen für die Hybridkapitalbestandteile sind aufgrund der vorrangigen Wiederauffüllung des in den Vorjahren herabgesetzten Genussrechtskapitals, wie schon 2009, nicht angefallen.

Das Kundengeschäft, vor allem bei den Einlagen, war durch das historisch niedrige Zinsniveau des Jahres 2010 geprägt. Im Kreditgeschäft hielt der wettbewerbsbedingte Druck auf die Margen unvermindert an.

Zudem führte die Umsetzung des der EU-Kommission vorgelegten Umstrukturierungsplans und des dort vorgesehenen Abbaus von Großkreditengagements zu einer Margenreduzierung. Bei der Fristentransformation zur Nutzung der Zinsdifferenz zwischen variabel verzinslichen kurzfristigen Einlagen und langfristigen Festzinsanlagen war die Sparkasse KölnBonn aufgrund ihrer spezifischen Risikowägungen und einer allgemeinen Marktunsicherheit über die künftige Zinsentwicklung unverändert sehr zurückhaltend. Der Abbau von risikoreichen Eigenanlagen der Sparkasse KölnBonn im Wertpapiergeschäft wurde 2010 fortgesetzt. Dadurch wurden die Zinsertragspotenziale beschnitten.

Auf der Grundlage der gesunkenen durchschnittlichen Bilanzsumme ergibt sich eine auf dem Vorjahresniveau liegende Zinsspanne von 1,6 Prozent. Der Anteil des Zinsüberschusses an den gesamten Erträgen in Höhe von 680,1 Mio EUR (siehe GuV-Posten 1 bis 8) belief sich auf 65,1 Prozent, nach 63,9 Prozent im Vorjahr. Das Zinsgeschäft bleibt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle der Sparkasse KölnBonn.

Der Provisionsüberschuss konnte deutlich um 15,7 Prozent auf 158,8 Mio EUR gesteigert werden. Dazu hat die in 2010 erneut erreichte substanzielle Ausweitung der Anzahl der Girokonten und der Anstieg der Zahlungsverkehrsprovisionen beigetragen. Auch die Vermittlungsprovisionen insbesondere für Versicherungsleistungen sowie die Wertpapierprovisionen im bilanzneutralen Wertpapiergeschäft stiegen an. Insgesamt liegt dadurch die Relation des gesamten Provisionsüberschusses zur durchschnittlichen Bilanzsumme mit 0,56 Prozent über dem Wert des Vorjahres von 0,46 Prozent. Der Anteil des Provisionsüberschusses an den gesamten Erträgen (siehe GuV-Posten 1 bis 8) lag mit 23,4 Prozent über dem Vorjahreswert von 18,7 Prozent.

Der Nettoertrag des Handelsbestandes (GuV-Posten 7 / vormals Nettoertrag aus Finanzgeschäften), der in erster Linie das Ergebnis des Handels mit Wertpapieren, Derivaten und Devisen widerspiegelt, erreichte insgesamt 25,0 Mio EUR (Vorjahr: 24,0 Mio EUR). Wie erläutert, führt der geänderte Ausweis von Zinsaufwendungen aus derivativen Geschäften des Handelsbestandes im Zinsüberschuss zu einer Entlastung des Postens Nettoertrag des Handelsbestandes in Höhe von 14,8 Mio EUR. Das um diesen Effekt bereinigte Ergebnis läge mit 10,2 Mio EUR sehr deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Der Rückgang ist Folge der strategischen Abkehr der Sparkasse KölnBonn vom Kapitalmarktgeschäft.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (GuV-Posten 8) verringerten sich um 48,6 Prozent auf 53,6 Mio EUR (Vorjahr: 104,2 Mio EUR). Der Rückgang ist unter anderem auf die im Vorjahr erzielten Buchgewinne aus dem konzerninternen Verkauf von Immobilien zurückzuführen.

Die Erträge der Sparkasse KölnBonn (GuV-Posten 1 bis 8) sanken insgesamt um 7,4 Prozent auf 680,1 Mio EUR, nach 734,2 Mio EUR im Vorjahr.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (GuV-Posten 10) konnten um 5,3 Prozent (absolut um 23,5 Mio EUR) auf insgesamt 421,3 Mio EUR erneut verringert werden. Die Relation der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen zur durchschnittlichen Bilanzsumme lag mit 1,5 Prozent auf dem gleichen Kennzahlenwert des Vorjahres.

Die darin enthaltenen Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung sanken um 6,6 Prozent (absolut um 16,8 Mio EUR) auf 236,4 Mio EUR. Die Entlastung der Personalaufwendungen ist im Wesentlichen das Ergebnis aus der natürlichen Personalfuktuation im Geschäftsjahr 2010 (siehe 1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen, Abschnitt "Personal- und Sozialbereich").

Der Sachaufwand (GuV-Posten 10 b) "andere Verwaltungsaufwendungen" zuzüglich GuV-Posten 11 "Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen") reduzierte sich um 3,2 Prozent (absolut um 6,5 Mio EUR) auf 194,1 Mio EUR. Ursache hierfür ist die Reduktion der anderen Verwaltungsaufwendungen um 3,5 Prozent (absolut um 6,7 Mio EUR) auf 184,9 Mio EUR, nach 191,6 Mio EUR im Vorjahr. Unter anderem konnten Raumkosten, IT-Kosten und Abwicklungskosten für technische Bankdienstleistungen eingespart werden.

Der Gesamtaufwand (GuV-Posten 10 bis 12) sank um 24,5 Prozent (absolut um 164,3 Mio EUR) auf 506,2 Mio EUR, nach 670,5 Mio EUR im Vorjahr. Dabei reduzierten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (GuV-Posten 12) um 65,1 Prozent auf 75,7 Mio EUR (Vorjahr: 216,8 Mio EUR). Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Sparkasse KölnBonn im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Zuschüsse an Tochterunternehmen leistete und für Verpflichtungen gegenüber der Stiftung Cologne Science Center (CSC) niedrigere Rückstellungszuführungen dotierte.

Das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen (ohne GuV-Posten 8 und 12, Cost-Income-Ratio) beträgt 68,7 Prozent nach 72,0 Prozent im Vorjahr. Die Steigerung der Erträge bei konsequentem Kostenmanagement ist ein vorrangiges Ziel der Unternehmenspolitik der Sparkasse KölnBonn.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen, Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden – nach der Verrechnung mit Erträgen – mit 89,4 Mio EUR deutlich unter dem Vorjahreswert (162,1 Mio EUR) ausgewiesen. Der Rückgang des Bewertungsaufwandes ist maßgeblich auf ein positives Wertpapierergebnis zurückzuführen. Wertpapiere, auch in strukturierter Form, profitierten im abgelaufenen Geschäftsjahr von der weiteren Erholung der Kapitalmärkte. Darüber hinaus sind die zunächst für das Jahr 2010 befürchteten Auswirkungen aus der stärksten Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf die Kreditrisikovorsorge nicht eingetreten, sodass sich auch die erforderliche Risikovorsorge im Kreditgeschäft leicht rückläufig entwickelte. Die Belastungen aus Beteiligungen sind zurückgegangen, wenngleich für die mittelbare Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG eine Teilabschreibung in Höhe von 12,1 Mio EUR vorzunehmen war.

Insgesamt wurde im letzten Geschäftsjahr ein positives Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 84,5 Mio EUR (Vorjahr: -98,7 Mio EUR) erzielt.

Die aus der erstmaligen Anwendung der durch das BilMoG geänderten Vorschriften des HGB resultierenden erfolgswirksamen Übergangseffekte sind in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert als außerordentliche Erträge und Aufwendungen auszuweisen. Das saldierte Ergebnis aus der BilMoG-Umstellung der Sparkasse KölnBonn beträgt -41,5 Mio EUR.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag belaufen sich auf -3,1 Mio EUR, nach 25,7 Mio EUR im Vorjahr. Aus der Erhöhung des aktiven Steuerabgrenzungspostens nach § 274 Absatz 2 HGB resultieren Erträge von 19,9 Mio EUR (Vorjahr: 5,0 Mio EUR), sodass insgesamt ein positives Steuerergebnis von 16,8 Mio EUR ausgewiesen wird.

Der Jahresüberschuss nach Steuern beläuft sich auf 59,8 Mio EUR, nach einem Jahresfehlbetrag von -119,5 Mio EUR im Vorjahr. Aus diesem Jahresüberschuss wurde das Genussrechtskapital, das in den Vorjahren mit insgesamt 69,9 Mio EUR an den Verlusten teilgenommen hat, bis auf einen Teilbetrag von 10,2 Mio EUR wieder aufgefüllt (vergleiche auch Anhang, Angaben zur Bilanz, "Passiva 10"). Nach dieser Wiederauffüllung wird ein ausgeglichenes Bilanzergebnis ausgewiesen.

Für das Geschäftsjahr 2010 wurde aufgrund der vorrangigen Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals keine Ansparleistung zur Erfüllung der Verlustausgleichspflicht des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes im Rahmen der Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG vorgenommen. Die in 2009 (16.002 TEUR) aufgrund des Jahresfehlbetrages und in 2010 (14.942 TEUR) aufgrund der vorrangigen Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals nicht getroffene Vorsorge wird durch Mehrleistung zum nächstmöglichen Zeitpunkt nachgeholt.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes verläuft die Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage entsprechend den Erwartungen der Sparkasse KölnBonn für das Jahr 2011.

3. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse KölnBonn war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die eingeräumten Kreditlinien bei der WestLB AG wurden dispositionsbedingt in Anspruch genommen. Das Angebot der Europäischen Zentralbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in unterschiedlicher Höhe genutzt (siehe hierzu auch Teil D. Risikoberichterstattung, Abschnitt "Liquiditätsrisiken").

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, Filiale Köln, unterhalten.

4. Vermögenslage

Nach der vorrangigen Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals weist die Sparkasse KölnBonn für das Geschäftsjahr 2010 ein ausgeglichenes Bilanzergebnis aus. Die Erfüllungsbeträge aus den Genussrechten werden in Höhe von 59,8 Mio EUR heraufgesetzt. Die noch bestehende restliche Wiederauffüllungsverpflichtung bei den Genussrechten betrifft zwei Tranchen der Rheinische Sparkassen Förderungsgesellschaft mbH und ist im Anhang in den Angaben zur Bilanz unter Passiva 10 aufgeführt.

Die Sicherheitsrücklage erhöht sich durch die Einstellung der erfolgsneutralen Übergangseffekte aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG um 2,7 Prozent (absolut um 25,6 Mio EUR) auf insgesamt 961,6 Mio EUR, nach 936,0 Mio EUR im Vorjahr. Außerdem wurde entsprechend den Vorschriften des § 340e Absatz 4 HGB ein Betrag von 2,8 Mio EUR als Risikopuffer für Finanzinstrumente des Handelsbestandes dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (Passiva 11) zugeführt. Einschließlich der Stillen Einlagen des Trägers, die unverändert mit 330,4 Mio EUR bilanziert werden, ergibt sich mit Feststellung des Jahresabschlusses ein Eigenkapital der Sparkasse KölnBonn in Höhe von 1.292,0 Mio EUR (Vorjahr: 1.266,4 Mio EUR). Neben der Sicherheitsrücklage und den stillen Einlagen als Kernkapital verfügt die Sparkasse KölnBonn über Ergänzungskapital in Form von Genussrechts- und Nachrangkapital als Basis für die zukünftige Ausweitung ihres risikotragenden Geschäftes.

Innerhalb der Bilanzstruktur auf der Aktivseite stellen die Forderungen an Kunden mit 70 Prozent (Vorjahr: 71 Prozent) den bedeutendsten Posten dar. Die Relation der Wertpapiere (Schuldverschreibungen und Aktien) zur Bilanzaktiva beträgt 12 Prozent (Vorjahr: 16 Prozent). Auf der Passivseite haben sich keine gravierenden bilanzstrukturellen Veränderungen ergeben. Hier sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 60 Prozent (Vorjahr: 58 Prozent) sowie die Interbankenverbindlichkeiten mit 19 Prozent (Vorjahr: 23 Prozent) die bedeutendsten Posten, während sich der Bilanzstrukturteil der verbrieften Verbindlichkeiten weiter auf 6 Prozent (Vorjahr: 8 Prozent) ermäßigte.

Mit den gebildeten handelsrechtlichen Wertberichtigungen und Rückstellungen wurden von der Sparkasse KölnBonn die derzeit erkennbaren Kreditrisiken, die über alle Kundengruppen und Branchen verteilt sind, die Beteiligungsrisiken sowie sonstige Verpflichtungen angemessen abgeschirmt.

Der überwiegende Teil der eigenen Wertpapiere wurde nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Aufgrund der zum Teil nach wie vor inaktiven Märkte wurden zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts bei bestimmten Wertpapieren des Anlagevermögens Modelle eingesetzt (vergleiche Anhang in den Angaben zur Bilanz, Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden). Die individuelle Festlegung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu höheren Schätzunsicherheiten führen können.

Eigenkapitalrelationen

Die Sparkasse KölnBonn wendet gemäß der Solvabilitätsverordnung den Kreditrisiko-Standardansatz an. Durch die Verwendung externer Rating-Einschätzungen anerkannter Rating-Agenturen und deren Zuordnung zu aufsichtsrechtlich vorgegebenen Risikogewichten erfolgt eine Differenzierung der Eigenkapitalunterlegung.

Solvabilitätskoeffizient* (Einzelinstitut)	31.12.2009	31.03.2010	30.06.2010	30.09.2010	31.12.2010
Gesamtkennziffer	12,3	12,5	12,7	12,7	13,0

* Solvabilitätsverordnung/Kreditrisiko-Standardansatz

Solvabilitätskoeffizient* (Finanzgruppe Sparkasse KölnBonn)	31.12.2009	31.03.2010	30.06.2010	30.09.2010	31.12.2010
Gesamtkennziffer	11,5	11,4	11,6	11,6	12,0

* Solvabilitätsverordnung/Kreditrisiko-Standardansatz

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die gewichtete Risikoposition, bestehend aus dem Adressenausfallrisiko, dem operationellen Risiko und dem Marktrisiko, überschreitet per 31. Dezember 2010 mit einer Gesamtkennziffer gemäß Solvabilitätsverordnung von 13,0 Prozent auf Einzelinstitutsebene und auf der Ebene der Finanzgruppe Sparkasse KölnBonn mit 12,0 Prozent jeweils deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 Prozent. Die Kernkapitalquote der Sparkasse KölnBonn, definiert als Verhältnis des Kernkapitals zu den Risikopositionen (bestehend aus dem Adressenausfallrisiko, dem operationellen Risiko sowie dem Marktrisiko), beträgt 7,2 Prozent (Vorjahr: 6,9 Prozent) auf Einzelinstitutsebene und 6,3 Prozent (Vorjahr: 6,1 Prozent) auf Gruppenebene. Die aufsichtsrechtliche Mindestkernkapitalquote beträgt 4,0 Prozent.

Die positive Entwicklung der Solvabilitätskennziffer in 2010 resultiert aus der Reduzierung der gewichteten Risikoposition. Die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung ist somit gegeben. Die Sparkasse KölnBonn steuert ihre Risiken in einer Weise, die dem Geschäftsumfang und der Geschäftskomplexität entspricht (vergleiche Risikobericht).

B. Nachtragsbericht

Vorgänge nach Beendigung des Geschäftsjahres

Mittelbarer Anteilswerb des RSGV an der DekaBank

Die Verbandsversammlung des RSGV, an dem die Sparkasse KölnBonn mit 19,9 Prozent beteiligt ist, hat am 14. März 2011 beschlossen, dass sich der RSGV am geplanten Erwerb der Anteile der Landesbanken an der DekaBank durch die deutschen Sparkassen beteiligt. Der mittelbare Anteil des RSGV an der DekaBank würde sich von heute 6,56 Prozent auf künftig 13,90 Prozent erhöhen.

Den Aufwendungen des RSGV zur Finanzierung der Transaktion stehen die Ausschüttungen der DekaBank als Verrechnungspotenzial gegenüber. Gemäß der DekaBank ist das notwendige Ausschüttungspotenzial nachhaltig vorhanden.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

C. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Rechnungswesen

Die Sparkasse KölnBonn ist kapitalmarktorientiert, da sie einen organisierten Markt im Sinne des § 2 Absatz 5 Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) durch von ihr emittierte Wertpapiere im Sinne des § 2 Absatz 1 Satz 1 des WpHG in Anspruch nimmt. Entsprechend den gesetzlichen Anforderungen gemäß § 289 Absatz 5 HGB in Verbindung mit § 264d HGB werden daher im Folgenden die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beschrieben.

Der Gesetzgeber hat keine speziellen Vorgaben zur Einrichtung oder inhaltlichen Ausgestaltung eines internen Kontroll- und Risikomanagementsystems für die Rechnungslegung erstellt. Für die Einrichtung angemessener Systeme ist der Vorstand der Sparkasse KölnBonn verantwortlich. Die Zuständigkeit für das Rechnungswesen sowie die Jahresabschlussprozesse und Bilanzierung obliegt der Abteilung Rechnungs- und Meldewesen innerhalb des Zentralbereichs Finanzen. Durch diese Zuordnung ist das Rechnungswesen als marktunabhängiger Bereich bis einschließlich der Ebene des Vorstands von den operativen Markt Bereichen getrennt.

Zur technischen Unterstützung bedient sich die Sparkasse KölnBonn des in der Sparkassenorganisation von der Finanz Informatik GmbH & Co. KG (FI) zur Verfügung gestellten Buchungssystems One System Plus (OSP). Ergänzend dazu werden das System SimCorp Dimension (über die Finanz Informatik) als Nebenbuch im Wertpapier- und Emissionsbereich sowie eine Eigenanwendung der Sparkasse KölnBonn als Nebenbuch im Derivatebereich eingesetzt. Die Überwachung der von der FI zu erbringenden vertraglich vereinbarten Leistungen erfolgt in der Dienstleistersteuerung der Sparkasse KölnBonn.

Im Rahmen des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems wird der Zentralbereich Finanzen in wesentliche Entscheidungsprozesse wie beispielsweise die Produktneueinführung beziehungsweise die Produktvariierung maßgeblich mit eingebunden. Zur Sicherstellung der Einhaltung der Rechnungslegungsvorschriften hat die Sparkasse KölnBonn Regelungen in einem internen Bilanzierungshandbuch festgelegt. Einzelne Erläuterungen zum Beispiel zu den Sicherungsgeschäften und zur Bildung und Überwachung von Bewertungseinheiten enthält der nachfolgende Teil D. des Lageberichtes (Risikoberichterstattung).

Im Hinblick auf die Einhaltung der zeitlichen Planung im Jahresabschlussstellungsprozess wurden vom Vorstand der Sparkasse KölnBonn ein Reporting und ein Eskalationsmanagement verabschiedet. Der Ablauf des Rechnungslegungsprozesses wird technisch und prozessual durch das DV-Tool SmartCloseManager (SCM) unterstützt. Der SCM beinhaltet im Detail sämtliche im Rahmen der Erstellung des handelsrechtlichen Jahresabschlusses zu bewältigenden Aufgaben und Kontrollfunktionen aller beteiligten Bereiche. Darüber hinaus wurden die übergeordneten Haupt- und weitere Subprozesse der Jahresabschlussstellung im Prozessportal der Sparkasse KölnBonn hinterlegt.

Die Grundlagen des Rechnungswesens der Sparkasse KölnBonn bilden die folgenden vier Prinzipien:

- Festlegung kontrollpflichtiger Prozessschritte
- Transparenz, Klarheit und Vollständigkeit der Belegungen
- Funktionstrennung zwischen Ersteller und Kontrolleur (Vier-Augen-Prinzip)
- Mindestinformation (beispielsweise die Angabe von Schätzparametern bei der Rückstellungsdotierung)

Den Schwerpunkt des internen Kontrollsystems im Rechnungswesen der Sparkasse KölnBonn bilden die Kontrollstrukturen Funktionstrennung und Vier-Augen-Prinzip. Ziel ist dabei, Konflikte und Manipulationen von Finanzdaten und Finanztransaktionen zu vermeiden. In der Abteilung Rechnungs- und Meldewesen sowie in jedem dezentralen Aufgabenbereich mit Rechnungswesenfunktionen existiert ein gestaffeltes Kompetenzgefüge. Das interne Kontrollsystem umfasst alle relevanten Bereiche und hierarchischen Strukturen im Rechnungswesen. Alle Rechnungslegungsprozesse wurden dazu von "Front to End" aufgenommen. Die detaillierten Einzelaufgaben sind Bestandteil des SCM und dienen der Validierung der Gesamtprozesse.

Die vorzunehmenden Kontroll- und Prüfschritte sind posten- und wesentlichkeitsorientiert bestimmt worden. Die Prüfschritte beinhalten die Abstimmung der Belegungen in Bezug auf die betragsmäßige Übereinstimmung mit den Konten, gegebenenfalls Plausibilitätsprüfungen sowie stichprobenartige Prüfungen auf Vollständigkeit. Die vorzunehmenden Kontrollen sind auf den Belegungen zu dokumentieren. Die Prüfungen durch das Rechnungswesen erfolgen in Abhängigkeit von den personellen Ressourcen und Aufgaben im Jahresabschluss posten- und wesentlichkeitsorientiert.

Die interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen. Des Weiteren prüft und beurteilt sie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse unabhängig davon, ob diese ausgelagert sind. Bei einigen ausgelagerten Prozessen stützt sich die interne Revision der Sparkasse KölnBonn auf die interne Revision des Auslagerungsunternehmens, von deren Funktionsfähigkeit sie sich regelmäßig überzeugt. Die Innenrevision führt auf Basis eines umfassenden und jährlich fortgeschriebenen Prüfungsplans Funktions- und Systemprüfungen der für die Rechnungslegung relevanten Prozesse durch. Sowohl die Prüfungsplanung als auch die Prüfungsdurchführung erfolgt unter Beachtung eines risikoorientierten Prüfungsansatzes.

D. Risikoberichterstattung

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung

Risikostrategie/Risikomanagement

Mit einer risikoorientierten Gesamtbanksteuerung verfolgt die Sparkasse KölnBonn eine systematische Steuerung der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen bankgeschäftlichen Risiken sowie das Vorhalten eines angemessenen Risikodeckungspotenzials, um eine jederzeitige Risikotragfähigkeit zu gewährleisten.

Die Verantwortung für ein funktionsfähiges und ordnungsgemäßes Risikomanagementsystem trägt der Gesamtvorstand. Dieser verabschiedet neben den geschäftsstrategischen Zielen eine dazu konsistente Risikostrategie. Diese beinhaltet mit der Risikoneigung und dem Zielrisikoprofil zwei strategische Größen, die sich streng an den Notwendigkeiten der Geschäftsstrategie sowie an den Vorgaben aus der Mittelfristplanung orientieren. Durch die Risikoneigung wird festgelegt, wie viel der zur Verfügung stehenden Eigenmittel durch das Bestands- beziehungsweise Neugeschäft belegt werden darf. Im Zielrisikoprofil wird festgelegt, welche relativen Anteile das Adressenausfall-, das Marktpreis-, das Beteiligungs- und das operationelle Risiko am Gesamtrisiko der Sparkasse perspektivisch haben sollen. Im Einklang mit der Risikostrategie beschließt der Gesamtvorstand außerdem Risiko- und Verlustlimite sowohl für die einzelnen Risikokategorien als auch für einzelne Steuerungsbereiche.

Die Sparkasse KölnBonn verwendet ein Limitsystem für alle quantifizierbaren wesentlichen Risikokategorien, das unter anderem auf der Messung der Risiken mittels vergleichbarer Value-at-Risk-Kennziffern beruht.

Die Sparkasse KölnBonn steuert die Einhaltung der Risikolimiten sowohl auf Ebene der Gesamtbank (Makroebene) als auch auf Basis einzelner Portfolios. Insbesondere für Marktrisikopositionen werden hierbei derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Im handelsrechtlichen Jahresabschluss werden Derivate mit den Grundgeschäften zusammengefasst, soweit deren Hauptrisiko auf dem gleichen Risikofaktor – zum Beispiel Zinssätze in einer Währung, Aktien, einzelne Währungen – beruht (vergleiche Teil D., Abschnitt "Sicherungsgeschäfte"). Darüber hinaus werden auf Gesamtbankebene im Rahmen der Zinsbuchsteuerung Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch begrenzt. Bis September 2010 hat die Sparkasse KölnBonn mit internen Geschäften Marktpreisrisiken des Anlagebuchs in das Handelsbuch übertragen und dort gesteuert und abgesichert. Seit Oktober 2010 erfolgt die Steuerung über externe Geschäfte direkt aus dem Anlagebuch.

Neben dem Gesamtvorstand nimmt der Finanz- und Dispositionsausschuss (FDA) Funktionen des Risikomanagements wahr. Die Risiken aus Krediten und Beteiligungen steuert der Gesamtvorstand, und für die Steuerung der strategischen Marktrisikoposition ist der Finanz- und Dispositionsausschuss verantwortlich. Dem Finanz- und Dispositionsausschuss gehören alle Vorstandsmitglieder an. Das übergeordnete Management operationeller Risiken findet in einem eigens dafür bestehenden Ausschuss statt.

Entsprechend den aufsichtsrechtlichen Anforderungen wird das Risikocontrolling der Sparkasse KölnBonn in einem vom Markt unabhängigen Bereich wahrgenommen. Neben der Abschätzung der potenziellen Risiken wird das zur Abdeckung möglicher Verluste zur Verfügung stehende Vermögen ermittelt.

Die Klassifizierung der Risiken orientiert sich einerseits am Geschäftsschwerpunkt der Sparkasse – der Erzielung von Erträgen durch das bewusste Eingehen von Risikopositionen unter der Voraussetzung angemessener Risikoprämien – sowie andererseits an aufsichtsrechtlichen Vorgaben bezüglich des Risikomanagements von Banken. Die Prozesse des Risikomanagements sind regelmäßig Gegenstand sowohl interner als auch externer Prüfungen.

Risikokategorien

Als Risiko wird in der Sparkasse KölnBonn die Gefahr möglicher Verluste oder entgangener Gewinne verstanden, die ihre Ursache in internen oder externen Faktoren haben können. Der Steuerung der bankgeschäftlichen Risiken der Sparkasse KölnBonn, die als relevant und wesentlich eingestuft wurden, liegen die nachstehenden allgemeinen Risikosteuerungskonzepte zugrunde:

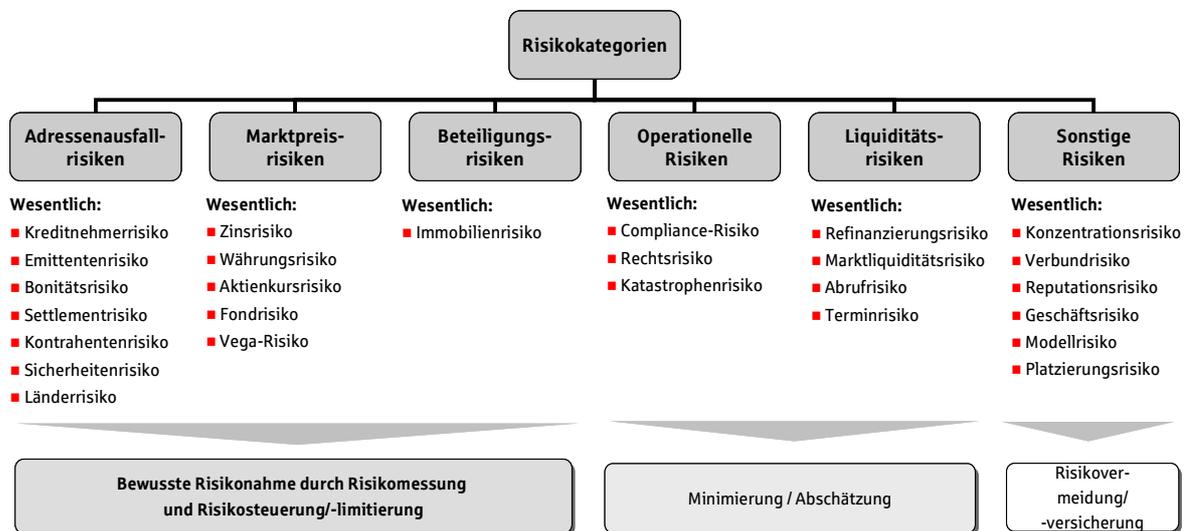


Abb.: Übersicht der wesentlichen Risikoarten im Kontext der Risikotragfähigkeit und Risikobewältigungsstrategien in der Sparkasse KölnBonn

Risikotragfähigkeit

Bei ihrer Geschäftstätigkeit ist die Sparkasse dem Risiko ausgesetzt, dass das für den Betrachtungszeitraum von einem Jahr geplante Ergebnis aufgrund von unerwartet schlagend werdenden Risiken nicht erzielt werden kann. Mit der Risikotragfähigkeitsanalyse, die zur Jahreswende 2009/2010 konzeptionell überarbeitet wurde, verfolgt die Sparkasse die Zielsetzung, denjenigen Verlust zu ermitteln, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 Prozent in diesem Zeitraum nicht überschritten wird (Value-at-Risk). Dieser Value-at-Risk muss jederzeit durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial getragen werden können. Als Risikodeckungspotenzial werden seit der Überarbeitung die Eigenmittel in der Definition des Aufsichtsrechtes herangezogen, wobei unterjährig auftretende und im Folgejahr prognostizierte Verluste berücksichtigt werden. Die Risikotragfähigkeit wird zudem gestresst, um Aussagen über eine ausreichende Kapitalausstattung in Krisensituationen treffen zu können. Dabei werden sowohl risikoerhöhende als auch kapitalmindernde Wirkungen berücksichtigt. Darüber hinaus wird die Risikotragfähigkeitsanalyse dazu genutzt, die Risikoneigung und ein Zielrisikoprofil gemäß Risikostrategie festzulegen und Abweichungen über einen Soll-Ist-Vergleich zu analysieren.

Neben der Betrachtung des Risikos auf einem Konfidenzniveau von 99,9 Prozent werden außerdem die Risiken auf einem Konfidenzniveau von 99 Prozent und 95 Prozent betrachtet. Die Betrachtung des Konfidenzniveaus von 99 Prozent entspricht im Kern der Risikotragfähigkeitsbetrachtung, wie sie bis Ende 2009 verwendet wurde. Auf diesem Konfidenzniveau erfolgen die effektive Limitierung und damit die operative Risikosteuerung der Sparkasse KölnBonn. Das zugrunde liegende Vermögen wird auf Basis des Konzerneigenkapitals nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) ermittelt. Es ergibt sich aus dem bilanziellen Konzerneigenkapital zum Stichtag und den Genussrechtsverbindlichkeiten, korrigiert um latente Steueransprüche sowie einen Sicherheitspuffer als Prozentsatz auf das Eigenkapital. Auf einem Konfidenzniveau von 99 Prozent werden auf Basis der Risikoneigung und unter Einbeziehung des Zielrisikoprofils Richtwerte für die strategischen Limite abgeleitet, welche eine Orientierungshilfe bei der Limitierung bilden. Über diesen Mechanismus wird eine Verzahnung der in der Risikostrategie getroffenen Festlegungen und der operativen Risikosteuerung sichergestellt. Neben den Risikolimiten werden Barwertverlustlimite definiert. Die Messung der Auslastung der Risikolimiten erfolgt über die Anwendung von Value-at-Risk-Methoden, in Abhängigkeit von der Risikoart. Die Auslastung der Barwertverlustlimite wird anhand der Barwertveränderungen der Zahlungsströme berechnet.

Im Verlauf des Jahres 2010 haben Risikoabbaumaßnahmen im Geld- und Kapitalmarkt- sowie im Beteiligungsbereich dazu geführt, dass das Gesamtbankrisiko im Vergleich zu Anfang 2010 leicht gesunken ist. Zwischenzeitliche Sublimit-Überschreitungen in einem einzelnen Risikosteuerungsbereich wurden durch Limitumwidmungen ausgeräumt. Zum Jahresende 2010 bestehen keine Limitüberschreitungen.

Eine Analyse des Gesamtrisikoprofils – ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikokategorien – ergibt auf Basis der effektiven Risikonahme, dass zum Jahresende 54 Prozent des Risikodeckungspotenzials als Risikokapital gebunden war. Diese Risikoneigung betrug im Vorjahr bei rückwirkend angepasster Methodik 58 Prozent und lag das gesamte Jahr 2010 deutlich unter der maximalen Risikoneigung von 75 Prozent, die in der Risikostrategie festgelegt wurde. Der Quotient aus Gesamtbankrisiko unter Stress und adjustiertem Risikodeckungspotenzial sinkt im Jahresverlauf analog von 74 Prozent auf 69 Prozent. Der leichte Rückgang dieser Werte im Jahresverlauf ist auf die Reduktion des Gesamtbankrisikos bei nahezu konstantem Risikodeckungspotenzial zurückzuführen. Für das Jahr 2011 sind zur Verbesserung der Risikotragfähigkeit weitere Risikoabbaumaßnahmen geplant.

Neben der ökonomischen Analyse des Gesamtrisikoprofils müssen die regulatorischen Anforderungen zur Solvabilität (vergleiche Teil A., 4. Vermögenslage, Abschnitt "Eigenkapitalrelationen") und zur Liquidität (vergleiche Teil D., Abschnitt "Liquiditätsrisiken") eingehalten werden.

Die Analysen des Gesamtrisikoprofils der Sparkasse KölnBonn zeigen sowohl aus ökonomischer als auch aus aufsichtsrechtlicher Sicht eine Überdeckung der eingegangenen Risikopositionen mit vorhandenen Vermögenswerten.

Risikocontrolling-Prozess

Adressenausfallrisiken

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die Sparkasse KölnBonn das Risiko, dass der Vertragspartner der Sparkasse KölnBonn seinen Zahlungsverpflichtungen nicht, nur teilweise oder zeitverzögert nachkommt. Hiernach werden das Kreditnehmerrisiko, das Emittentenrisiko, das Länderrisiko, das Settlementrisiko in den Ausprägungsformen Vorleistungs- und Abwicklungsrisiko und das Wiedereindeckungsrisiko unterschieden.

Der Vorstand der Sparkasse KölnBonn hat Grundsätze verabschiedet, die den wesentlichen Rahmen der Risikonahme beschreiben. Die Ausgestaltung der Kreditprozesse der Sparkasse KölnBonn ist geprägt von einer klaren aufbauorganisatorischen Trennung der Bereiche Markt und Marktfolge. Auf Vorstandsebene wird die funktionale Trennung zwischen Markt und Marktfolge durch den Geschäftsverteilungsplan geregelt.

Zur Bündelung von Fachwissen und zur Sicherstellung einer effizienten Bearbeitung sind sogenannte Spezialfinanzierungen in separaten Einheiten angesiedelt. Unabhängig vom Markt erfolgt eine Aufteilung der Aufgaben in Kreditanalyse, Kreditsachbearbeitung, Kreditkontrolle, Risikocontrolling, Spezialkreditmanagement und Kreditrevision. Die Kreditsachbearbeitung liegt teilweise noch im Vertrieb.

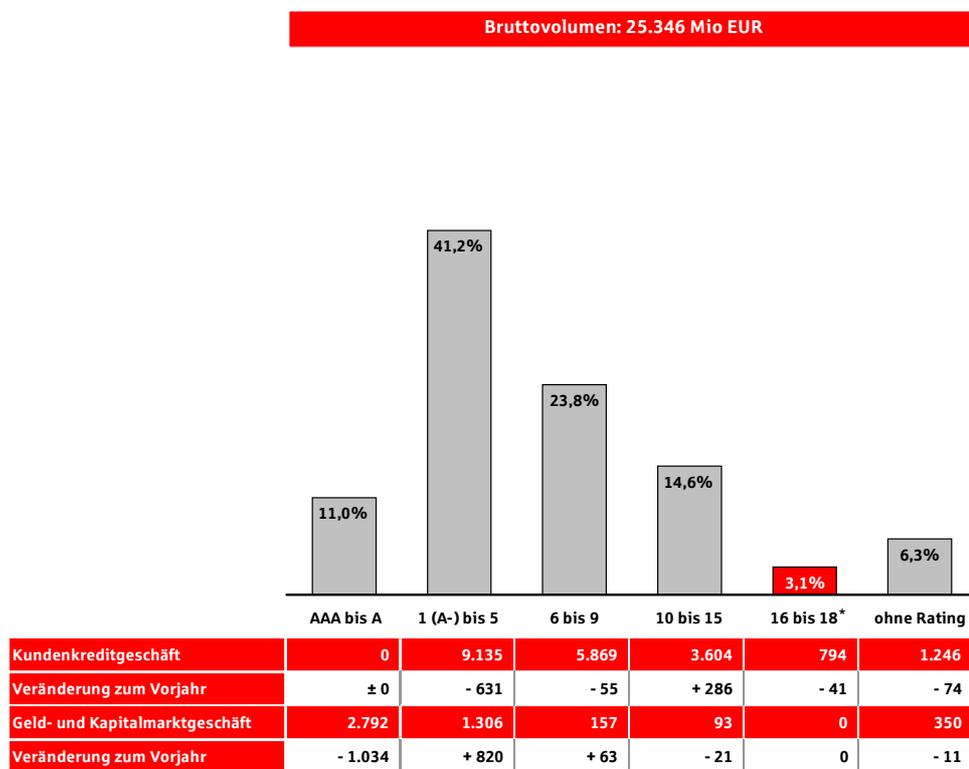
Die Steuerungsinstrumente der Sparkasse KölnBonn umfassen für das Kreditgeschäft ein Frühwarnsystem für die Erkennung und konsequente Bearbeitung potenziell ausfallbedrohter Engagements, ein Limitsystem zur Begrenzung von Größenkonzentrationen sowie Rating- und Scoring-Verfahren zur umfassenden Beurteilung des Kreditportfolios. Neben den bereits genannten Steuerungsinstrumenten erfolgt auf Gesamtbankebene die Risikosteuerung des Kreditgeschäfts über die durch den Gesamtvorstand beschlossenen Verlust- und Risikolimits für das Kreditportfolio. Im Ergebnis drückt sich durch die Anwendung dieser Steuerungsinstrumente eine risikobewusste Kreditvergabepolitik der Sparkasse aus.

Die im Einsatz befindlichen Rating-Modelle sind methodenkonsistent auf eine Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeit kalibriert, wobei die nachfolgende Masterskala des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) als Bezugsgröße dient. Die DSGV-Masterskala ist in 18 Rating-Klassen unterteilt, 15 für nicht ausgefallene und 3 für ausgefallene Kreditnehmer. Jeder Klasse ist dabei eine mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit zugeordnet.

DSGV-Masterskala	Ausfallwahrscheinlichkeit (%)		DSGV-Masterskala	Ausfallwahrscheinlichkeit (%)		
1 (AAA)	0,01	Investment Grade	6	0,60	Speculative Grade	
1 (AA+)	0,02		7	0,90		
1 (AA)	0,03		8	1,30		
1 (AA-)	0,04		9	2,00		
1 (A+)	0,05		10	3,00		
1 (A)	0,07		11	4,40		
1 (A-)	0,09		12	6,70		
2	0,12		13	10,00		
3	0,17		14	15,00		
4	0,30		15	20,00		
5	0,40		16-18	Ausfall		Default

Dabei beläuft sich die Abdeckung mit Rating- und Scoring-Verfahren auf 93,5 Prozent (Geschäftsjahr 2009: 93,3 Prozent). Hierbei entfallen 57,6 Prozent (Geschäftsjahr 2009: 59,8 Prozent) des gerateten Volumens auf Investment-Grade-Kunden (besser als 6) und 42,4 Prozent (Geschäftsjahr 2009: 40,2 Prozent) auf Speculative-Grade-Kunden (6 und schlechter).

Die folgende Übersicht zeigt eine Aufteilung des Kundenkreditgeschäfts sowie eine Aufteilung des Geld- und Kapitalmarktgeschäfts auf die Rating-Klassen per 31. Dezember 2010:



* 16 = 90-Tage-Verzug, 17 = Wertberichtigung, 18 = Insolvenzantrag, Abschreibung, Kündigung

Bei der Risikomessung und Strukturanalyse werden die Kundengeschäftsfelder und das Treasury unterschieden. Zur Quantifizierung der Kreditrisiken und potenzieller Risikokonzentrationen im Steuerungsbereich Adressenausfallrisiken werden Kreditportfoliomodelle verwendet. Hierbei werden unterschiedliche Konfidenzniveaus sowie eine Haltedauer von einem Jahr für die Analyse des Credit-Value-at-Risk unterstellt. Die folgende Beschreibung der Risikomessung bezieht sich auf das Konfidenzniveau von 99 Prozent.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2010 beliefen sich die Kreditrisiken des Kundengeschäfts der Sparkasse KölnBonn (Credit-Value-at-Risk) auf 188 Mio EUR (Vorjahr, ohne erwarteten Verlust: 181 Mio EUR). Der moderate Anstieg des Kreditrisikos im Kundengeschäft resultiert unter anderem aus Bonitätsherabstufungen. Im Geld- und Kapitalmarktgeschäft wurde aufgrund der Umwidmung von Teilen des Handelsbuches in das Anlagebuch im Geschäftsjahr 2010 eine integrierte Messung der Eigenanlagen durchgeführt. Die Kreditrisiken lagen bei insgesamt 71,2 Mio EUR (Vergleichswert des Vorjahres: Handelsbuch: 21,3 Mio EUR, Anlagebuch: 87,7 Mio EUR). Die Risikoreduktion ist im Wesentlichen auf eine Bestandsreduktion im ABS-Portfolio zurückzuführen.

Die Messung der Adressenausfallrisiken im Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäft erfolgt wöchentlich mit dem Modell Credit Metrics, im Kundengeschäft monatlich mit dem Modell Credit Portfolio View direct. Die vierteljährlichen Risikoberichte enthalten umfangreiche Strukturanalysen des Kreditportfolios.

Das originäre Kreditgeschäft in den Kundengeschäftsfeldern wird geprägt von den ökonomischen Rahmenbedingungen innerhalb des Geschäftsgebiets. Vor allem im Geschäftsfeld Firmenkunden ist eine moderate Branchenkonzentration aufgrund des Regionalprinzips der Sparkasse festzustellen. Auf insgesamt fünf von 88 Branchen entfällt bei 12 Prozent des Bruttovolumens ein Viertel des gesamten Risikos (Geschäftsjahr 2009: fünf von 88 Branchen mit einem Anteil von 10 Prozent am Bruttovolumen auf ein Drittel des gesamten Risikos). Den größten Risikobeitrag liefern die Branchen "Bauträger Wohngebäude" mit einem relativen Anteil von 5,0 Prozent (Geschäftsjahr 2009: 14 Prozent) und "Einzelhandel Textil, Leder, Schuhe" mit einem relativen Anteil von 4,6 Prozent (Geschäftsjahr 2009: "Privatiers" mit einem relativen Anteil von 9,3 Prozent).

Die Verteilung im gewerblichen Kreditgeschäft, im Geldmarkt- und Kapitalmarktgeschäft nach Branchen stellt sich wie folgt dar:

Branche	Volumen	Veränderung zum Vorjahr
Kredit- und Versicherungswesen	4.618	-343
Grundstücks- und Wohnungswesen	4.122	+88
Beratung, Planung, Sicherheit	1.837	-14
Groß- und Einzelhandel	1.021	-68
Dienstleistungen für Unternehmen	919	-85
Baugewerbe	777	-4
Öffentliche und private Dienstleistungen	704	-61
Gesundheit, Soziales	605	-21
Verkehr, Nachrichten	601	-90
Verarbeitendes Gewerbe	582	-56
Bauträger	579	-112
Energie, Wasser, Bergbau	459	+35
Organisationen ohne Erwerbszweck	391	-13
Gastgewerbe	326	-1
Privatiers	258	+12
Kraftfahrzeughandel	142	-2
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	29	+1
Übrige	216	+37
Volumen (in Mio EUR)	18.186	-697

84 Prozent (Geschäftsjahr 2009: 85 Prozent) der einzelnen Positionen im Kundenkreditportfolio der Sparkasse KölnBonn sind kleiner als 100 TEUR. Die wesentliche Sicherheitenart mit einem Anteil von 93 Prozent (Geschäftsjahr 2009: 93 Prozent) bilden die Grundpfandrechte. Selbstständige und Unternehmen stellen mit einem Anteil von circa 64 Prozent (Geschäftsjahr 2009: 65 Prozent) des Kreditvolumens neben den privaten Kunden mit einem Anteil von circa 31 Prozent (Geschäftsjahr 2009: 31 Prozent) die wesentlichen Kundengruppen im Kundenkreditportfolio der Sparkasse KölnBonn dar.

In der folgenden Tabelle sind die Positionen mit dem größten Anteil am Risiko des Kundenkreditgeschäfts aufgezeigt:

Positionsnummer	Rating	Branchen	Exposure ¹ in Mio EUR	Marginales Risiko ² in Mio EUR
1	15	Private Schuldner	309,0	65,4
2	9	Beratung, Planung, Sicherheit	169,1	4,4
3	9	Bauträger	300,7	3,2
4	15	Beratung, Planung, Sicherheit	38,7	3,2
5	14	Beratung, Planung, Sicherheit	40,5	0,9
6	15	Bauträger	12,3	0,9
7	8	Verkehr und Nachrichten	84,1	0,7
8	8	Grundstücks- und Wohnungswesen	49,7	0,4
9	11	Bauträger	31,8	0,3
10	14	Beratung, Planung, Sicherheit	11,8	0,2

¹ Buchwerte zuzüglich offener Kreditlinien.

² Beitrag zum Credit-Value-at-Risk 99 Prozent abzüglich des Beitrags zum erwarteten Verlust (Erwartungswert für den Verlust des Portfolios am Risikohorizont).

Die Struktur des Kreditportfolios Treasury ist durch Investitionen im Investment-Grade-Bereich mit einem Anteil von 87 Prozent (Geschäftsjahr 2009: 88 Prozent) des Kreditvolumens geprägt, wobei der Finanzsektor dominiert.

Die folgende Tabelle zeigt die größten Positionen des Geld- und Kapitalmarktgeschäfts:³

Positionsnummer	Rating	Branchen	Angaben in Mio EUR			Summe
			Wertpapiere ⁴	OTC-Derivate ⁵	Depositen	
1	A3	Kredit- und Versicherungswesen	172,1	28,8	574,4	775,3
2	Aa2	Kredit- und Versicherungswesen	210,1	0,0	250,0	460,1
3	A3	Kredit- und Versicherungswesen	66,8	0,0	150,1	216,9
4	Aa2	Kredit- und Versicherungswesen	195,3	0,6	0,0	195,9
5	A1	Kredit- und Versicherungswesen	151,7	0,0	0,0	151,7
6	Aa2	Kredit- und Versicherungswesen	136,8	1,0	3,1	140,9
7	Aa2	Kredit- und Versicherungswesen	131,2	2,2	0,0	133,4
8	A1	Kredit- und Versicherungswesen	0,0	0,0	130,1	130,1
9	Aaa	Kredit- und Versicherungswesen	84,5	0,0	0,0	84,5
10	Aaa	Land	55,5	0,0	0,0	55,5

Die Entwicklung der Risikovorsorge, das heißt das GuV-wirksame Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft der Sparkasse KölnBonn – bestehend aus Direktabschreibungen, Zuführung zu beziehungsweise Auflösung von Wertberichtigungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen –, ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

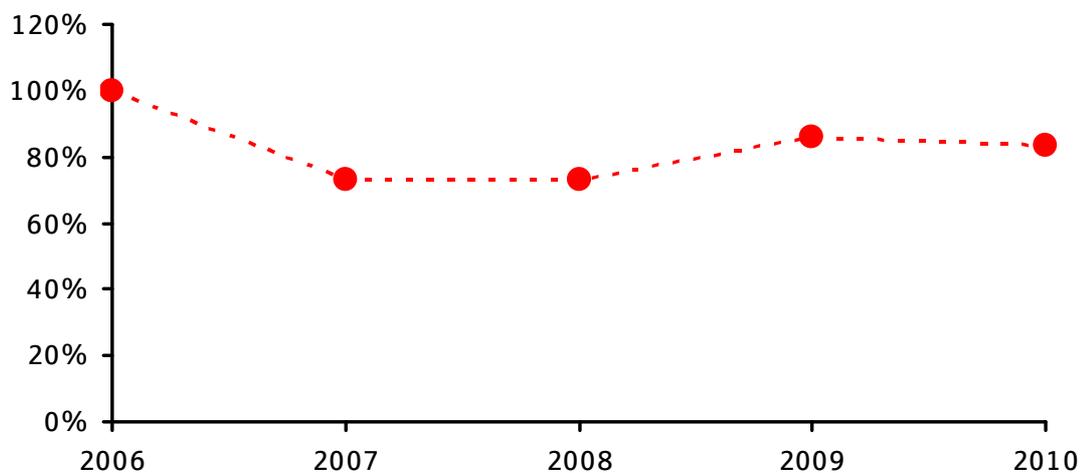


Abb.: Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft (Ausgangswert 2006 = 100 Prozent)

³ Ohne Fonds, da kein Durchschauprinzip anwendbar.

⁴ Darin enthalten sind gedeckte, ungedeckte und nachrangige Wertpapiere.

⁵ Basis sind die aktuellen Marktwerte zuzüglich Add-Ons.

Die Methoden zur Bildung der Risikovorsorge im Kundenkreditgeschäft sind organisatorisch durch Prozesse und Arbeitsanweisungen geregelt. Zur Früherkennung von Leistungsstörungen sind klar definierte Indikatoren auffällig gewordener Kreditnehmer hinterlegt. Unterstützt wird dieser Prozess durch ein automatisiertes Frühwarnsystem. Die Bearbeitung von Leistungsstörungen wird mit der erforderlichen Betreuungsintensität (Intensivbetreuung, Sanierung) durchgeführt.

Ein bemerkenswertes, bereits gekündigtes Kreditengagement in einer Gesamthöhe von derzeit 113,0 Mio EUR ist durch ein Grundpfandrecht sowie bürgschaftsähnliche Erklärungen vollständig abgesichert. Der rechtliche Bestand der Personalsicherheiten wird vom Sicherungsgeber in Zweifel gezogen. Die Sparkasse KölnBonn geht aufgrund von gutachterlichen Stellungnahmen sowie einem Verkehrswertgutachten davon aus, dass ihre Forderungen für den Fall der Verwertung vollständig durch Sicherheiten abgedeckt sind. Außerdem bestehen auf der Grundlage von anwaltschaftlichen Stellungnahmen Schadenersatzansprüche in Höhe der Kreditforderung.

Die Sparkasse KölnBonn hat 113 Einzelkreditnehmern zur Refinanzierung ihrer Beteiligungen an 11 Immobilienfonds Kredite von insgesamt rund 962 Mio EUR bereitgestellt. Die Fonds weisen zum Teil eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung auf. Obwohl sich der Einblick der Sparkasse in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Fondszeichner weiter verbessert hat, ist der Einblick bei einer Reihe von Zeichnern noch nicht ausreichend. Auf Bewertungsmaßnahmen konnte, bis auf einen geringen Teilbetrag, im Hinblick auf die Bonität beziehungsweise die Sicherstellung verzichtet werden. Rechtliche Risiken (Schadenersatzansprüche und Widerrufsrechte) werden nach einer Stellungnahme einer renommierten Rechtsanwaltskanzlei als unerheblich bewertet.

Beteiligungsrisiken

Als Beteiligungsrisiko wird das Risiko der Wertminderung von eingegangenen Beteiligungen, gewährten Gesellschafterdarlehen sowie der Inanspruchnahme aus bestehenden Haftungsverhältnissen zwischen der Sparkasse KölnBonn und dem jeweiligen Beteiligungsunternehmen definiert. Der methodische Zugang basiert mit Ausnahme der Messung der Risiken aus den Verbundbeteiligungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe auf einem Stellvertretermodell. Damit ordnet die Sparkasse die Beteiligungsrisiken der Kategorie des Marktpreisrisikos zu. Das Risikomodell basiert auf den historischen Daten der Stellvertreter der letzten 250 Handelstage.

Innerhalb des Beteiligungsrisikos stellen die Immobilienrisiken eine eigene Unterkategorie dar. Die Beteiligungsrisiken bilden die originären unternehmerischen Risiken der Sparkasse KölnBonn ab und beanspruchen bei einem unterstellten Konfidenzniveau von 99 Prozent und einer Haltedauer von einem Jahr 153 Mio EUR (Geschäftsjahr 2009: 171 Mio EUR). Die Reduzierung des ausgewiesenen Risikobetrages resultiert im Wesentlichen aus der Veräußerung einzelner Beteiligungen und aus der Reduzierung der Volatilität einzelner Stellvertreter im Risikomodell.

Die Risikosteuerung des Beteiligungsportfolios erfolgt im Rahmen der durch den Vorstand der Sparkasse KölnBonn beschlossenen Beteiligungsstrategie sowie im Rahmen von Verlust- und Risikolimiten für das Beteiligungsportfolio. Durchgeführt wird die Steuerung durch den Gesamtvorstand sowie über den Marktbereich Beteiligungen. Der Marktbereich Beteiligungen führt seine Aktivitäten im Rahmen eines Kreditentscheidungs- und Überwachungsprozesses auf Einzelbeteiligungsebene durch. Er bereitet dazu insbesondere die entscheidungsrelevanten Steuerungsaktivitäten der zuständigen Tochterunternehmen zur Entscheidung durch den Kompetenzträger auf. Beteiligungsentscheidungen trifft der Vorstand auf der Grundlage eines Zwei-Voten-Prozesses analog dem Kreditgeschäft.

Das Beteiligungsrisikocontrolling wird von einem marktunabhängigen Bereich vorgenommen. Dieser quantifiziert die Beteiligungsrisiken auf Portfolioebene und liefert der Geschäftsleitung im Rahmen des integrierten Risikoberichtes vierteljährlich eine separate detaillierte Übersicht über die Risikoposition. Die seitens des Beteiligungsbereiches erstellten Beteiligungsbewertungen werden von einem marktunabhängigen Bereich plausibilisiert und festgesetzt. Die Beteiligungsrisiken stellen eine wesentliche Risikokategorie innerhalb der Sparkasse KölnBonn dar. Neben anderen Finanzbeteiligungen sind weitere wesentliche Risikotreiber die Risiken aus den Verbundbeteiligungen am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV), aus der Erwerbsgesellschaft Deutscher Sparkassen- und Giroverband öK (indirekte Beteiligung an der Landesbank Berlin Holding AG) und der RSL Rheinische Sparkassen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG. Mit einem Anteil von 47 Prozent (Geschäftsjahr 2009: 40 Prozent) ist dies weiterhin die bedeutendste Risikokategorie.

In die Quantifizierung des Immobilienrisikos fließen die Engagements in der Immobilienbranche ein, die im Wesentlichen von der Entwicklung des Gewerbeimmobilienmarktes in der Region Köln/Bonn abhängig sind. Diese finden sowohl in der Haltung eigener Immobilien, der Projektentwicklung, in der Beteiligung an Immobilienunternehmen sowie in Form der An- und Vermietung von Immobilien statt. Die Steuerung der Geschäftsaktivitäten, insbesondere das notwendige Projekt- und Bestandscontrolling, findet dabei in Tochtergesellschaften statt. Die genannten Geschäftstätigkeiten fließen in die Quantifizierung des Immobilienrisikos ein. Mit einem Anteil von 40 Prozent (Geschäftsjahr 2009: 33 Prozent) am Beteiligungsrisiko stellt das Risiko aus Investitionen in der Immobilienbranche neben den Verbundbeteiligungen eine wesentliche Unterkategorie dar.

Für erkannte Risiken insbesondere aus der Projektentwicklung und der Entwicklung einzelner Beteiligungsunternehmen haben wir über die bereits in den Vorjahren getroffene Vorsorge hinaus im Jahresabschluss 2010 Rückstellungen gebildet beziehungsweise Wertberichtigungen gebucht. Darüber hinaus bestehende latente Risiken werden intensiv überwacht. Bestehende Risiken aus mittelbaren Verpflichtungen der Sparkasse KölnBonn im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG haben wir im Teil A., 1. Geschäftsentwicklung und Rahmenbedingungen, Abschnitt Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres erläutert.

Marktpreisrisiken

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die durch Veränderungen von marktabhängigen Parametern wie Zinsen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen zu Verlusten oder Wertminderungen führen können.

Der Vorstand legt Marktpreisrisiko- und Verlustlimite für das Handels- und Anlagebuch auf der Basis des jeweils aktuellen Limitsystems fest. In Verbindung mit der aufsichtsrechtlichen Umwidmung⁶ von Teilen der Handelsgeschäfte der Sparkasse KölnBonn vom Handelsbuch in das Anlagebuch Anfang Oktober 2010 wurde die Limitierung der Marktpreis- und Adressenausfallrisiken im Handels- und Anlagebuch der geänderten Risikolage angepasst. Zum Ende des Geschäftsjahres 2010 beanspruchten die Marktpreisrisiken der Sparkasse KölnBonn 75,1 Mio EUR bei einem Konfidenzniveau von 99 Prozent. Der entsprechende Vergleichswert zum Ende des Geschäftsjahres 2009 betrug 123,2 Mio EUR. Die Veränderung des ausgewiesenen Risikobetrages resultiert im Wesentlichen aus dem vollständigen Abbau der Strategischen Asset Allocation (SAA), aus Verkäufen von ABS-Papieren sowie aus der Umwidmung von Teilen des Wertpapierbestandes in das Anlagevermögen Ende 2010.

Marktpreisrisikolimit sind mit Ausnahme der Limite für das Anlagevermögen selbstverzehend definiert. Das heißt, eingetretene Barwertverluste reduzieren automatisch das Marktpreisrisikolimit um den Barwertverlust. Dadurch ist sichergestellt, dass bei auftretenden Barwertverlusten gegebenenfalls Risikopositionen eingeschränkt oder abgebaut werden müssen.

Maßnahmen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos innerhalb des Anlagebuchs verantwortet der Finanz- und Dispositionsausschuss. Darüber hinaus trifft er Strukturvorgaben für das Geschäftsfeld Treasury, hier insbesondere das Aktiv-/Passivmanagement. Das operative Management der Marktpreisrisikoposition des Anlagebuchs obliegt dem Aktiv-/Passivmanagement im Rahmen der vom Finanz- und Dispositionsausschuss getroffenen Entscheidungen.

Nennenswerte offene Währungspositionen werden aufgrund des Geschäftsmodells der Sparkasse KölnBonn nicht unterhalten. Währungsrisiken stellen daher kein wesentliches Risiko für die Sparkasse KölnBonn dar. Für Aktienpreisrisiken gelten die gleichen Bedingungen, sodass diese ebenfalls kein wesentliches Risiko darstellen.

Die Bereiche Treasury (Handel), Abwicklung/Kontrolle, Rechnungswesen und Risikocontrolling sind organisatorisch und funktional getrennt.

Das Risikocontrolling überwacht täglich die vom Gesamtvorstand beziehungsweise Überwachungsvorstand festgelegten Limite. Grundlage für die Ermittlung der Risikopositionen sind die täglich zu Marktpreisen bewerteten Bestände. Der Berichtsturnus für die Risikopositionen und für das Ergebnis der Geschäftstätigkeit ist seit Februar 2011 im Zusammenhang mit der Aufgabe des aufsichtsrechtlichen Status als Handelsbuchinstitut zum 1. Januar 2011 von bisher täglich auf monatlich umgestellt. Bei erheblichen Einflüssen auf die Marktpreisrisiken beziehungsweise auf das Ergebnis der Geschäftstätigkeit erfolgt ferner eine Ad-hoc-Berichterstattung.

⁶ Erste Maßnahmen zur Aufgabe des aufsichtsrechtlichen Status als Handelsbuchinstitut zum 1. Januar 2011

Marktpreisrisiken werden auf Basis eines internen Modells täglich identifiziert und gemessen. Methodisch erfolgt die Messung des Marktpreisrisikos als Value-at-Risk mittels eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes. Zinsänderungsrisiken stellen eine wesentliche Unterkategorie der Marktpreisrisiken dar. Risiken aus Volatilitätsänderungen sind hingegen von untergeordneter Bedeutung.

Verlustrisiken werden auch unter der Annahme extremer Marktentwicklungen (Szenarioanalyse) täglich untersucht. Die Szenarien sind instrumentspezifisch ausgelegt, das heißt, es existieren unterschiedliche Szenarien für Aktien, Währungen und Zinsen. Im Zinsbereich werden neben Parallelverschiebungen der Zinsstrukturkurve ebenfalls Drehungen und Credit-Spread-Veränderungen betrachtet.

Die angemessene Beurteilung der Marktpreisrisiken erfordert eine dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt entsprechende kontinuierliche Verfeinerung und Weiterentwicklung der Systeme und Methoden. Dies stellt eine der zentralen Tätigkeiten des Risikocontrollings der Sparkasse KölnBonn dar.

Die Modellierung des Zinsrisikos basiert auf einem Varianz-Kovarianz-Ansatz in Delta-Gamma-Näherung. Eingangsdaten sind Volatilitäten und Korrelationen eines anerkannten externen Datenanbieters sowie Positionsdaten (Sensitivitäten) der Sparkasse KölnBonn. Die wichtigste Prämisse ist eine endliche Anzahl von Risikofaktoren, die einem Markow-Prozess folgen. Optionen fließen über ihr Gamma in die Value-at-Risk-Schätzung ein. Das allgemeine Marktpreisrisiko wird mit dem Credit-Spread-Risiko aggregiert. Hierbei wird Unkorreliertheit zwischen beiden Risikoarten angenommen.

Die Barwertveränderung des Zinsbuchs aufgrund des Zinsschocks gemäß § 24 Absatz 1 des Kreditwesengesetzes (KWG) hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
Barwertveränderung in Prozent	0,5	2,4	3,1

Zu jedem Messzeitpunkt im Jahre 2010 lag die ermittelte Barwertveränderung in Relation zu den Eigenmitteln, wie in den Vorjahren, deutlich unter der aufsichtsrechtlichen Grenze von 20 Prozent.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Diese Definition umfasst ebenfalls die Rechtsrisiken. Operationelle Risiken (OR) sind unvermeidbarer Bestandteil des Betriebens von Bankgeschäften.

Die Identifikation von operationellen Risiken beruht im Wesentlichen auf der ex-post-Betrachtung eingetretener Schadensfälle im Rahmen einer Schadensfalldatenbank, der ex-ante-Betrachtung möglicher Schadensszenarien und der Teilnahme am Datenpooling des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes.

Instrumente im Rahmen der Strategie zur Vermeidung beziehungsweise Abwälzung von operationellen Risiken bestehen unter anderem aus einem IT-Notfallkonzept, der Optimierung der Geschäftsprozesse, dem Einstellen oder dem Outsourcing bestimmter Geschäftsaktivitäten und dem Abschluss von Versicherungen. Durch den vierteljährlich erstellten integrierten Risikobericht wird der Vorstand über operationelle Risiken informiert. Der Vorstand legt den grundsätzlichen Umgang mit operationellen Risiken fest. Er entscheidet über die ihm vorgeschlagenen Steuerungsmaßnahmen zur Risikoreduzierung. Der Ausschuss Operationelle Risiken berät den Vorstand beim Management operationeller Risiken und bereitet Managemententscheidungen vor.

Liquiditätsrisiken

Beim Liquiditätsrisiko unterscheidet die Sparkasse KölnBonn zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (Zahlungsunfähigkeitsrisiko) und weiteren (strategischen) Liquiditätsrisiken (Abrufisiko, Refinanzierungsrisiko, Marktliquiditätsrisiko und Terminrisiko).

Die Sparkasse KölnBonn führt neben der Betrachtung angemessener Verhältniskennzahlen (Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung sowie Beobachtungskennzahlen) regelmäßige Szenarioanalysen durch. Die Liquiditätsrisikomessung und -limitierung erfolgt auf Basis einer Liquiditätsablaufbilanz. Das Liquiditätsrisikomanagement wird durch Stress-Szenario-Betrachtungen ergänzt. Aus der Analyse der Verhältniskennzahlen, der Liquiditätsablaufbilanz sowie der Stresstestergebnisse, die in einem monatlichen Turnus an den Gesamtvorstand und zuständige Entscheidungsträger in der zweiten Führungsebene berichtet werden, können, unter der Hinzunahme von Geld- und Kapitalmarkteinschätzungen, Steuerungsmaßnahmen bis hin zur Auslösung des Notfallplans abgeleitet werden.

Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt im Wesentlichen über das Halten von liquiden Aktiva sowie über die Strukturierung der Passivseite. Die Planung der Refinanzierung basiert auf der Liquiditätsablaufbilanz, den gegebenen Refinanzierungspotenzialen sowie geplanten Aktivitäten in den Geschäftsfeldern. Die Steuerung wird fortlaufend überwacht, und die Planungsprämissen werden gegebenenfalls angepasst.

Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung	31.12.2009	31.03.2010	30.06.2010	30.09.2010	31.12.2010
Liquiditätskennziffer	1,6	1,5	1,4	1,8	1,5

Beobachtungskennzahlen nach Restlaufzeiten per 31.12.2010	täglich fällig bis 1 Monat	über 1 Monat bis 3 Monate
	Laufzeitband 1	Laufzeitband 2
Beobachtungskennzahl	1,5	1,6

Die bankaufsichtliche Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag zum Jahresende mit 1,5 deutlich über dem Mindestwert von 1,0. Die Zahlungsunfähigkeitsrisikobetrachtungen zukünftiger Perioden deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin. Die Sparkasse KölnBonn zeichnet sich aufgrund ihrer vorsichtigen, vorausschauenden Refinanzierungsstrategie durch ausreichende langfristige Refinanzierungsmittel aus. Neben den Refinanzierungsmöglichkeiten im Kundengeschäft verfügt sie per Ende des Jahres über ein freies Pfanddepot bei der Europäischen Zentralbank in Höhe von 1,8 Mrd EUR sowie über ein freies Deckungsstockvolumen von 2,2 Mrd EUR. Beide Refinanzierungsquellen können bei Bedarf weiter erhöht werden. Die Sparkasse KölnBonn wäre somit in der Lage, einen unerwartet auftretenden, großen Mittelabfluss, wie er in Szenarien gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement zu simulieren ist, kurzfristig zu kompensieren. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse KölnBonn war während des gesamten Geschäftsjahres 2010 ausreichend gesichert.

Sicherungsgeschäfte

Im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt.

Die Bildung von Bewertungseinheiten wird im Zentralbereich "Geld- und Kapitalmärkte/Treasury" initiiert. Die Kontrolle und Dokumentation der Bewertungseinheiten erfolgt im Zentralbereich "Finanzen".

Die bilanzielle Abbildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften und den Interpretationen des Rechnungslegungsstandards IDW ERS HFA 35. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse KölnBonn für jede Bewertungseinheit zum Bilanzstichtag die Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft. Differenziert wird dabei nach Wertänderungen, die auf gesicherte Risiken und solche, die auf ungesicherte Risiken entfallen. Die auf gesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden auf der Grundlage der sogenannten Einfrierungsmethode außerhalb der bilanziellen Wertansätze miteinander verrechnet. Sofern sich die Wertänderungen nicht vollständig ausgleichen, wird für einen Aufwandsüberhang eine Rückstellung gebildet, ein positiver Überhang bleibt unberücksichtigt. Sofern im Wesentlichen alle wertbestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft identisch sind, wird ein vollständiger Wertausgleich hinsichtlich der gesicherten Risiken (Critical Term Match Methode) unterstellt. Die auf ungesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der zugrunde liegenden Geschäfte behandelt.

Grundlage jeder Bewertungseinheit ist eine Dokumentation unter Angabe der Sicherungsabsicht und der Sicherungsziele sowie die Darlegung, dass die Sicherungsgeschäfte objektiv geeignet sind, den angestrebten Sicherungserfolg zu gewährleisten. Zur prospektiven Beurteilung der Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung wird die Critical Term Match Methode angewendet.

Bei der Bildung von Bewertungseinheiten wurden folgende Posten beziehungsweise Transaktionen einbezogen:

Vermögensgegenstände	Art der Bewertungseinheit	Gesichertes Risiko	Nominalvolumen in TEUR
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko (risikoloser Zins)	197.521
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko (risikoloser Zins und Währung)	20.090
Festverzinsliche Wertpapiere	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko (risikoloser Zins)	1.956.258
Festverzinsliche Wertpapiere	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko (risikoloser Zins und Währung)	3.801
Variabel verzinsliche Wertpapiere	Micro-Hedge	Kreditrisiko	5.000

Schwebende Geschäfte	Art der Bewertungseinheit	Gesichertes Risiko	Nominalvolumen in TEUR
Festzins-Swaps	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko (risikoloser Zins)	88.000
Devisenoptionen	Micro-Hedge	Wertänderungsrisiko	3.385

Mit den Bewertungseinheiten wurden Risiken mit einem Gesamtbetrag von 2.274.055 TEUR abgesichert. Der Gesamtbetrag bezieht sich auf das Nominalvolumen der designierten Grundgeschäfte.

Die Bewertungseinheiten erfüllen bis auf geringfügige Ausnahmen die Critical Term Match-Kriterien. Für den Zeitraum der Sicherungsbeziehung gleichen sich daher die Wertänderungen bezogen auf das gesicherte Risiko voraussichtlich vollständig aus. Der Zeitraum, in dem sich die gegenläufigen Wertänderungen künftig voraussichtlich ausgleichen, beginnt mit der Bildung der Bewertungseinheit und endet mit der Fälligkeit des Grundgeschäftes beziehungsweise des Sicherungsgeschäftes.

E. Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Daher können die tatsächlichen zukünftigen Ergebnisse wesentlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Die Sparkasse KölnBonn hat im Dezember 2010 eine Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre 2011 bis 2015 verabschiedet. Sie geht dabei von folgenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus:

Die Mittelfristplanung stützt sich hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklungen auf die Prognosen führender Forschungsinstitute. Für 2011 rechnen die Institute mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in einer Bandbreite von 1,7 bis 2,5 Prozent. Während einige Institute bereits für Ende 2011 das Erreichen des Vorkrisenniveaus voraussehen, gehen andere davon aus, dass dieser Effekt sich im Jahr 2012 einstellt. Mittelfristig dürfte die deutsche Wirtschaft vom noch anhaltend niedrigen Zinsniveau profitieren, welches das Investitionsklima belebt. Diese Einschätzung wird durch den Internationalen Währungsfonds bestätigt, welcher Deutschland aufgrund der Exporterfolge und der anziehenden Binnenwirtschaft auch mittelfristig der Spitzengruppe der Industrieländer zuordnet.

Für ihr Wirtschaftsgebiet rechnet die Sparkasse KölnBonn mit einer ähnlich positiven Entwicklung. Untersuchungen zeigen, dass das Wirtschaftswachstum der Region in der Vergangenheit nahezu parallel zu dem der deutschen Wirtschaft verlief. Die relativ starke Exportorientierung könnte dazu führen, dass die Erholung im Geschäftsgebiet sogar etwas stärker ausfällt. Demzufolge könnte das Vorkrisenniveau tendenziell eher bereits in 2011 erreicht werden.

Die Entwicklung der Wirtschaftsleistung wird auch von den Konjunkturberichten der Industrie- und Handelskammern Köln und Bonn positiv eingeschätzt. Die verbesserten Erwartungen hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung stimmen beide Industrie- und Handelskammern optimistisch für die nächsten Monate. Dieses Zukunftsvertrauen spiegelt sich in den Investitions- und Beschäftigungsplänen wider, wo rund ein Drittel aller Unternehmen von einer Ausweitung der Investitionen ausgeht, wovon rund 30 Prozent auf Erweiterungsinvestitionen entfallen. Die Sparkasse KölnBonn hat auf dieser Grundlage für die eigene Planung ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,1 Prozent für 2011 und 1,8 Prozent für 2012 abgeleitet.

Hinsichtlich der Zinsentwicklung geht die Sparkasse KölnBonn von einem moderat steigenden Zinsniveau bei gleichzeitiger Verflachung der Zinsstrukturkurve durch den höheren Anstieg im kurzfristigen Laufzeitbereich im Verlauf der nächsten Jahre aus. Der Anstieg wird in den kommenden beiden Jahren erwartet und bietet nach Einschätzung der Sparkasse Spielräume für eine Margenausweitung, insbesondere im Passivgeschäft. Ab 2013 wird die Dynamik des Zinsanstiegs nur noch moderat ausfallen. Mit der Erhöhung des Leitzinses durch die EZB auf 1,25 Prozent wurde Anfang April 2011 die erste geldpolitische Straffung seit Ausbruch der Welt-Finanzkrise durchgeführt. Diese Maßnahme liegt im Rahmen der Zinserwartungen der Sparkasse.

Geschäftspolitisch wird die Sparkasse KölnBonn den eingeschlagenen Weg zu einer Fokussierung auf ihre Kerngeschäftsfelder fortführen.

Vor diesem Hintergrund geht die Sparkasse KölnBonn hinsichtlich ihrer Geschäftsentwicklung und der Ergebnissituation mit folgenden Erwartungen in das neue Geschäftsjahr:

Im Privatkundengeschäft legt sie für ihre Vertriebsplanung ein Wachstum zugrunde, das bei den Kundenforderungen und Kundeneinlagen für 2011 etwa dem erwartenden Trend des nominalen Bruttoinlandsprodukts (bei einer angenommenen Inflationsrate von 1 Prozent) entspricht und ab 2012 leichte Marktanteilszuwächse beinhaltet. Bei der Planung des Einlagengeschäfts geht die Sparkasse auch davon aus, dass das Thema Sicherheit nach wie vor im Vordergrund der Anlageentscheidungen ihrer Kunden steht.

Die Vertriebsplanung des Firmenkundengeschäftes ist entsprechend der strategischen Neuausrichtung differenziert angelegt: Bestandsabbau im zentralen Firmenkundengeschäft infolge der beabsichtigten weiteren Verringerung des Großkundengeschäfts, Marktanteilsgewinne im dezentralen, in der Fläche betriebenen Firmenkundengeschäft.

Der Zinsüberschuss der Sparkasse KölnBonn dürfte im Jahr 2011 angesichts des noch niedrigen Zinsniveaus etwa auf dem 2010 erreichten Niveau verharren, zumal die Sparkasse bei der langfristigen Anlage variabel verzinslicher Einlagen weiterhin vorsichtig agieren wird. Ab dem Folgejahr ist damit zu rechnen, dass es in Verbindung mit einer Normalisierung des gesamtwirtschaftlichen Zinsbildes auch zu einem Anstieg der Zinsmargen vor allem auf Einlagen kommt, insbesondere in bestandsvariablen Produkten. Sollte sich die Normalisierung des Zinsniveaus zeitlich entgegen unseren Planungen weiter hinauszögern, würde diese Entwicklung den Zinsüberschuss auch des Folgejahres belasten.

Das Provisionsergebnis hat sich bereits in 2010 erfreulich entwickelt. Unsere Planungen für die kommenden beiden Jahre gehen von einer weiterhin positiven Entwicklung aus. Wesentliche Wachstumstreiber sehen wir in den Produktgruppen Bausparen, Lebens- und Sachversicherungen sowie Wertpapierprovisionen. Die Erlöse aus dem Zahlungsverkehr werden sich in den kommenden Jahren stabilisieren und in der weiteren Tendenz leicht ansteigen.

Infolge der Aufgabe des Handelsbuchstatus der Sparkasse KölnBonn zum 1. Januar 2011 führt die Sparkasse im Wesentlichen nur noch Restbestände im Handelsbestand. Demzufolge wird das Nettoergebnis des Handelsbestandes eine untergeordnete Ergebnisbedeutung in den Folgejahren einnehmen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Sparkasse KölnBonn Erfolge aus den eingeleiteten Maßnahmen zur Reduktion des Verwaltungsaufwandes erzielen. In den kommenden beiden Jahren wird sich der Verwaltungsaufwand in etwa auf dem Niveau des Jahres 2010 bewegen.

Das operative Ergebnis der Sparkasse wird sich auf der Grundlage dieser Planungen in den Folgejahren positiv entwickeln. Für 2011 erwarten wir ein Ergebnis, welches im Wesentlichen dem Vorjahresergebnis entsprechen wird. Für das Folgejahr rechnen wir vor dem Hintergrund der erwarteten Bestandsentwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft in Verbindung mit einer Margenausweitung mit einem weiteren Anstieg des operativen Ergebnisses.

Die Planung der Kreditrisikovorsorge basiert für 2011 auf einer Expertenschätzung. Insgesamt gehen wir von einer leichten Erhöhung des Vorsorgebedarfs aus. Der Anstieg dürfte aber sehr moderat verlaufen. Die Planung der Folgejahre erfolgt auf Basis des mithilfe unseres Kreditrisikomodells ermittelten expected loss des Kreditportfolios. Wir gehen von einem leichten Anstieg parallel zum Wachstum des Kreditgeschäftes aus. Unwägbarkeiten in bestimmten Portfolios, auch in Verbindung mit latenten Konzentrationsrisiken, trägt die Sparkasse durch ein besonderes Monitoring der Engagements Rechnung; dies insbesondere in den Fällen, in denen bei ungünstiger Entwicklung der Rahmenbedingungen nicht unerhebliche Ausfälle eintreten können. Das Monitoring bezieht sich auch auf Engagements, bei denen aufgrund der Sicherheitenstellung die Bildung einer Risikovorsorge nicht erforderlich war.

Im Hinblick auf ihre Eigenanlagen, insbesondere das ABS-Portfolio, wird die Sparkasse KölnBonn Abbaumöglichkeiten nach Marktopportunität nutzen. Infolge möglicher Credit-Spread-Ausweitungen in Teilsegmenten des strukturierten Portfolios ist mit einem moderaten Bewertungsaufwand in 2011 und auch den Folgejahren zu rechnen, sofern es nicht zu nennenswerten dauerhaften Wertminderungen bei Wertpapieren des Anlagevermögens kommt.

Für einen wesentlichen Teil ihrer Beteiligungen hat die Sparkasse eine Exit-Strategie entwickelt. Während einige kleinere Exits bereits in 2010 verwirklicht werden konnten, wird die Umsetzung zu großen Teilen im Jahr 2011 erfolgen. Unter diesem Aspekt und in Verbindung mit den im Jahresabschluss 2010 durchgeführten Bewertungen geht die Sparkasse davon aus, dass sich 2011 bei den Beteiligungen im Hinblick auf die Gewinn- und Verlustrechnung keine außergewöhnlichen Belastungen ergeben und der Bewertungsaufwand den von 2010 ebenfalls nicht überschreitet. Für die Folgejahre gehen wir im Zuge des dann erfolgten Risikoabbaus von sinkenden Bewertungsaufwendungen aus.

Für die Rheinparkmetropole, welche in 2009 von den Mietern übernommen wurde, hat die Sparkasse KölnBonn in den vergangenen Jahren erhebliche bilanzielle Vorsorge getroffen. Durch fortgeschrittene Prüfungshandlungen, welche von der Sparkasse in den vergangenen Jahren beauftragt wurden, konnten die Kosten des Gesamtprojekts zum Stichtag 31. Dezember 2010 mit höherer Verlässlichkeit ermittelt werden. Auf dieser Grundlage konnte die Sparkasse im Jahresabschluss 2010 eine Bewertung vorhandener Risiken vornehmen und dafür bilanzielle Vorsorge treffen. Gleichwohl verkennen wir nicht, dass aufgrund der im jetzigen Stadium weiter bestehenden Unwägbarkeiten im Projekt Rheinparkmetropole noch latente Risiken liegen.

In Summe geht die Sparkasse von einem Jahresüberschuss für das Jahr 2011 aus, welcher auf der Grundlage unserer vorsichtigen Planung des operativen Geschäfts und der Bewertungsaufwendungen in etwa an das entsprechende Ergebnis aus 2010 heranreicht. Auf der Basis einer Normalisierung des Zinsbildes und der erfolgreichen Umsetzung der von ihr eingeschlagenen Strategie rechnet die Sparkasse KölnBonn für die Folgejahre mit stetig ansteigenden Ergebnissen aufgrund der Fokussierung auf das Kerngeschäft einer normalen Großsparkasse, eines straffen Kostenmanagements und einer Vermeidung risikoträchtiger Geschäfte, sodass eine weitere Wiederauffüllung und in der Folge planmäßige Bedienung des Hybridkapitals erfolgt.

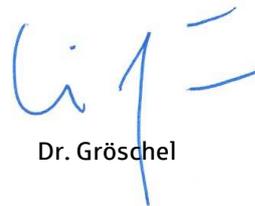
Aufgrund der im Anhang dargestellten Wiederauffüllungsverpflichtungen bezüglich des Hybridkapitals infolge der Bilanzverluste der Vorjahre, dürfte die Sparkasse KölnBonn in den nächsten beiden Jahren nur in geringem Umfang bilanzielle Vorsorge für die indirekten Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Ersten Abwicklungsanstalt der WestLB AG bilden können.

Köln, den 4. Mai 2011

Sparkasse KölnBonn
Der Vorstand



Grzesiek



Dr. Gröschel



Dr. Schmalzl



Dr. Siemons



Voigt

Jahresabschluss (HGB)

zum 31. Dezember 2010 der Sparkasse KölnBonn

Land Nordrhein-Westfalen • Regierungsbezirk Köln

Aktiva				31.12.2009
				TEUR
		EUR	EUR	EUR
1.	Barreserve			
	a) Kassenbestand	107.247.203,74		154.418
	b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	<u>221.140.643,53</u>		<u>537.453</u>
			328.387.847,27	691.871
2.	Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind			
	a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen		-,--	-
	b) Wechsel		-,--	-
			-,--	-
3.	Forderungen an Kreditinstitute			
	a) täglich fällig	261.779.236,63		214.370
	b) andere Forderungen	<u>2.417.180.038,10</u>		<u>1.978.866</u>
			2.678.959.274,73	2.193.236
4.	Forderungen an Kunden		20.427.506.572,18	21.107.233
	darunter:			
	durch Grundpfandrechte gesichert	EUR 9.314.692.199,29		(8.800.521)
	Kommunalkredite	EUR 1.650.103.013,77		(2.142.623)
5.	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
	a) Geldmarktpapiere			
	aa) von öffentlichen Emittenten	-,--		-
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR -,--		(-)
	ab) von anderen Emittenten	-,--		202.482
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR -,--		(202.482)
			-,--	202.482
	b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
	ba) von öffentlichen Emittenten		349.227.345,68	276.819
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 349.227.345,68		(276.819)
	bb) von anderen Emittenten		<u>3.056.589.381,03</u>	<u>3.582.722</u>
	darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR 2.701.823.135,91	3.405.816.726,71	3.859.541
				(3.071.766)
	c) eigene Schuldverschreibungen		704.263,36	115.631
	Nennbetrag	EUR 709.500,00		(116.647)
			3.406.520.990,07	4.177.654
6.	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		43.144.569,94	514.415
6a.	Handelsbestand		1.608.302.210,56	-
7.	Beteiligungen		481.025.060,72	494.598
	darunter:			
	an Kreditinstituten	EUR 1,00		(-)
	an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR -,--		(-)
8.	Anteile an verbundenen Unternehmen		91.346.041,54	104.189
	darunter:			
	an Kreditinstituten	EUR -,--		(-)
	an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR -,--		(-)
9.	Treuhandvermögen		25.042.589,98	26.356
	darunter: Treuhandkredite	EUR 25.042.589,98		(26.356)
10.	Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		-,--	-
11.	Immaterielle Anlagewerte			
	a) Selbst geschaffene gewerbliche Rechte und Werte		745.791,79	(-)
	b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.215.810,00	(-)
	c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,--	(-)
	d) geleistete Anzahlungen		-,--	(-)
			3.961.601,79	772
12.	Sachanlagen		51.253.958,24	55.324
Übertrag			29.145.450.717,02	29.365.648

	EUR	EUR	EUR	31.12.2009 TEUR
Übertrag			29.145.450.717,02	29.365.648
13. Sonstige Vermögensgegenstände			58.951.660,31	108.233
14. Rechnungsabgrenzungsposten			17.318.842,69	51.544
15. Aktive latente Steuern			113.000.000,00	67.500
16. Aktivischer Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			--	(-)
Summe der Aktiva			29.334.721.220,02	29.592.925

Passiva				31.12.2009
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		24.283.841,15		7.492
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>5.491.468.330,41</u>		<u>6.883.144</u>
			5.515.752.171,56	6.890.636
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	4.062.603.081,54			4.363.028
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>1.093.856.977,03</u>			<u>836.697</u>
		5.156.460.058,57		5.199.725
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	7.988.477.683,46			7.582.518
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>4.400.798.294,49</u>			<u>4.470.799</u>
		<u>12.389.275.977,95</u>		<u>12.053.317</u>
			17.545.736.036,52	17.253.042
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		1.790.937.832,89		2.357.463
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-		-
			1.790.937.832,89	2.357.463
darunter:				
Geldmarktpapiere	EUR	-,-		(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	EUR	-,-		(-)
3a. Handelsbestand			1.639.547.229,21	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			25.042.589,98	26.356
darunter: Treuhandkredite	EUR	25.042.589,98		(26.356)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			69.143.442,96	74.462
6. Rechnungsabgrenzungsposten			64.120.672,52	85.893
6a. Passive latente Steuern			-,-	-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		52.873.348,62		56.283
b) Steuerrückstellungen		15.432.428,16		13.356
c) andere Rückstellungen		<u>208.479.458,24</u>		<u>440.351</u>
			276.785.235,02	509.990
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	(-)
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			598.652.179,14	674.203
10. Genusssrechtskapital			514.192.944,61	454.441
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	EUR	-,-		(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			2.771.705,27	-
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	2.771.705,27		(-)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Einlagen stiller Gesellschafter	330.477.960,74			330.478
b) Kapitalrücklage	-,-			-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	961.561.219,60			1.006.574
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>			<u>-</u>
		1.292.039.180,34		1.337.052
d) Bilanzgewinn (Vorjahr: Bilanzverlust)		<u>0,00</u>		<u>70.613</u>
			1.292.039.180,34	1.266.439
Summe der Passiva			29.334.721.220,02	29.592.925
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	733.806.971,84			835.024
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	<u>-,-</u>			<u>-</u>
			733.806.971,84	835.024
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	<u>2.146.293.278,13</u>			<u>1.902.115</u>
			2.146.293.278,13	1.902.115

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010

	EUR	EUR	EUR	TEUR
				1.1. - 31.12.2009
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	980.348.339,81			1.055.845
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	108.147.747,89			133.234
		1.088.496.087,70		1.189.079
2. Zinsaufwendungen		661.737.968,83		760.467
			426.758.118,87	428.612
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		2.846.021,32		31.941
b) Beteiligungen		5.546.953,05		5.874
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		7.571.488,68		2.440
			15.964.463,05	40.255
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,-	-
5. Provisionserträge		176.678.545,40		154.596
6. Provisionsaufwendungen		17.848.709,89		17.421
			158.829.835,51	137.175
7. Nettoertrag des Handelsbestandes			24.945.347,47	23.962
darunter: Zuführungen zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	2.771.705,27		(-)
8. Sonstige betriebliche Erträge			53.611.748,08	104.189
darunter: aus der Fremdwährungs-umrechnung	EUR	-,-		(-)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil			-,-	(-)
			680.109.512,98	734.193
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		184.336.579,64		195.992
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		52.024.260,87		57.190
darunter: für Alters-			236.360.840,51	253.182
versorgung	EUR	18.366.658,02		(20.890)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		184.943.814,60		191.575
			421.304.655,11	444.757
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			9.188.380,88	8.986
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			75.719.885,04	216.758
darunter: aus der Fremdwährungs-umrechnung	EUR	1.366,83		(-)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		84.133.072,00		88.817
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,-	-
			84.133.072,00	88.817
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen von Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		5.236.156,37		73.318
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-,-	-
			5.236.156,37	73.318
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			51.630,00	270
18. Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			-,-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			84.475.733,58	- 98.713
Übertrag			84.475.733,58	- 98.713

	EUR	EUR	EUR	1.1. - 31.12.2009
				TEUR
Übertrag			84.475.733,58	- 98.713
20. Außerordentliche Erträge		496.099,38		-
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierung- gesetzes	EUR	496.099,38		
21. Außerordentliche Aufwendungen		42.018.200,03		-
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierung- gesetzes	EUR	42.018.200,03		
22. Außerordentliches Ergebnis			41.522.100,65	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		+16.798.480,35		20.686
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	EUR	+19.900.000,00		(-) 95
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		-,-	+16.798.480,35	20.781
25. Jahresüberschuss (Vorjahr Jahresfehlbetrag)			59.752.113,28	-119.494
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-,-	-
			59.752.113,28	-119.494
27. Entnahmen aus Einlagen stiller Gesellschafter			-,-	19.522
28. Entnahmen aus Genusssrechtskapital			-,-	29.359
29. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals			59.752.113,28	-
30. Bilanzgewinn (Vorjahr: Bilanzverlust)			0,00	-70.613

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss der Sparkasse KölnBonn wurde im Geschäftsjahr 2010 erstmalig unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) aufgestellt.

Übergangsvorschriften zum BilMoG

Die Vorjahreszahlen wurden nicht an die geänderte Bilanzgliederung angepasst. Gemäß Artikel 67 Absatz 8 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) wurde auf die Anpassung der Vorjahreszahlen an die geänderten Bewertungsmethoden verzichtet.

Aufwendungen und Erträge aus der erfolgswirksamen Umstellung auf die Vorschriften des BilMoG wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ beziehungsweise „Außerordentliche Erträge“ ausgewiesen. Erfolgsneutrale Beträge bei den aktiven latenten Steuern aus der Erstanwendung des BilMoG wurden unmittelbar in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Der durch die geänderte Bewertung der Pensionsrückstellungen im Rahmen der Erstanwendung des BilMoG entstandene Zuführungsbetrag wird gemäß Artikel 67 Absatz 1 Satz 1 EGHGB spätestens bis zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel angesammelt. Der noch anzusammelnde Betrag bis zum 31. Dezember 2024 beträgt 3,8 Mio EUR.

Durch die geänderte Bewertung der Rückstellungen im Rahmen der Erstanwendung des BilMoG ist bei einigen Rückstellungen eine Überdeckung in Höhe von insgesamt 4,0 Mio EUR entstanden, die voraussichtlich bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden muss. Deshalb wurden die Rückstellungen in unveränderter Höhe beibehalten (Artikel 67 Absatz 1 Satz 2 EGHGB).

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2010 neben den aus der erstmaligen Anwendung des HGB und der RechKredV in der Fassung des BilMoG notwendigen Anpassungen wie folgt geändert:

Für die Bewertung von Verpflichtungen aus zeiträtierlich erdienten Pensionsansparungen wurde erstmals das Anwartschaftsbarwertverfahren Projected Unit Credit Method (PUC-Methode) angewendet. Die Anwendung der PUC-Methode dient der Anpassung an den IFRS-Konzernabschluss der Sparkasse KölnBonn. Durch die Umstellung der Bewertung der Pensionsrückstellungen auf die PUC-Methode (bisher modifizierte Teilwertmethode) liegt der PUC-Periodenaufwand für 2010 zu Beginn der Erdienungsphase unter dem der modifizierten Teilwertmethode. Dafür sind im Verlauf des Übergangszeitraumes von 15 Jahren die für die vorgenannte Ansammlung der Pensionsrückstellungen zu dotierenden Rückstellungszuführungen höher als bei der Verwendung des modifizierten Teilwertverfahrens.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden weitere Schuldverschreibungen mit einem Nominalvolumen von insgesamt 310,0 Mio EUR zuzüglich der dazugehörigen Mikrohedges vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen umgewidmet, da keine Absicht existiert, diese Anlagen während der gesamten Restlaufzeit vorzeitig zu veräußern (siehe hierzu auch Wertpapiere).

Anteilige Zinsen

In Ausübung des Wahlrechtes nach § 11 Satz 3 RechKredV enthalten die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge keine anteiligen Zinsen.

Kreditgeschäft

Der Ausweis der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Fälligkeit und Namensschuldverschreibungen erfolgt zum Nennwert, vermindert um Wertberichtigungen. Die Schuldscheindarlehen, die ohne Halteabsicht bis zur Endfälligkeit oder zum Zwecke des Handels erworben wurden, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien beziehungsweise in Rechnung gestellte Agien wurden kapitalanteilig nach der Zinsstaffelmethode auf die Darlehenslaufzeit beziehungsweise auf die Festzinsbindungsdauer verteilt. Laufzeitzinsdarlehen und Bestandswechsel wurden zum Zeitwert bilanziert. Sie wurden zu effektiven Hereinnahmesätzen abgezinst.

Erkennbaren Ausfallrisiken aus dem Kreditgeschäft wurde in Höhe des zu erwartenden Ausfalls durch die Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen Rechnung getragen. Ferner wurden aus der Erfahrung der Forderungsausfälle der letzten fünf Jahre Pauschalwertberichtigungen für den latent gefährdeten Forderungsbestand gebildet. Des Weiteren bilanziert die Sparkasse Köln-Bonn zusätzlich eine pauschale Länderrisikovorsorge für die erfahrungsgemäß ausfallgefährdeten, nicht schon einzelwertberichtigten Forderungen gegenüber ausländischen Staaten beziehungsweise Schuldnern in ausländischen Staaten. Das Wahlrecht zur Kompensation zwischen Aufwendungen und Erträgen beim Ausweis der Risikovorsorge in der Gewinn- und Verlustrechnung wurde in Anspruch genommen.

Wertpapiere

Im Geschäftsjahr 2010 haben wir Schuldverschreibungen mit Buchwerten von insgesamt 309,4 Mio EUR vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen umgewidmet, da sich aufgrund der veränderten Marktverhältnisse unsere Halteabsicht auf die gesamte Restlaufzeit der Wertpapiere erstreckt. Die Fähigkeit, diese Wertpapiere bis zur Endfälligkeit zu halten, ist gewährleistet. Die Umwidmung haben wir auf Basis des Buchwertes zum 31. Dezember 2009 beziehungsweise bei Neuanschaffungen des Jahres 2010 mit den Anschaffungskosten vorgenommen. Die historischen Anschaffungskosten bleiben vom Umwidmungsvorgang unberührt. Die Umwidmung haben wir in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungshinweis RH 1.014 des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vorgenommen.

Für Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, insbesondere ABS-Strukturen (Asset Backed Securities) und sonstige Gläubigerpapiere, wurden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nur dann vorgenommen, wenn dieser voraussichtlich dauerhaft unter dem letzten Buchwert beziehungsweise den Anschaffungskosten lag (gemildertes Niederstwertprinzip).

Eine dauerhafte Wertminderung liegt bei Schuldverschreibungen dann vor, wenn zum Bilanzstichtag davon auszugehen ist, dass vertragsgemäße Leistungen nicht oder nicht in dem zum Erwerbszeitpunkt erwarteten Umfang erbracht werden. Um dies zu beurteilen, wurden aktuelle Bonitätsbeurteilungen herangezogen. Für Wertpapiere aus Verbriefungstransaktionen (unter anderem ABS) wurde anhand aktueller Investorenreports ermittelt, ob die den eigenen Rechten nachrangigen Teile der Emission sowie die vorhandenen Sicherheiten voraussichtlich ausreichen, um die eingetretenen und erwarteten Verluste zu decken. Sofern dies während der voraussichtlichen Restlaufzeit der Emission nicht mehr zu erwarten ist, haben wir eine dauerhafte Wertminderung angenommen. Unabhängig davon sind Wertminderungen von Schuldverschreibungen bis zum Rückzahlungswert beziehungsweise bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten stets dauerhaft.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden – mit Ausnahme der Handelsbestände – mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt (strenges Niederstwertprinzip). Dabei wurde von der Möglichkeit der Durchschnittsbewertung Gebrauch gemacht. Für diese Wertpapiere haben wir untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt bestand oder der Markt als inaktiv anzusehen war. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preisserviceagentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Aktive Märkte haben wir im Wesentlichen für börsennotierte Aktien und Staatsanleihen festgestellt. Für an einem aktiven Markt gehandelte Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag als beizulegender (Zeit-)Wert verwendet. Insbesondere aufgrund der weiterhin anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarktkrise waren jedoch die Märkte für wesentliche Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestandes zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir – sofern auch keine Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren vorlagen – die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse (vergleiche Ausführungen zu ABS-Strukturen) oder ein Bewertungsmodell verwendet.

Die modellbasierte Bewertung erfolgte mit Hilfe des Discounted-Cashflow-Verfahrens ("DCF-Modell"). Dieses Verfahren basiert auf der Abzinsung der aus den jeweiligen Wertpapieren erwarteten Cashflows mit einem geeigneten Zins. Der Schätzung der Cashflows wurden grundsätzlich die vertraglichen Regelungen über die Zins- und Tilgungszahlungen zugrunde gelegt. Cashflows, die aus variabel verzinslichen Instrumenten resultieren, wurden auf der Basis von Forward-Zinssätzen geschätzt. Die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Ausfälle wurde durch einen Risikozuschlag im Diskontierungszins abgebildet. Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag ("Spread") zusammen. Für die Bestimmung der Parameter haben wir vorrangig am Markt beobachtbare Werte verwendet. Als Basiszins haben wir deshalb die für den Interbankenhandel mit Zinsswaps am Markt beobachtbare Zinsstrukturkurve ("Swap-Kurve") verwendet.

Der Spread setzt sich im Wesentlichen aus einem Zuschlag für das Kreditrisiko des Emittenten (Credit Spread) und einem Zuschlag für das Liquiditätsrisiko (Liquidity Spread) zusammen. Credit Spreads wurden nach Branche, Rating und Laufzeit ermittelt. Diese wurden aus am Markt handelbaren Credit-Default-Swaps oder handelbaren Anleihen hergeleitet. Hinsichtlich des Liquiditätsspreads zeichnen sich inaktive Märkte insbesondere dadurch aus, dass dieser nicht mehr aus tatsächlich zustande gekommenen Markttransaktionen abgeleitet werden kann. Die Sparkasse KölnBonn verwendet zwei Arten von Liquiditätsspreads. Der "Basis-Liquiditätsspread" soll sicherstellen, dass keine illiquide Anleihe einen geringeren Liquiditätsspread aufweist, als es dem Durchschnitt der liquiden Anleihen gleicher Kategorie nach Ausbruch der Bankenkrise entspricht. Dazu hat die Sparkasse eine Analyse der mittleren Geld-Brief-Spannen zuzüglich der einfachen Standardabweichung für unterschiedliche Wertpapierkategorien durchgeführt. Diese "Basis-Liquiditätsspreads" werden im Rahmen der Qualitätssicherung der Wertpapierbewertung regelmäßig überprüft. Zusätzlich wird bei einer definierten Preisdifferenz zu einem Marktreferenzpreis (Bloomberg Generic Preis) ein emissionsabhängiger Liquiditätsspread verwendet.

Die Bewertung der Wertpapiere und der Finanzinstrumente des Handelsbestandes steht im Einklang mit dem Rechnungslegungshinweis RH 1.014 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V (IDW) und der Stellungnahme zur Rechnungslegung BFA 2 des Bankenfachausschusses. Wertpapiere in Bewertungseinheiten mit derivativen Instrumenten wurden einer gesonderten Betrachtung unterzogen. Für Investmentfondsanteile haben wir grundsätzlich als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die – trotz sachgerechter Ermessensausübung – im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzungsunsicherheiten führen. Die grundlegenden Annahmen, die bei inaktiven Märkten der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes der Finanzinstrumente des Handelsbestandes zugrunde gelegt wurden, sind in den entsprechenden Abschnitten erläutert.

Bewertungsmodell ABS-Strukturen

Für Wertpapiere aus Verbriefungstransaktionen (ABS-Strukturen), für die zum Bilanzstichtag kein aktiver Markt mit handelbaren, liquiden Marktpreisen zur Findung eines beizulegenden Zeitwertes beobachtet werden konnte, wurde das folgende Bewertungsverfahren angewendet: Sofern für die Wertpapiere aktuelle Preisindikationen über Informationsdienste beziehungsweise Preisserviceagenturen wie "Markit" oder "Bloomberg" vorlagen, wurden diese zur Bewertung verwendet.

Im Übrigen kam das folgende Bewertungsmodell zum Einsatz: Nach dem "Durchschauprinzip" wurden für jede Struktur unter Berücksichtigung von Ausfallraten, Sicherheiten sowie der vertraglich vereinbarten Bedienungsreihenfolge ("Wasserfall") die jeweiligen erwarteten Cashflows ermittelt. Diese Cashflows wurden unter Verwendung von Credit Spreads für gleiche oder ähnliche Asset-Klassen, die von externen Anbietern (wie zum Beispiel JPMorgan Chase & Co.) bereitgestellt wurden, abgezinst. Dabei wurden die dem aktuellen (Instrumenten-)Rating entsprechenden Spreads zugrunde gelegt, sofern sich aus zeitnahen weiteren Informationen keine anderweitigen Erkenntnisse ergaben. Ratingveränderungen wurden im Einzelfall untersucht und – sofern sie als wertaufhellend anzusehen waren – in die Wertfindung einbezogen. Vorhandene Bankenbewertungen wurden zu Plausibilisierungszwecken herangezogen und in den Fällen, in denen diese niedriger als die Modellwerte waren, bei dauerhaft wertgeminderten Investments auch als Bilanzansatz zugrunde gelegt. Durch die verwendeten Bilanzansätze wurde gewährleistet, dass Verluste durch nicht mehr zu erwartende vertragliche Zins- und Tilgungszahlungen berücksichtigt wurden. Insgesamt beläuft sich der nach den beschriebenen Verfahren bewertete Bestand inklusive abgegrenzter Zinsen und exklusive der trennungspflichtigen Credit Default Swaps auf 563,2 Mio EUR (davon 43,4 Mio EUR mit Modellwerten).

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden mit den Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung, bilanziert. Sofern die Wertminderungen über die aktivierten Anschaffungskosten hinausgehen, wurden Rückstellungen für die nicht passivierten Einzahlungsverpflichtungen gebildet. Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW RS HFA 10) nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art beziehungsweise der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen. Gemäß dem Rechnungslegungsstandard (IDW RS HFA 18) des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. wurden nicht eingeforderte Einlagen nicht passiviert und sind unter den sonstigen finanziellen Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3a HGB angegeben.

Immaterielle Anlagewerte

Die Sparkasse KölnBonn hat vom Aktivierungswahlrecht für ab dem Jahr 2010 selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens Gebrauch gemacht.

Die immateriellen Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen linearen, der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungen, ausgewiesen.

Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen wurde entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Vermögensgegenstände bis 1.000,00 EUR werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen bilanziert. Dabei werden Vermögensgegenstände von geringerem Wert bis 150,00 EUR als Sachaufwand erfasst. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten zwischen 150,00 EUR und 1.000,00 EUR werden in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt und die aufgewendeten Disagien in den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen. Das im Vorjahr am Verlust teilnehmende Hybridkapital (Genussrechtskapital) wurde teilweise wieder aufgefüllt (siehe Bilanzpositionen Passiva 10). Agioerträge wurden in der passiven Rechnungsabgrenzung dargestellt. Die Auflösung dieser aus den Unterschiedsbeträgen zwischen Auszahlungs- und Erfüllungsbetrag entstandenen Positionen wurde entsprechend der Laufzeit der Verbindlichkeiten zeitanteilig verteilt.

Rückstellungen

Bei der gemäß dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip vorzunehmenden Dotierung der Rückstellungen wurden alle erkennbaren Risiken für ungewisse Verpflichtungen und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in ausreichender Höhe berücksichtigt. Dabei werden die sonstigen Rückstellungen in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung zukünftiger Preis- und Kostensteigerungen gebildet, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen.

Gemäß § 253 Absatz 2 HGB wurden alle Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Für rund 9,5 Prozent dieser Rückstellungen haben wir auch bei voraussichtlichen Restlaufzeiten bis zu einem Jahr eine Abzinsung vorgenommen. Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird nach der Nettomethode der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst.

Die Pensionsrückstellungen wurden auf der Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005 G berechnet. Die Berechnung erfolgte nach der sogenannten PUC-Methode. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,00 Prozent und Rentensteigerungen von 2,00 Prozent unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechtes gemäß § 253 Absatz 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser Zinssatz beträgt 5,15 Prozent.

Zum Bilanzstichtag besteht durch die geänderte Bewertung der Rückstellungen nach dem BilMoG, in Verbindung mit der Nutzung des Beibehaltungswahlrechtes (Artikel 67 Absatz 1 Satz 2 EGHGB), bei einigen Rückstellungen eine Überdeckung in Höhe von insgesamt 964.348,72 EUR, die voraussichtlich bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden muss.

Für nicht dem Handelsbestand zugeordnete Finanzinstrumente wurden Rückstellungen über insgesamt 19.621.565,57 EUR gebildet. Der wesentliche Anteil (13,9 Mio EUR) der Rückstellungen entfällt auf die trennungspflichtigen Credit Default Swaps der ABS-Investments.

Währungsumrechnung

Nicht dem Handelsbestand zugeordnete oder nicht in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB aufgenommene, auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens und Schulden sowie nicht abgewickelte Kassageschäfte wurden mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Ausländische gesetzliche Zahlungsmittel wurden am Bilanzstichtag mit dem Sortenankaufkurs in Euro umgerechnet. Für am Abschlussstichtag nicht abgewickelte Termingeschäfte wurde der Terminkurs herangezogen. Fremdwährungsgeschäfte steuert die Sparkasse KölnBonn über eine Gesamtposition je Währung. Soweit diese Gesamtposition je Währung am Bilanzstichtag nur geringfügige betragliche Überhänge ausweist, wird sie als besondere Deckung gemäß § 340h HGB behandelt. Daher wurden alle Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Für Bewertungsgewinne aus Fremdwährungsderivaten wurde ein Ausgleichsposten in Höhe von 233.043,15 EUR in der Bilanz (Aktiva 13) und für drohende Verluste eine Rückstellung in Höhe von 3.336.581,99 EUR gebildet.

Zinsergebnisse aus Derivaten und aus Geschäften des Handelsbestandes

Die Sparkasse KölnBonn kompensierte die Zinsergebnisse aus Derivaten in der Gewinn- und Verlustrechnung über alle gleichartigen Geschäfte. Dabei wurden die Zinszahlungen und die anteiligen Upfront-Payments zunächst brutto über eigenständige Zinsaufwands- beziehungsweise Zinsertragskonten erfasst. Der Ausweis des Zinssaldos für die Derivate des Nicht-Handelsbestandes und für die Derivate im Handelsbestand erfolgte im Zinsergebnis (GuV-Position 1 beziehungsweise 2).

Interne Geschäfte

Bis September 2010 hat die Sparkasse KölnBonn in einzelnen Produktgruppen institutsinterne Geschäfte mit dem Ziel, Risiken – insbesondere Marktpreisrisiken – aus Positionen des Bankbuches für eine zentrale Steuerung zusammen zu führen, abgeschlossen. Seit Oktober 2010 erfolgt die Steuerung über externe Geschäfte direkt aus dem Anlagebuch.

Unter institutsinternen Geschäften sind zu marktgerechten Konditionen abgeschlossene Transaktionen zwischen rechtlich unselbstständigen Organisationseinheiten der Sparkasse KölnBonn zu verstehen.

Interne Geschäfte des Handelsbestandes wurden mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Saldo aller Geschäfte ist bei den Handelsaktiva mit einem Betrag von 265,6 Mio EUR ausgewiesen. Dabei wurden positive Werte von 1.166,6 Mio EUR mit negativen Werten von 901,0 Mio EUR verrechnet.

Finanzderivate außerhalb des Handelsbestandes

Derivative Geschäfte, die Zins- oder Währungsrisiken sowie sonstige Preisrisiken aus Aktiv- und Passivgeschäften absichern, wurden mit den zugrunde liegenden Positionen zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsderivate wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen und somit nicht einzeln bewertet.

Finanzinstrumente des Handelsbestandes

Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Der beizulegende Zeitwert entspricht dem Marktwert. Liegt kein verlässlischer Marktwert vor, wird der beizulegende Zeitwert mithilfe anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Auf den Bestand am Jahresende wurde ein Risikoabschlag in Höhe von 0,9 Mio EUR vorgenommen. Zusätzlich wurde dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Absatz 4 HGB ein Betrag von 2,8 Mio EUR zugeführt und dort gesondert ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2010 hat die Sparkasse beschlossen, zum 1. Januar 2011 den Status als Handelsbuchinstitut aufzugeben und die Handelsaktivitäten ab dem 1. Oktober 2010 zurückzuführen. Die institutsintern festgelegten Kriterien für die Zuordnung von Finanzinstrumenten in das Handelsbuch wurden angepasst. Während aufsichtsrechtlich zum 1. Oktober 2010 eine Umwidmung wesentlicher Positionen des Altbestandes vom Handelsbuch zum Anlagebuch erfolgte, verblieben handelsrechtlich die Handelsgeschäfte im Handelsbestand. Auswirkungen auf das Jahresergebnis ergaben sich daher nicht.

Ausweis in der Bilanz und der GuV sowie im Anhang

Bewertungseinheiten

Hinsichtlich der Angabepflichten gemäß § 285 Nr. 23 HGB macht die Sparkasse KölnBonn von dem Wahlrecht Gebrauch, die erforderlichen Angaben im Lagebericht (D. Risikobericht, Abschnitt "Sicherungsgeschäfte") zu machen.

Rückstellungen

Der gesonderte Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit im Anhang.

Dabei wurden die Aufwendungen aus der laufenden Aufzinsung im Zinsergebnis ausgewiesen. Die Effekte aus der Veränderung des Zinssatzes wurden bei dem Aufwandsposten ausgewiesen, bei dem auch die Erfassung des Erfüllungsbetrages erfolgte. Bei Personalrückstellungen ist dies der Personalaufwand, bei den sonstigen Rückstellungen der Sachaufwand oder gegebenenfalls der sonstige betriebliche Aufwand.

Finanzinstrumente des Handelsbestandes

Die laufenden Zinserträge und -aufwendungen aus den Finanzinstrumenten des Handelsbestandes werden in Übereinstimmung mit unserer internen Steuerung in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Währungsrechnung

Der gesonderte Ausweis der Ergebnisse der Währungsumrechnung erfolgt auch im Anhang unter den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Angaben zu Pfandbriefen

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgliedert. Da die Sparkasse KölnBonn das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang aufgenommen. Aus den gleichen Gründen wurden nur die Posten zusätzlich untergliedert, die Pfandbriefe und die sichernden Aktiva unterhalten.

Untergliederung von Posten der Bilanz aufgrund des Pfandbriefgeschäftes:

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute	EUR
a) Hypothekendarlehen	-,-
b) Kommunalkredite	163.353.616,49
c) Andere Forderungen	2.515.605.658,24
darunter:	
täglich fällig	261.779.236,63
gegen die Beleihung von Wertpapieren	-,-
Aktiva 4 – Forderungen an Kunden	EUR
a) Hypothekendarlehen	9.314.692.199,29
b) Kommunalkredite	1.650.103.013,77
c) Andere Forderungen	9.462.711.359,12
darunter:	
gegen die Beleihung von Wertpapieren	194.244.260,86
Aktiva 14 – Rechnungsabgrenzungsposten	EUR
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	16.033.146,69
b) Andere	1.285.696,00
Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	EUR
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	2.046.253,15
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	61.709.413,69
c) Andere Verbindlichkeiten	5.451.996.504,72
darunter:	
täglich fällig	24.283.841,15
zur Sicherung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	-,-
und öffentliche Namenspfandbriefe	-,-

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	EUR
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	578.646.491,69
b) Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	102.099.611,79
c) Andere Verbindlichkeiten	16.864.989.933,04
darunter:	
täglich fällig	7.988.477.683,46
zur Sicherung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken- Namenspfandbriefe	-,-
und öffentliche Namenspfandbriefe	-,-
Passiva 3 – Verbriefte Verbindlichkeiten	EUR
a) Begebene Schuldverschreibungen	
aa) Hypothekenspfandbriefe	521.137.973,80
ab) öffentliche Pfandbriefe	512.513.698,63
ac) Sonstige Schuldverschreibungen	757.286.160,46
b) Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-,-
darunter:	
Geldmarktpapiere	-,-
Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten	EUR
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	63.949.511,98
b) Andere	171.160,54

Die Sparkasse KölnBonn ist als Pfandbriefemittentin verpflichtet, die Transparenzvorschriften des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) zu beachten. Die nachfolgenden Angaben gemäß PfandBG werden getrennt nach Hypothekendarlehen und öffentlichen Pfandbriefen dargestellt.

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Realdarlehen (2.512.684.362,99 EUR, Vorjahr 3.020.908.915,05 EUR) werden in der Bilanz unter Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die im Deckungsregister der Öffentlichen Pfandbriefe enthaltenen Darlehen werden in der Bilanz unter Forderungen an Kunden (34.733.207,04 EUR, Vorjahr 61.865.681,71 EUR) und unter Forderungen an Kreditinstitute (160.112.918,81 EUR, Vorjahr 227.612.918,81 EUR) ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekendarlehen (470.257.978,00 EUR, Vorjahr 31.000.000,00 EUR) und die zur Deckung der Öffentlichen Pfandbriefe bestimmten Wertpapiere (432.000.000,00 EUR, Vorjahr 822.611.877,62 EUR) finden sich in der Bilanz unter Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

a) Hypothekendarlehen

Im Jahre 2010 platzierte die Sparkasse KölnBonn Hypothekendarlehen mit einem Nominalwert in Höhe von 20,00 Mio EUR (Vorjahr: 519,69 Mio EUR).

Angaben zum Gesamtbetrag (Angaben in Mio EUR)	Nennwert	Barwert	Risikobarwert ²⁾ (Verschiebung nach oben)	Risikobarwert ²⁾ (Verschiebung nach unten)
Gesamtbetrag des Pfandbriefumschlages	1.071,30	1.174,54	1.040,46	1.358,26
(Vorjahr:	1.056,30	1.148,40	1.003,96	1.340,31)
Gesamtbetrag der Deckungsmasse ¹⁾	2.982,94	3.224,95	2.981,88	3.485,21
(Vorjahr:	3.051,91	3.276,67	3.005,95	3.583,61)
Überdeckung in Prozent	178,44	174,57	186,59	156,59
(Vorjahr:	188,92	185,32	199,41	167,37)
Sichernde Überdeckung gemäß § 4 PfandBG in Prozent		2,83		
(Vorjahr:		2,87)		

¹⁾ In der Deckungsmasse befanden sich keine Derivate.

²⁾ Statisches Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV).

Angaben zur Laufzeitstruktur	x < 1 Jahr	1 Jahr < x < 5 Jahre	5 Jahre < x < 10 Jahre	x > 10 Jahre
Laufzeitstruktur des Pfandbriefumschlages	501,00	9,00	240,30	321,00
(Vorjahr:	0,00	507,00	209,30	340,00)
Laufzeitstruktur der Deckungsmasse	401,31	1.326,58	990,18	264,87
(Vorjahr:	324,32	1.165,10	1.283,12	279,37)

**Gesamtbetrag der zur Deckung
verwendeten Forderungen ¹⁾****(Angaben in Mio EUR)**

nach Größenklassen	Gesamtbetrag	Vorjahr	Anteil in Prozent	Vorjahr
X < 300 TEUR	1.198,84	1.420,56	47,71	47,03
300 TEUR < X < 5 Mio EUR	1.144,04	1.309,97	45,53	43,36
X > 5 Mio EUR	169,80	290,38	6,76	9,61
nach Nutzungsart (I) in Deutschland	Gesamtbetrag	Vorjahr	Anteil in Prozent	Vorjahr
wohnwirtschaftlich	1.350,61	1.618,48	53,75	53,58
gemischt genutzt	397,86	390,57	15,84	12,93
gewerblich	764,21	1.011,86	30,41	33,49
nach Nutzungsart (II) in Deutschland ²⁾	Gesamtbetrag	Vorjahr	Anteil in Prozent	Vorjahr
Wohnungen	356,78	435,30	14,20	14,41
Einfamilienhäuser	427,95	497,24	17,03	16,46
Mehrfamilienhäuser	565,88	685,94	22,52	22,71
Bürogebäude	156,26	179,62	6,22	5,95
Handelsgebäude	10,47	33,53	0,42	1,10
Industriegebäude	2,23	2,38	0,09	0,08
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	981,57	1.169,02	39,06	38,70
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten sowie Bauplätze	11,54	17,88	0,46	0,59
davon Bauplätze	11,53	17,85	0,46	0,59

¹⁾ Es wurde nur die ordentliche Deckung betrachtet.²⁾ Außerhalb Deutschlands befanden sich keine Grundstückssicherheiten.

Ersatzdeckung	Anteil in Prozent
nach § 19 PfandBG	2,89
	(Vorjahr: 2,93)
davon in Deckungswerten nach § 4 Absatz 2 PfandBG	2,89
	(Vorjahr: 2,93)

Rückständige Forderungen (Angaben in Mio EUR)	Gesamtbetrag
Gesamtbetrag der mehr als 90 Tage rückständigen Forderungen	-,--
	(Vorjahr: -,--)

Sonstige Angaben (Angaben in Mio EUR)	wohnt- wirtschaftlich	Vorjahr	gewerblich	Vorjahr
Anzahl der am Bilanzstichtag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	-,--	-,--	-,--	-,--
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-,--	-,--	-,--	-,--
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-,--	-,--	-,--	-,--
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	-,--	-,--	-,--	-,--
Gesamtbetrag der Rückzahlungen durch Amortisation	70,94	67,16	29,35	32,49
Gesamtbetrag sonstiger Rückzahlungen	81,45	54,35	20,54	27,36

b) Öffentliche Pfandbriefe

Im Jahre 2010 platzierte die Sparkasse KölnBonn keine öffentlichen Pfandbriefe (Vorjahr: Nominalwert der Emissionen 14,00 Mio EUR).

Angaben zum Gesamtbetrag (Angaben in Mio EUR)	Nennwert	Barwert	Risikobarwert ²⁾ (Verschiebung nach oben)	Risikobarwert ²⁾ (Verschiebung nach unten)
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	659,50	720,68	670,43	773,29
(Vorjahr:	800,93	868,32	802,76	939,58)
Gesamtbetrag der Deckungsmasse ¹⁾	762,45	828,43	773,86	879,51
(Vorjahr:	1.291,87	1.391,49	1.280,37	1.519,27)
Überdeckung in Prozent	15,61	14,95	15,43	13,74
(Vorjahr:	61,30	60,25	59,50	61,70)
Sichernde Überdeckung gemäß § 4 PfandBG in Prozent		4,00		
(Vorjahr:		3,97)		

¹⁾ In der Deckungsmasse befanden sich keine Derivate.

²⁾ Statisches Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV).

Angaben zur Laufzeitstruktur	x < 1 Jahr	1 Jahr < x < 5 Jahre	5 Jahre < x < 10 Jahre	x > 10 Jahre
Laufzeitstruktur des Pfandbriefumlaufs	0,00	520,50	34,00	105,00
(Vorjahr:	137,43	520,50	34,00	109,00)
Laufzeitstruktur der Deckungsmasse	70,63	577,73	86,02	28,07
(Vorjahr:	149,18	640,28	407,83	94,58)

Deckungsmasse (Angaben in Mio EUR)	Gesamtbetrag
Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	762,45
(Vorjahr:	1.291,87)

Zur Deckung verwendete Forderungen nach Ländern und Schuldnerklassen ¹⁾ (Angaben in Mio EUR)	Staat	Regionale Gebietskörperschaften	Örtliche Gebietskörperschaften	Sonstige Schuldner
Bundesrepublik Deutschland	10,00	3,00	-,-	652,72
(Vorjahr:	10,00	33,00	29,98	944,94)
Österreich	-,-	-,-	-,-	41,00
(Vorjahr:	-,-	-,-	-,-	95,00)
Spanien	-,-	-,-	-,-	-,-
(Vorjahr:	-,-	40,00	-,-	-,-)
Irland	-,-	-,-	-,-	36,00
(Vorjahr:	-,-	-,-	-,-	36,00)
Griechenland	-,-	-,-	-,-	-,-
(Vorjahr:	17,50	5,00	-,-	10,60)
Schweiz	-,-	19,73	-,-	-,-
(Vorjahr:	-,-	16,87	-,-	-,-)
Kanada	-,-	-,-	-,-	-,-
(Vorjahr:	-,-	15,00	-,-	-,-)
Tschechien	-,-	-,-	-,-	-,-
(Vorjahr:	15,00	-,-	-,-	-,-)
Polen	-,-	-,-	-,-	-,-
(Vorjahr:	10,00	-,-	-,-	-,-)
Portugal	-,-	-,-	-,-	-,-
(Vorjahr:	-,-	10,00	-,-	-,-)
Italien	-,-	-,-	-,-	-,-
(Vorjahr:	-,-	2,98	-,-	-,-)
Ungarn	-,-	-,-	-,-	-,-
(Vorjahr:	-,-	-,-	-,-	-,-)

¹⁾ Es wurde nur die ordentliche Deckung betrachtet.

Ersatzdeckung	Anteil in Prozent
nach § 20 Absatz 2 PfandBG	-,-
(Vorjahr:	-,-)
davon höchste Forderung	-,-
(Vorjahr:	-,-)

Rückständige Forderungen (Angaben in Mio EUR)	Gesamtbetrag
Gesamtbetrag der mehr als 90 Tage rückständigen Forderungen	-,-
(Vorjahr:	-,-)

Aktiva 3

Forderungen an Kreditinstitute		EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an die eigene Girozentrale		780.036.224,03
	(Vorjahr:	781.288.530,75)
Nachrangige Forderungen		--
	(Vorjahr:	--)
Der Unterposten b) – andere Forderungen – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate		2.079.533.420,26
mehr als drei Monate bis ein Jahr		51.852.868,00
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre		133.153.630,33
mehr als fünf Jahre		117.842.387,04

Die Bewertung dieser Forderungen lassen nach unserer Einschätzung im Zusammenhang mit den Folgewirkungen der Finanzmarktkrise derzeit keine Zahlungsausfälle erwarten.

Aktiva 4

Forderungen an Kunden		EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		484.186.530,28
	(Vorjahr:	558.238.505,86)
Forderungen an verbundene Unternehmen		413.610.677,22
	(Vorjahr:	474.351.203,27)
Nachrangige Forderungen		24.572.170,00
	(Vorjahr:	19.992.490,00)
<u>darunter:</u>		
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		5.329.800,00
	(Vorjahr:	209.300,00)
Forderungen an verbundene Unternehmen		5.429.890,64
	(Vorjahr:	5.429.890,64)
Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
bis drei Monate		1.230.762.667,50
mehr als drei Monate bis ein Jahr		1.188.796.103,78
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre		4.236.135.729,04
mehr als fünf Jahre		12.356.462.391,13
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit		1.400.021.298,94

Aktiva 5

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Beträge, die bis zum 31.12.2011 fällig werden		
a) Geldmarktpapiere		--,-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		277.057.073,60
c) eigene Schuldverschreibungen		475.301,79
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
börsennotiert		3.332.471.769,17
nicht börsennotiert		74.049.220,90
In folgenden Unterposten sind nachrangige Schuldverschreibungen enthalten:		
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		74.978.366,52
	(Vorjahr ¹⁾ :	92.305.953,67)
c) eigene Schuldverschreibungen		6.159,66
	(Vorjahr ²⁾ :	19.525,81)

¹⁾ Die Vorjahreszahlen enthalten nachrangige Anleihen und Schuldverschreibungen des Handelsbestandes in Höhe von 3.401.900,00 EUR.

²⁾ Die Vorjahreszahlen enthalten nachrangige eigene Schuldverschreibungen des Handelsbestandes in Höhe von 19.525,81 EUR.

Die folgende Darstellung dient der Vermittlung zusätzlicher Informationen zur Bilanzierung und Bewertung des Wertpapierbestandes:

Umlaufvermögen			
Art der Anlage	Buchwerte Mio EUR	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Staatsanleihen Eurozone	22,0	Ja	Marktpreis
Anleihen von Finanzinstituten	688,9		
davon	428,2	Ja	Marktpreis
davon	260,7	Nein	Bewertungsmodell

Anlagevermögen				
Art der Anlage	Buchwerte Mio EUR	beizulegende Zeitwerte Mio EUR	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Verbriefungstransaktion	532,1			
davon	43,2		Nein	Bewertungsmodell
davon	488,9		Nein	Marktpreis (indikativ)
Buchwerte > Zeitwerte	351,8	318,0		
sonstige Unternehmens- anleihen	170,7			
davon	34,8		Nein	Bewertungsmodell
davon	135,9		Ja	Marktpreis
Buchwerte > Zeitwerte	66,5	64,9		
sonstige Staatsanleihen und Anleihen von Finanzinstituten	1.938,4			
davon	1.303,9		Nein	Bewertungsmodell
davon	634,5		Ja	Marktpreis
Buchwerte > Zeitwerte	1.500,3	1.420,6		

In den beizulegenden Zeitwerten sind die Marktwerte der Absicherungsderivate berücksichtigt. Alle Wertpapiere sind börsenfähig. Alle Papiere des Anlagevermögens werden grundsätzlich nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Im Zusammenhang mit der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wird dargelegt, unter welchen Voraussetzungen von einer dauernden beziehungsweise nur vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird. Bei Anwendung des strengen Niederstwertprinzips wären Abschreibungen in Höhe von 115,1 Mio EUR entstanden. Bei den Wertpapieren, die nicht mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, ist nach derzeitiger Erkenntnis damit zu rechnen, dass die vertragsgemäßen Leistungen in vollem Umfang erbracht werden.

Aktiva 6

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		EUR
In diesem Posten sind enthalten:		
Investmentanteile Spezialfonds mit einem Buchwert von		-,--
	(Vorjahr:	468.108.944,66)
Die in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere sind:		
börsennotiert		-,--
nicht börsennotiert		43.144.569,94

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung des Wertpapierbestandes zu vermitteln:

Anlagevermögen				
Art der Anlage	Buchwerte Mio EUR	beizulegende Zeitwerte Mio EUR	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
Nicht börsennotierte Vorzugsaktien	43,1		Nein	Aktienkurs der Depotbank
Buchwerte > Zeitwerte	-,--	-,--		

Alle Wertpapiere sind börsenfähig. Alle Papiere des Anlagevermögens werden grundsätzlich nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Im Zusammenhang mit der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wird dargelegt, unter welchen Voraussetzungen von einer dauernden beziehungsweise vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird.

Aktiva 6a / Passiva 3a

Handelsbestand	
Der Handelsbestand gliedert sich zum Bilanzstichtag wie folgt:	
Aktivposten 6a:	EUR
Derivative Finanzinstrumente – extern	1.215.463.131,24
Derivative Finanzinstrumente – intern	265.586.165,72
Forderungen	18.832.588,15
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	105.350.863,61
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.987.752,46
Sonstige Vermögensgegenstände	-,--
Risikoabschlag nach § 340e Absatz 3 HGB	-918.290,62
Passivposten 3a:	
Derivative Finanzinstrumente	1.639.547.229,21
Verbindlichkeiten	-,--

Finanzinstrumente des Handelsbestandes wurden mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert. Als beizulegender Zeitwert wurde entweder der Marktpreis oder ein nach anerkannter Bewertungsmethode ermittelter Preis angesetzt. In Übereinstimmung mit unserer Vorgehensweise bei der internen Risikosteuerung wurde der Risikoabschlag für die Finanzinstrumente des Handelsbestandes anhand der dort angewandten Value-at-Risk-Methode (VaR) ermittelt. Dabei wurde eine Haltedauer von 10 Tagen bei einem Konfidenzniveau von 99 Prozent über einen Beobachtungszeitraum von 250 Handelstagen zu Grunde gelegt. Der unter diesen Annahmen ermittelte Risikoabschlag beträgt 918.290,62 Euro.

Der beizulegende Zeitwert der Finanzinstrumente des Handelsbestandes wurde für Teile der Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere nach allgemein anerkannten Methoden ermittelt. Einzelheiten hierzu sind unter den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beschrieben.

Zum Bilanzstichtag gliedern sich die mit dem beizulegenden Zeitwert bewerteten externen derivativen Finanzinstrumente des Handelsbestandes wie folgt:

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestandes (Teil 1) (Angaben in Mio EUR)	Nominalbetrag bzw. Liefer-/Abnahmeanspruch nach Restlaufzeiten			
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Insgesamt
Eigengeschäfte				
Zinsbezogene Produkte				
OTC-Produkte				
Zinsswaps (gleiche Währung)	6.516,5	18.564,2	12.057,1	37.137,8
Zinsoptionen – Käufe	252,9	412,1	534,5	1.199,5
Zinsoptionen – Verkäufe	92,1	441,6	634,1	1.167,8
Börsengehandelte Produkte				
Zins-Futures	-,--	-,--	-,--	-,--
Währungsbezogene Produkte				
OTC-Produkte				
Devisentermingeschäfte	57,7	49,4	-,--	107,1
Zins-Währungs-Swaps	26,8	126,1	212,5	365,4
Währungsswaps	196,4	861,8	332,7	1.390,9
Devisenoptionen – Käufe	7,2	3,2	-,--	10,4
Devisenoptionen – Verkäufe	7,2	3,2	-,--	10,4
Aktien-/Indexbezogene Produkte				
OTC-Produkte				
Aktien-/Indexoptionen – Käufe	-,--	7,8	-,--	7,8
Aktien-/Indexoptionen – Verkäufe	-,--	4,7	-,--	4,7
Equity-Swaps – Käufe	-,--	-,--	-,--	-,--
Börsengehandelte Produkte				
Futures	0,3	-,--	-,--	0,3
Aktien-/Indexoptionen – Käufe	-,--	-,--	-,--	-,--
Kreditbezogene Produkte				
OTC-Produkte				
CDS – Sicherungsnehmer	-,--	15,0	-,--	15,0
CDS – Sicherungsgeber	-,--	15,0	-,--	15,0
iTraxx – Sicherungsnehmer	-,--	-,--	-,--	-,--
iTraxx – Sicherungsgeber	-,--	-,--	-,--	-,--
Gesamt	7.157,1	20.504,1	13.770,9	41.432,1

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestandes (Teil 2) (Angaben in Mio EUR)	Preis nach Bewertungsmethode	
	positiv	negativ
Eigengeschäfte		
Zinsbezogene Produkte		
OTC-Produkte		
Zinsswaps (gleiche Währung)	975,7	1.417,8
Zinsoptionen – Käufe	34,4	-,--
Zinsoptionen – Verkäufe	0,9	35,6
Börsengehandelte Produkte		
Zins-Futures	-,--	-,--
Währungsbezogene Produkte		
OTC-Produkte		
Devisentermingeschäfte	5,0	4,9
Zins-Währungs-Swaps	97,6	-,--
Währungsswaps	100,1	179,0
Devisenoptionen – Käufe	1,6	-,--
Devisenoptionen – Verkäufe	-,--	1,6
Aktien-/Indexbezogene Produkte		
OTC-Produkte		
Aktien-/Indexoptionen – Käufe	0,2	-,--
Aktien-/Indexoptionen – Verkäufe	-,--	0,1
Equity-Swaps – Käufe	-,--	-,--
Equity-Swaps – Verkäufe	-,--	-,--
Börsengehandelte Produkte		
Futures	-,--	-,--
Aktien-/Indexoptionen	-,--	-,--
Kreditbezogene Produkte		
OTC-Produkte		
CDS – Sicherungsnehmer	-,--	0,1
CDS – Sicherungsgeber	-,--	0,4
iTraxx – Sicherungsnehmer	-,--	-,--
iTraxx – Sicherungsgeber	-,--	-,--
Gesamt	1.215,5	1.639,5

Bei den aufgeführten derivativen Finanzinstrumenten entspricht der beizulegende Zeitwert bei einem aktiven Markt dem Marktpreis. Soweit kein aktiver Markt besteht, wurde der beizulegende Zeitwert anhand folgender Bewertungsmethoden ermittelt. Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 30. Dezember 2010 Verwendung, die den Währungen der jeweiligen Geschäfte entsprechen. Zeitwerte von Optionen wurden anhand des allgemein anerkannten Black-Scholes-Modells ermittelt; für Index-Optionen und europäische Zinsoptionen kam die entsprechend modifizierte Black-Scholes-Formel zur Anwendung. Grundlagen der Bewertung waren der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die impliziten Volatilitäten, die den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen wurden. Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurde der Terminkurs am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen. Zeitwerte von Caps wurden auf der Basis der Methode Black 76 (adaptierte Black-Scholes-Formel) ermittelt. Hierzu wurden Swap-Zinskurven und die den Restlaufzeiten entsprechenden Zinsvolatilitäten zum Bilanzstichtag aus der Quelle Reuters herangezogen.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich im Wesentlichen um Kreditinstitute aus dem OECD-Raum. Zusätzlich wurden derivative Geschäfte mit Kunden abgeschlossen.

Die Höhe künftiger Zahlungsströme der zinsbezogenen Geschäfte kann im Wesentlichen durch die Änderungen der Marktzinssätze beeinflusst werden. Durch den Abschluss gegenläufiger Derivate gleichen sich diese Änderungen jedoch weitgehend aus. Daneben können sich eventuelle Ausfallrisiken auf die Sicherheit der Zahlungsströme auswirken. Durch den Abschluss der Derivate weitgehend mit Kontrahenten einwandfreier Bonität schätzen wir dieses Risiko als gering ein. Akute Ausfallrisiken bei einzelnen Derivaten mit Kunden wurden in ausreichendem Umfang wertberichtet.

Aktiva 7/8

Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen

Für eine Beteiligung mit einem Buchwert von 17,1 Mio EUR wurde zum Stichtag 31. Dezember 2010 gemäß § 253 Absatz 3 Satz 4 HGB auf eine Abschreibung von rund 0,7 Mio EUR auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 16,4 Mio EUR verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird. Die Einschätzung, dass die Wertminderung nicht als dauerhaft anzusehen ist, stellt im Wesentlichen darauf ab, dass eine Verschiebung des bewertungsrelevanten Planungshorizontes beim Beteiligungsunternehmen um circa zwei bis drei Jahre in die Zukunft bei sonst unveränderten Annahmen hinsichtlich der Bewertungsparameter und der zugrundeliegenden Unternehmensplanung zu einem werterhöhenden Effekt führt. Der beizulegende Zeitwert der Beteiligung wird demnach deren Buchwert in den kommenden Jahren wieder erreichen.

Anteilsbesitzliste der Sparkasse KölnBonn gemäß § 285 Nr. 11 und Nr. 11a HGB

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
AV-Gründerzentrum NRW GmbH, Köln ¹⁾	22,7	50,00	0,00
AWG Anlagegesellschaft für Wohnungsbau und Grundbesitz Stommeln mbH & Co. KG, Pulheim ¹⁾	50,0	439,17	76,49
BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG, Köln ¹⁾	100,0	1.619,31	-9.679,04
BioCampus Cologne Management GmbH, Köln ¹⁾	100,0	27,19	0,87
BonnCasa GmbH, Bonn ¹⁾	25,0	-113,04	-39,09
Burg Hemmersbach Betreibergesellschaft mbH, Kerpen ^{1) 5)}	100,0	-572,40	0,00
Campus Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Köln ¹⁾	94,9	2.567,22	-72,04
Campus Zwo Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Köln ¹⁾	100,0	-14,43	-36,81
CORPUS SIREO Holding GmbH, Köln ¹⁾	25,0	76,57	6,82
CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln ^{1) 4)}	25,0	125.880,00	-14.345,00
EUROFORUM Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG, Köln ¹⁾	100,0	24.045,87	-655,96
EUROFORUM Verwaltung GmbH, Köln ¹⁾	100,0	60,19	3,70
EFW Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln ¹⁾	76,0	1.672,62	90,96
EFW2 Immobilien-Beteiligungsgesellschaft mbH, Grünwald ¹⁾	49,8	782,85	-9,22
GAG Immobilien AG ^{1) 3) 4)}	10,5	443.892,04	31.044,58
GID Gewerbeimmobilien Deutschland GmbH, Köln ¹⁾	49,4	26,98	-0,04
GKS - Gesellschaft für KontoService mbH, Köln ¹⁾	100,0	1.239,12	132,63
Golding Capital 2 GmbH & Co. KG, München ¹⁾	45,0	9.080,69	1.165,39
Grund und Boden GmbH ^{2) 3) 5)}	16,5	139.367,39	0,00
GSE Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG, Köln ¹⁾	51,0	-10.974,32	-2.726,35
HC Bauprojektentwicklung GmbH & Co. KG, Köln ¹⁾	100,0	-1.042,49	-453,26
HC Bauprojektentwicklung Verwaltung GmbH, Köln ¹⁾	100,0	89,08	5,70
IAK Dritte Immobilienfonds Köln GmbH, Köln ¹⁾	49,4	25,79	1,03
IAK Immobilienfonds Köln GmbH, Köln ¹⁾	49,4	27,42	0,04
IAK Vierte Immobilienfonds Köln GmbH, Köln ¹⁾	49,4	28,38	-0,08
IAK Zweite Immobilienfonds Köln GmbH, Köln ¹⁾	49,4	30,21	0,01

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
IDEENKAPITAL Media Finance AG, Düsseldorf ¹⁾	25,3	106,73	126,05
IS Integrated Solutions GmbH, Köln ¹⁾	30,2	454,78	93,92
KOPOR Grundbesitzverwaltung GmbH, Köln ¹⁾²⁾	92,5	77,51	7,29
Kredit-Serviceagentur Rheinland in Siegburg GmbH & Co. KG, Siegburg	55,0	4,24	0,00
KSA Verwaltungsgesellschaft mbH, Siegburg	55,0	31,43	1,47
MAGIC MEDIA COMPANY TV-Produktionsgesellschaft mbH, Hürth ¹⁾	100,0	6.863,24	10.250,14
mbw Mittelstandsberatung GmbH, Köln ¹⁾	50,0	76,46	21,78
MMC Independent GmbH, Köln ¹⁾	100,0	-2.870,14	-22,86
MMC Medien-Produktions- und Dienstleistungsgesellschaft mbH, Köln ¹⁾	100,0	20,59	-0,37
moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mbH, Köln ¹⁾	50,0	3.269,71	-1.496,33
modernes köln Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH, Köln ¹⁾	25,0	4.039,48	-40,54
msk-colonia Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Köln ¹⁾	29,0	284,75	761,72
MUK Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Köln ¹⁾	43,3	2.662,17	-569,72
Paglos Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Friedensplatz KG, Pöcking ⁸⁾	100,0	17.005,00	-50,00
Pilgrim Zweite Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Köln	100,0	-49,33	-30,08
ProBonnum GmbH, Bonn	100,0	4.530,73	30,73
PROCONSIL GmbH & Co. KG, Bonn ¹⁾	20,0	52,00	22,90
PROCONSIL Verwaltungs GmbH, Bonn ¹⁾	20,0	28,59	1,00
professional eservices GmbH i. L., Köln ¹⁾⁵⁾	100,0	554,92	0,00
Projektentwicklungsgesellschaft acht bis elf mbH, Köln ¹⁾	49,0	51,87	31,35
Prosystems IT GmbH, Bonn	26,4	4.745,76	1.745,76
Rathaus-Carrée Saarbrücken Grundstücksentwicklungs- gesellschaft mbH & Co. KG, Köln ¹⁾	20,0	119,63	-10,82
Rathaus-Carrée Saarbrücken Grundstücksentwicklungs- gesellschaft Verwaltung mbH i. L., Köln ¹⁾	20,0	102,95	4,31
Region Köln/Bonn-Sparkassen-GbR, Köln ⁶⁾	33,3	5,00	0,00
rheinlandmobil GmbH, Köln ¹⁾	100,0	-41,82	-50,65
Rheinland Venture Capital GmbH & Co. KG, Köln ¹⁾	20,0	2.596,76	-100,24
Rheinwerk 2 GmbH, Bonn ¹⁾	37,0	-391,61	188,91
RSOB Rheinische Sparkassen Online-Broker Beteili- gungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf ⁹⁾	22,5	-7,82	-7,82
RTZ Rechtsrheinisches Technologie- und Gründer- zentrum Köln GmbH, Köln ¹⁾	49,6	-818,18	-126,24
S MittelstandsKapital KölnBonn GmbH, Köln	100,0	10.422,31	616,86
S RheinEstate GmbH, Köln	100,0	907,13	396,11
S RheinEstate Grundbesitz GmbH & Co. KG, Köln ⁷⁾	100,0	9.568,89	-38.229,98
SAVOR Verwaltung GmbH, Köln ¹⁾	100,0	33,99	-0,43
SAVOR Verwaltung GmbH & Co. Objekt Kalk KG, Köln ¹⁾	100,0	-19.017,82	-996,44
Schumannstraße Bonn Immobiliengesellschaft mbH, Bonn ¹⁾	49,0	-189,46	159,19

Name der Gesellschaft	Kapitalanteil in %	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
SK Equity Investments GmbH & Co. KG, Köln ¹⁾	100,0	60.739,12	-19.106,17
SK Equity Investments Verwaltung GmbH, Köln ¹⁾	100,0	34,87	-0,02
SK Leasing Invest GmbH, Köln	100,0	23,29	-0,08
SKB Invest GmbH & Co. KG, Köln	100,0	71.159,66	9.176,20
SKB Kapitalbeteiligungsgesellschaft KölnBonn mbH, Köln ⁷⁾	100,0	24.667,41	-30.646,52
SKBI Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Köln ¹⁾	100,0	k.A.	k.A.
SKI Standort Köln-Immobilien GmbH & Co. KG, Köln ¹⁾	100,0	29.257,65	-8.968,06
SKI Standort Köln-Immobilien GmbH & Co. Objekt Gottfried-Hagen-Strasse KG, Köln ¹⁾	100,0	-1.608,95	-1.130,63
SKI Standort Köln-Immobilien GmbH & Co. Objekt Im MediaPark KG, Köln ¹⁾	100,0	-1.086,77	1.051,43
SKI Standort Köln-Immobilien GmbH & Co. Projekt Butzweilerhof KG, Köln ¹⁾⁷⁾	100,0	10.004,69	-2.053,38
SKI Standort Köln-Immobilien Verwaltung GmbH, Köln ¹⁾	100,0	44,59	3,68
Sparkassen Dienstleistung Rheinland Beteiligungs- gesellschaft mbH i. L., Düsseldorf	25,0	114,77	4,89
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co. KG	24,9	11.999,38	43,11
S-ProFinanz KölnBonn GmbH, Köln ¹⁾	100,0	1.440,10	3.840,17
SRE GmbH & Co. Immobilien Bonn KG, Bonn	100,0	13.374,60	655,02
VEMAG Verlags- und Medien AG, Köln ¹⁾⁴⁾	24,9	15.529,92	4.700,54
Verkäufer GbR Köln Arcaden, Köln ¹⁾	21,3	k.A.	k.A.
VISION Chancenkapi tal Gesellschaft der Sparkassen in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler mbH & Co. KG i. L., Bonn	40,0	1.415,84	-388,21
VISION Chancenkapi tal Verwaltungsgesellschaft der Sparkassen in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler mbH i. L., Bonn	50,0	38,48	1,01
WMD Medical Software GmbH, Erkelenz ¹⁾	33,1	-5.845,40	-3.557,40
WMO-Erste Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG, Bonn ¹⁾	49,8	-7.497,84	556,42

¹⁾ Mittelbar gehalten

²⁾ Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile

³⁾ Angabe gemäß § 340a Absatz 4 Nr. 2 HGB

⁴⁾ Konzernabschluss

⁵⁾ Ergebnisabführungsvertrag

⁶⁾ Angabe gemäß § 285 Nr. 11a HGB

⁷⁾ Es besteht eine Patronatserklärung

⁸⁾ Die Stimmrechte betragen, abweichend zum angegebenen Kapitalanteil, 30,0 %.

⁹⁾ Die Stimmrechte betragen, abweichend zum angegebenen Kapitalanteil, 20,0 %.

Aktiva 9

Treuhandvermögen	EUR
Bei den Treuhandforderungen handelt es sich um Forderungen gegenüber:	
Kreditinstituten	---
Kunden	25.042.589,98

Aktiva 12

Sachanlagen	EUR
In diesem Posten sind enthalten:	
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	754,09

Aktiva 14

Rechnungsabgrenzungsposten	EUR
Hierin sind enthalten:	
Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	92.045,00
(Vorjahr:	136.064,11)
Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	11.569.557,59
(Vorjahr:	17.695.730,69)

Aktiva 15 / Passiva 6a**Aktive latente Steuern / Passive latente Steuern**

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes von 15,83 Prozent und einem Gewerbesteuersatz von 16,47 Prozent unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Bestehende passive latente Steuern haben wir mit aktiven latenten Steuern verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir unter Berücksichtigung des steuerlichen Planungsergebnisses der zukünftigen Wirtschaftsjahre angesetzt.

Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden:

- Forderungen gegenüber Kunden
- Wertpapiere des Anlagevermögens
- Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen
- Rückstellungen für Pensionen oder ähnliche Verpflichtungen
- andere Rückstellungen

Darüber hinaus wurden aktive latente Steuern auf körperschaft- und gewerbsteuerliche Verlustvorträge angesetzt.

Die passiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden folgender Gruppen:

- Anteile an verbundenen Unternehmen
- Sonstige Bilanzpositionen

Wir haben von der Möglichkeit gemäß DRS 18.21, steuerliche Verlustvorträge mit zu versteuernden temporären Differenzen unabhängig vom Realisationszeitpunkt zu verrechnen, keinen Gebrauch gemacht. Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

Entwicklung des Anlagevermögens

Finanzanlagevermögen EUR	Wertpapiere des Anlage- vermögens	Anteile an verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	Sonstige Vermögens- gegenstände
Bilanzwert 01.01.2010	3.286.776.251,48	104.188.874,99	494.597.844,92	16.202.164,24
Veränderungen im Geschäftsjahr	-563.386.780,70	-12.842.833,45	-13.572.784,20	-390.844,88
Bilanzwert 31.12.2010	2.723.389.470,78	91.346.041,54	481.025.060,72	15.811.319,36

Sonstiges Anlagevermögen EUR	Immaterielle Anlagewerte	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstige Vermögens- gegenstände
Anschaffungskosten	13.142.831,84	36.272,78	160.665.952,26	214.567,18
Zugänge	3.770.883,77	-,-	5.029.746,54	-,-
Abgänge	113.822,53	-,-	6.495.295,46	-,-
Umbuchungen	-,-	-,-	-,-	-,-
Zuschreibungen	-,-	-,-	-,-	-,-
Kumulierte Abschreibungen	12.838.291,29	35.518,69	107.947.199,19	3,58
Bilanzwert 31.12.2010	3.961.601,79	754,09	51.253.204,15	214.563,60
(Vorjahr)	(772.128,16)	(754,09)	(55.323.002,88)	(214.563,60)
Abschreibungen im Geschäftsjahr	467.670,61	-,-	8.720.710,27	-,-
(Vorjahr)	(591.073,78)	(369.942,00)	(8.025.253,30)	(-,-)

Passiva 1

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	EUR
In diesem Posten sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	125.146.386,81
(Vorjahr:	663.663.484,40)
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	68.020,06
(Vorjahr:	26.534,23)
Der Unterposten b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:	
bis drei Monate	299.078.117,45
mehr als drei Monate bis ein Jahr	370.878.467,93
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.512.512.797,35
mehr als fünf Jahre	1.228.303.612,11
Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind	EUR
Für die folgenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:	
NRW.Bank Refinanzierungen	786.219.477,84
Offenmarktgeschäfte	-,-

Passiva 2

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	EUR
In diesem Posten sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	52.721.800,11
	(Vorjahr: 58.064.590,80)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	25.828.153,48
	(Vorjahr: 47.681.102,85)
Der Unterposten a) ab) – Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:	
bis drei Monate	629.102.048,76
mehr als drei Monate bis ein Jahr	431.884.030,81
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	26.447.652,71
mehr als fünf Jahre	6.422.520,29
Der Unterposten b) bb) – andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:	
bis drei Monate	1.042.618.143,08
mehr als drei Monate bis ein Jahr	271.285.164,65
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.441.093.797,03
mehr als fünf Jahre	1.554.907.458,70

Passiva 3

Verbriefte Verbindlichkeiten	EUR
In diesem Posten sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-,-
	(Vorjahr: -,-)
Im Unterposten a) – begebene Schuldverschreibungen – sind vor dem 31.12.2011 fällige Beträge enthalten	692.119.585,47

Passiva 4

Treuhandverbindlichkeiten	EUR
Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber:	
Kreditinstituten	24.023.807,76
Kunden	1.018.782,22

Passiva 6

Rechnungsabgrenzungsposten	EUR
In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen enthalten	60.471.714,94
	(Vorjahr: 76.357.303,62)

Passiva 7

Rückstellungen	EUR
----------------	-----

Dem Bilanzposten 7. a) liegen unter anderem arbeitnehmerfinanzierte garantierte Pensionszusagen der Sparkasse KölnBonn zugrunde. Zur Finanzierung dieser Zusagen wurden Investmentfondsanteile erworben sowie Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen und an die Versorgungsberechtigten verpfändet.

Die Vermögensgegenstände sowie die Rückdeckungsversicherungen dienen ausschließlich der Erfüllung der Verpflichtungen aus Pensionsrückstellungen und sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Sie wurden im Geschäftsjahr erstmalig gemäß § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen wie folgt verrechnet:

Erfüllungsbetrag aus der Verpflichtung wegen des fondsbasierten Versorgungswerkes S-BonusVorsorge	3.870.292,00
abzüglich des beizulegenden Zeitwertes der Investmentfondsanteile (Deckungsvermögen)	3.716.425,38
abzüglich des beizulegenden Zeitwertes der Rückdeckungsversicherungen	147.753,00
	3.864.178,38
Nettopensionsrückstellung:	6.113,62

Der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag im Sinne des § 253 Absatz 1 HGB wird als Anwartschaftsbarwert der am Bilanzstichtag erworbenen Anwartschaften ermittelt. Dabei werden unter Anwendung der sogenannten Projected Unit Credit Method (PUC-Methode) Dynamiken berücksichtigt, die fest zugesagt oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu gewähren sind. Dementsprechend enthält der versicherungsmathematische Barwert alle bis zum Bilanzstichtag erfolgten Entgeltumwandlungen der Arbeitnehmer als Mindestleistung.

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB zu verrechnenden Vermögenswerte betragen bei den Investmentfondsanteilen 3.650.733,00 EUR und bei den Rückdeckungsversicherungen 147.753,00 EUR.

Gemäß § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB besteht für Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung und aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen eine Verrechnungspflicht. Dabei wurden Zuschreibungen auf die Investmentfondsanteile in Höhe von 487.946,00 EUR vorgenommen, die in Höhe von 438.446,00 EUR mit Personalaufwendungen und in Höhe von 49.500,00 EUR mit Zinsaufwendungen verrechnet wurden. Darüber hinaus erfolgte eine Verrechnung der Aufwendungen aus der Rückdeckungsversicherung mit den Zuführungen zur Rückstellung in Höhe von 5.275,00 EUR.

Passiva 9

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Absatz 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldforn ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Vereinbart wurden Ursprungslaufzeiten von 5 bis 35 Jahren. Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 27.619.159,42 EUR angefallen. Die Durchschnittsverzinsung der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt 4,25 Prozent. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 23.443.218,32 EUR zur Rückzahlung fällig.

Passiva 10

Genussrechtskapital	EUR
Genussrechtskapital Vorjahr	454.440.831,33
Wiederauffüllung des Rückzahlungsbetrags der Genussrechte aufgrund der Teilnahme am Jahresüberschuss	59.752.113,28
Genussrechtskapital nach Wiederauffüllung	514.192.944,61

Zum Bilanzstichtag waren von der Sparkasse KölnBonn begebene Genussrechte mit einem Nominalvolumen von 524.388.000,00 EUR (Vorjahr: 524.388.000,00 EUR) im Umlauf.

Die Genussrechtstranchen der ISINs XF0004205021 und XF0004205039 nehmen am Jahresfehlbetrag, die sonstigen Genussrechtstranchen am Bilanzverlust des Einzelinstituts Sparkasse KölnBonn durch Verminderung des Genussrechtskapitals teil. Die Berechnung der anteiligen Teilnahme am Jahresfehlbetrag beziehungsweise Bilanzverlust richtet sich nach dem Verhältnis zum sonstigen am Verlust teilnehmenden haftenden Eigenkapital im Sinne des § 10 Absätze 2a, 4 und 5 KWG im jeweiligen Geschäftsjahr. Zinszahlungen sind vertraglich ausgeschlossen, wenn und soweit dadurch ein Jahresfehlbetrag (ISINs XF0004205021 und XF0004205039) beziehungsweise ein Bilanzverlust (bei den übrigen Genussrechtstranchen) für das jeweilige Geschäftsjahr entsteht. Die Sparkasse ist verpflichtet, herabgesetztes Genussrechtskapital in den Folgejahren vorrangig vor der Dotierung der Rücklagen bis zum Nominalwert wieder aufzufüllen und nicht geleistete Zinszahlungen, entsprechend der vertraglichen Vereinbarung, nachzuholen. Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber den Ansprüchen anderer Gläubiger nachrangig.

Die Rückzahlungsbeträge der Genussrechte wurden in Vorjahren aufgrund der anteiligen Teilnahme der Genussrechtstranchen der ISINs XF0004205021 und XF0004205039 an den Jahresfehlbeträgen 2008 und 2009 sowie der anteiligen Teilnahme der sonstigen Genussrechtstranchen am Bilanzverlust 2009 um insgesamt 69.947.168,67 EUR herabgesetzt.

Aus dem Jahresergebnis 2010 wurden die in Vorjahren herabgesetzten Genussrechte um insgesamt 59.752.113,28 EUR wieder aufgefüllt. Davon entfallen entsprechend den jeweiligen vertraglichen Bedingungen 47.236.367,03 EUR auf die Genussrechtstranchen mit den ISINs XF0004205021 und XF0004205039 sowie 12.515.746,25 EUR auf das sonstige Genussrechtskapital, das damit vollständig wieder aufgefüllt ist. Zinszahlungen erfolgten in 2010 aufgrund der vorrangigen Wiederauffüllung des in Vorjahren herabgesetzten Genussrechtskapitals nicht.

Zum Bilanzstichtag belaufen sich die nachzuholenden Zinszahlungen auf 76.374.705,00 EUR (Vorjahr: 38.487.352,50 EUR) und die verbliebenen Wiederauffüllungsverpflichtungen auf 10.195.055,39 EUR (Vorjahr: 69.947.168,67 EUR). Sie gliedern sich wie folgt:

a) Wiederauffüllungsverpflichtungen Genussrechte

ISIN	Endfälligkeit	Nominalbetrag in EUR	Wiederauffüllungs- verpflichtung (kumuliert) in EUR
XF0004205021	2014	150.000.000,00	5.097.527,70
XF0004205039	2014	150.000.000,00	5.097.527,69
Sonstiges Genussrechtskapital	2017 - 2020	224.388.000,00	--
Gesamtsumme		524.388.000,00	10.195.055,39
			(Vorjahr: 69.947.168,67)

b) Zinsansprüche Genussrechte

ISIN	Fälligkeit	Nominalbetrag in EUR	Zinsansprüche (kumuliert) in EUR
XF0004205021	2014	150.000.000,00	24.300.000,00
XF0004205039	2014	150.000.000,00	24.300.000,00
Zwischensumme		300.000.000,00	48.600.000,00
			(Vorjahr: 24.600.000,00)
ISIN	Fälligkeit	Nominalbetrag in EUR	Zinsansprüche (kumuliert) in EUR
XF0004200048	2017	23.000.000,00	2.640.400,00
XF0004200063	2017	10.000.000,00	1.163.000,00
XF0004200071	2017	20.000.000,00	2.314.000,00
XF0004200089	2017	2.000.000,00	231.200,00
XF0004200097	2017	5.000.000,00	576.000,00
XF0004200105	2017	10.000.000,00	1.140.000,00
XF0004200113	2017	1.500.000,00	171.900,00
XF0004200139	2017	3.000.000,00	346.800,00
XF0004200147	2017	5.000.000,00	580.000,00
XF0004200154	2017	3.000.000,00	347.400,00
XF0004200188	2017	1.000.000,00	116.000,00
XF0004200196	2017	20.000.000,00	2.326.000,00
XF0004200204	2017	10.000.000,00	1.161.000,00
XF0004200436	2017	15.000.000,00	1.737.000,00
XF0004200725	2017	20.000.000,00	2.544.000,00
XF0004202507	2018	10.000.000,00	1.394.000,00
XF0004202515	2018	16.000.000,00	2.230.400,00
XF0004202523	2018	3.000.000,00	414.480,00
XF0004202598	2018	10.000.000,00	1.404.000,00
XF0004202846	2018	10.000.000,00	1.381.400,00
XF0004202861	2018	3.500.000,00	479.500,00
XF0004203265	2018	307.500,00	39.360,00
XF0004203323	2018	1.500.000,00	215.400,00
XF0004203927	2018	1.580.500,00	205.465,00
XF0004200808	2020	20.000.000,00	2.616.000,00
Zwischensumme		224.388.000,00	27.774.705,00
			(Vorjahr: 13.887.352,50)
Gesamtsumme		524.388.000,00	76.374.705,00
			(Vorjahr: 38.487.352,50)

Passiva 12

Eigenkapital

Im Vorjahr wurden der Sparkasse KölnBonn seitens des Trägers stille Einlagen in Höhe von 350.000.000,00 EUR gewährt. Die Gewährung erfolgte in zwei Tranchen zu 300.000.000,00 EUR zum 2. Januar 2009 sowie 50.000.000,00 EUR zum 1. April 2009. Zinszahlungen sind vertraglich ausgeschlossen, wenn und soweit für diese Zahlungen kein ausreichender Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr zur Verfügung steht. Die Sparkasse KölnBonn ist nicht verpflichtet, nicht geleistete Zinszahlungen nachzuholen.

Die stillen Einlagen nehmen durch eine anteilige Herabsetzung des Buchwertes an einem Bilanzverlust der Sparkasse KölnBonn teil. Der Anteil bestimmt sich nach dem Verhältnis des Buchwertes der stillen Einlagen zum sonstigen am Verlust teilnehmenden haftenden Eigenkapital im Sinne des § 10 Absätze 2a, 4 und 5 KWG. Durch die Teilnahme am Bilanzverlust 2009 ist bei den Gläubigern ein Anspruch auf Wiederauffüllung der stillen Einlage in Höhe von 19.522.039,26 EUR entstanden. Die Sparkasse KölnBonn ist verpflichtet, die herabgesetzten stillen Einlagen in den Folgejahren bis zum Nominalwert wieder aufzufüllen. Auffüllungen gehen Zuführungen an den Träger der Sparkasse KölnBonn vor. Im Verhältnis zum Genussrechtskapital im Sinne des § 10 Absatz 5 KWG erfolgt die Auffüllung nachrangig.

Im Geschäftsjahr 2010 werden aufgrund des nach vorrangiger Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals ausgeglichenen Bilanzergebnisses der Sparkasse KölnBonn keine Zinsen gezahlt.

Die Wiederauffüllungsverpflichtungen gliedern sich wie folgt:

Stille Einlagen	Nominalbetrag in EUR	Wiederauffüllungs- verpflichtung in EUR
Stille Einlage vom 02.01.2009	300.000.000,00	16.733.176,51
Stille Einlage vom 01.04.2009	50.000.000,00	2.788.862,75
Gesamtsumme	350.000.000,00	19.522.039,26

Erfolgsneutrale Effekte aus der Erstanwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes in Höhe von 25.600.000,00 EUR sind in der Sicherheitsrücklage enthalten.

GuV-Posten 2

Zinsaufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 5.418.305,86 EUR (Vorjahr: --,-- EUR) enthalten.

GuV-Posten 8

Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind keine Erträge aus dem konzerninternen Verkauf von Immobilien enthalten (Vorjahr: 11.131.137,00 EUR).

GuV-Posten 10

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen in Höhe von 649.143,45 EUR (Vorjahr: --,-- EUR) enthalten.

GuV-Posten 12

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In diesem Posten sind Zuschüsse für zwei Tochterunternehmen über insgesamt 18.202.368,91 EUR (Vorjahr: 98.604.060,81 EUR) enthalten. Des Weiteren ist in diesem Posten die Bildung einer Rückstellung für Verpflichtungen gegenüber einer Stiftung in Höhe von 2.611.400,00 EUR (Vorjahr: 25.224.500,00 EUR) enthalten.

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Währungsumrechnung (besondere Deckung) in Höhe von 1.366,83 EUR und der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen in Höhe von 31.984,74 EUR (Vorjahr: --,-- EUR) enthalten.

Derivative Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestandes

Die nachstehenden Übersichten zeigen die noch nicht abgewickelten extern kontrahierten Termingeschäfte außerhalb des Handelsbestandes der Sparkasse KölnBonn zum 31. Dezember 2010.

Derivative Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestandes (Teil 1) (Angaben in Mio EUR)	Nominalbetrag bzw. Liefer-/Abnahmeanspruch nach Restlaufzeiten			
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Insgesamt
Eigengeschäfte				
Zinsbezogene Produkte				
OTC-Produkte				
Zinsswaps (gleiche Währung)	574,2	818,5	615,0	2007,7
Zinsoptionen – Käufe	44,2	44,7	13,2	102,1
Zinsoptionen – Verkäufe	135,9	75,2	4,3	215,4
Börsengehandelte Produkte				
Zins-Futures	-,-	-,-	-,-	-,-
Währungsbezogene Produkte				
OTC-Produkte				
Devisentermingeschäfte	196,2	2,3	-,-	198,5
Zins-Währungs-Swaps	-,-	3,8	20,1	23,9
Währungsswaps	-,-	-,-	-,-	-,-
Devisenoptionen – Käufe	3,4	-,-	-,-	3,4
Devisenoptionen – Verkäufe	3,4	-,-	-,-	3,4
Aktien-/Indexbezogene Produkte				
OTC-Produkte				
Aktien-/Indexoptionen – Käufe	-,-	15,5	-,-	15,5
Aktien-/Indexoptionen – Verkäufe	-,-	-,-	-,-	-,-
Equity-Swaps – Käufe	-,-	22,7	-,-	22,7
Börsengehandelte Produkte				
Futures	-,-	-,-	-,-	-,-
Aktien-/Indexoptionen – Käufe	-,-	-,-	-,-	-,-
Kreditbezogene Produkte				
OTC-Produkte				
CDS – Sicherungsnehmer	5,0	67,0	5,0	77,0
CDS – Sicherungsgeber	-,-	10,0	-,-	10,0
iTraxx – Sicherungsnehmer	-,-	160,0	-,-	160,0
iTraxx – Sicherungsgeber	-,-	10,0	-,-	10,0
Implizit eingebettete Derivate				
Käufe	-,-	-,-	-,-	-,-
Verkäufe	-,-	17,0	-,-	17,0
Gesamt	962,3	1.246,7	657,6	2.866,6

Derivative Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestandes (Teil 2) (Angaben in Mio EUR)	Zeitwert		Buchwert			
	positiv	negativ	Optionsprämien / Variation-Margins / Upfront-Payments		Bilanzposition	Rückstellungen ¹⁾
			positiv	negativ		Bilanzposition
Zinsbezogene Produkte						
OTC-Produkte						
Zinsswaps (gleiche Währung)	64,9	53,2	1,0	2,7	P 6 / A 14	
Zinsoptionen – Käufe	3,0	-,--	-,--	0,6	A 13	
Zinsoptionen – Verkäufe	-,--	5,2	1,2	-,--	P 5	
Börsengehandelte Produkte					-	
Zins-Futures	-,--	-,--	-,--	-,--	-	
Währungsbezogene Produkte						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte	0,8	3,9	-,--	-,--	-	3,3
Zins-Währungs-Swaps	0,4	6,4	-,--	-,--	-	
Währungsswaps	-,--	-,--	-,--	-,--	-	
Devisenoptionen – Käufe	-,--	-,--	-,--	0,1	A 13	
Devisenoptionen – Verkäufe	-,--	-,--	0,1	-,--	P 5	
Aktien-/Indexbezogene Produkte						
OTC-Produkte						
Aktien-/Indexoptionen – Käufe	0,2	-,--	-,--	1,0	A 13	
Aktien-/Indexoptionen – Verkäufe	-,--	-,--	-,--	-,--	-	
Equity-Swaps – Käufe	-,--	7,1	-,--	-,--	-	
Equity-Swaps – Verkäufe	-,--	-,--	-,--	-,--	-	
Börsengehandelte Produkte						
Futures	-,--	-,--	-,--	-,--	-	
Aktien-/Indexoptionen	-,--	-,--	-,--	-,--	-	
Kreditbezogene Produkte						
OTC-Produkte						
CDS – Sicherungsnehmer	3,5	0,1	-,--	0,2	A 14	
CDS – Sicherungsgeber	-,--	0,1	-,--	-,--	-	
iTraxx – Sicherungsnehmer	2,8	0,2	1,0	-,--	P 6	
iTraxx – Sicherungsgeber	-,--	0,3	-,--	0,1	A 14	0,3
Implizit eingebettete Derivate						
Käufe						
Verkäufe			1,2		P 5	
Gesamt	75,6	76,5	4,5	4,7		3,6

¹⁾ In dem angegebenen Betrag sind Rückstellungen von 13,9 Mio EUR für in dieser Tabelle nicht erfasste trennungspflichtige CDS aus synthetischen ABS nicht enthalten.

Die oben aufgeführten Derivate stellen im Wesentlichen Deckungsgeschäfte dar.

Hierbei handelt es sich um in Bewertungseinheiten einbezogene schwebende Geschäfte, zur Absicherung von Kredit- und Währungsrisiken erworbene Derivate sowie um Derivate zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos.

Die Zeitwerte stellen bei börsengehandelten Produkten den Marktwert dar. Für OTC-Produkte, wie zum Beispiel Zinsswaps, wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Marktzinsen basierend ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 30. Dezember 2010 Verwendung, die den Währungen der jeweiligen Geschäfte entsprachen. Die Zeitwerte von Optionen wurden anhand des allgemein anerkannten Black-Scholes-Modells ermittelt; für die Indexoptionen und die europäischen Zinsoptionen wurde die Black-Scholes-Formel entsprechend modifiziert. Grundlagen der Bewertung waren der Marktwert des Underlyings im Verhältnis zum Basispreis, die Restlaufzeit und die impliziten Volatilitäten, die den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen wurden. Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften wurde der Terminkurs am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Diese wurden den Veröffentlichungen der Agentur Reuters entnommen. Zeitwerte von Caps wurden auf der Basis der Methode Black 76 (adaptierte Black-Scholes-Formel) ermittelt. Hierzu wurden Swap-Zinskurven und die den Restlaufzeiten entsprechenden Zinsvolatilitäten zum Bilanzstichtag aus der Quelle Reuters herangezogen.

Die kreditbezogenen Produkte außerhalb des Handelsbestandes beinhalten einerseits Credit Default Swaps beziehungsweise iTraxx mit einem Volumen von 237 Mio EUR, bei denen die Sparkasse Köln-Bonn Sicherungsnehmer ist, andererseits Credit Default Swaps beziehungsweise iTraxx mit einem Volumen von 20 Mio EUR, bei denen die Sparkasse KölnBonn Sicherungsgeber ist. Für die getätigten Credit Default Swaps, bei denen die Sparkasse KölnBonn Sicherungsgeber ist, wurde eine Eventualverbindlichkeit in Höhe von 10 Mio EUR auf der Passivseite der Bilanz unter dem Bilanzstrich 1. b) vermerkt.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente der Sparkasse KölnBonn handelt es sich im Wesentlichen um Kreditinstitute aus dem OECD-Raum. Zusätzlich wurden Derivate mit Kunden abgeschlossen. Für die darüber hinaus bestehenden trennungspflichtigen Credit Default Swaps aus synthetischen ABS-Investments, bei denen die Sparkasse Sicherungsgeber ist, wurden Eventualverbindlichkeiten von 72 Mio EUR auf der Passivseite in Position 1. b) unter dem Bilanzstrich vermerkt.

Strukturierte Produkte

Strukturierte Produkte sind dadurch gekennzeichnet, dass ein verzinsliches oder unverzinsliches Basisinstrument (in der Regel Forderungen oder Wertpapiere) mit einem oder mehreren Derivaten vertraglich zu einer Einheit verbunden ist.

Die in strukturierten Produkten eingebetteten Derivate haben wir grundsätzlich zusammen mit dem Basisinstrument als einheitlichen Vermögensgegenstand beziehungsweise als einheitliche Verbindlichkeit bilanziert. Sofern die strukturierten Produkte durch das eingebettete Derivat im Verhältnis zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche Risiken beziehungsweise Chancen aufwiesen, haben wir eine getrennte Bilanzierung der Bestandteile vorgenommen.

Die in strukturierten Wertpapieren (ABS) enthaltenen Credit Default Swaps werden demnach getrennt bilanziert. Entsprechende Eventualverbindlichkeiten sind in der Bilanz unter dem Bilanzstrich Position 1. b) vermerkt.

Die zur Absicherung strukturierter Eigenemissionen erworbenen Derivate wurden zusammen mit den jeweiligen Grundgeschäften als Bewertungseinheit behandelt.

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen die im Folgenden nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäfte im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB:

Mehrjährige Miet- und Leasingverpflichtungen

Im Jahr 2009 hat die Sparkasse KölnBonn aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen im Rahmen eines Sale-and-lease-back-Geschäftes die sanierungsbedürftige Immobilie Bonn, Friedensplatz an eine Konzerngesellschaft veräußert. Nach erfolgtem Abbruch der Immobilie im Jahr 2010 entsteht eine neu zu errichtende Büro- und Gewerbeimmobilie, deren Nutzung für die Sparkasse KölnBonn als Leasingnehmerin für 20 Jahre (voraussichtlich ab dem ersten Quartal 2013) mit einer Verlängerungsoption um weitere 10 Jahre vertraglich gesichert ist. Darüber hinaus steht ihr vertraglich ein Ankaufsrecht nach Ablauf des Leasingvertrages zu. Die Sparkasse KölnBonn hat aufgrund der Vertragskonstruktion weite Teile der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus der noch zu errichtenden Immobilie zurückbehalten. Die insgesamt über die Vertragsdauer der ersten Periode zu zahlenden Leasingraten belaufen sich voraussichtlich auf 77.503.999,20 EUR (davon 10.656.799,89 EUR innerhalb der nächsten fünf Jahre).

Darüber hinaus hat sich die Sparkasse KölnBonn in früheren Geschäftsjahren aus betrieblichen Gründen für eine Anmietung der zum Geschäftsbetrieb notwendigen Immobilien entschieden und hält selbst keine geschäftlich genutzten Objekte im Eigenbestand. Bei diesen Anmietungen hat die Sparkasse KölnBonn keine über die übliche Mieterstellung hinausgehenden Chancen und Risiken übernommen. Die künftigen Mietverpflichtungen belaufen sich auf insgesamt 256.312.575,68 EUR über einen Zeitraum von bis zu 14 Jahren. Dabei entfallen Mietverpflichtungen in Höhe von 32.869.554,88 EUR auf einen Zeitraum von bis zu einem Jahr, in Höhe von 103.154.946,90 EUR auf mehr als ein Jahr bis fünf Jahre und in Höhe von 120.288.073,90 EUR auf mehr als fünf Jahre.

Außerdem bestehen mehrjährige Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen für Mobilien in Höhe von 1.748.515,63 EUR.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestehen die im Folgenden sonstigen finanziellen Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3a HGB:

Wiederauffüllungsverpflichtungen und Zinsansprüche

Die Angaben zur Wiederauffüllungsverpflichtung der Genussrechte in Höhe von 10.195.055,39 EUR und der nachzuholenden Zinszahlungen für Genussrechte in Höhe von 76.374.705,00 EUR können den Erläuterungen zur Bilanzposition Passiva 10 sowie die Angaben zur Wiederauffüllungsverpflichtung in Höhe von 19.522.039,26 EUR für die stillen Einlagen den Erläuterungen zur Bilanzposition Passiva 12 entnommen werden.

Noch nicht eingeforderte Einlagen bei Beteiligungen und verbundenen Unternehmen

Zum Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen auf noch nicht eingeforderte bedungene Einlagen bei Beteiligungen von 431.739,60 EUR (Vorjahr: 431.739,60 EUR) und bei verbundenen Unternehmen von 41.445.366,65 EUR (Vorjahr: 44.940.748,31 EUR).

Festpreisvergütungen

Zum Bilanzstichtag bestehen in Zusammenhang mit der Abwicklung des immobilienbesicherten Forderungsinkassos Festpreisvergütungsverpflichtungen in Höhe von 14.539.129,54 EUR.

Mittelbare Verpflichtungen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG

Die Anteilseigner der Westdeutschen Landesbank AG (unter anderem der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit 25,03 Prozent) haben in einem "verbindlichen Protokoll" am 24. November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der Westdeutschen Landesbank AG vereinbart. Die Verbandsversammlung des RSGV hat am 10. Dezember 2009 den Vorstandsvorsteher ermächtigt, die zur Umsetzung notwendigen Verträge zu unterzeichnen und Erklärungen abzugeben.

Auf dieser Grundlage wurden am 11. Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der RSGV ist entsprechend seines Anteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd EUR und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd EUR zu übernehmen. Auf die Sparkasse KölnBonn entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (19,94 Prozent). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2010 keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse KölnBonn während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko beabsichtigt die Sparkasse KölnBonn für einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zu bilden. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse nach Ablauf von 10 Jahren findet dann unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt.

Für das Geschäftsjahr 2010 wurde aufgrund der vorrangigen Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals keine Ansparleistung zur Erfüllung der Verlustausgleichspflicht des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes im Rahmen der Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG vorgenommen. Die in 2009 (16.002 TEUR) aufgrund des Jahresfehlbetrages und 2010 (14.942 TEUR) aufgrund der vorrangigen Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals nicht getroffene Vorsorge (kumuliert 30.944 TEUR) wird durch Mehrleistung zum nächstmöglichen Zeitpunkt nachgeholt. Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Sonstige Angaben

Zusatzversorgung

Die Sparkasse KölnBonn ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln (ZVK) sowie der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört jeweils dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I an.

Die Zusatzversorgungskassen haben die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der jeweiligen Satzung und des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vom 1. März 2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Absatz 1 Satz 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungspflicht). Zum 31. Dezember 2000 wurde das frühere Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli um 1,0 Prozent ihres Betrages erhöht. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle fünf Jahre) neu festgesetzt.

Mitgliedschaft in der RZVK

Im Geschäftsjahr 2010 betrug der Umlagesatz bei der RZVK 4,25 Prozent der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2011 unverändert. Die RZVK erhebt zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 Prozent der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 Prozent angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und stetiger Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht wird. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zurzeit nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2009 der RZVK werden die Leistungen zu etwa 20,0 Prozent durch die erzielten Vermögenserträge finanziert, der "Kapitaldeckungsgrad" beträgt etwa 27 Prozent.

Mitgliedschaft in der ZVK

Im Geschäftsjahr 2010 betrug der Umlagesatz bei der ZVK 5,8 Prozent der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (5,5 Prozent Arbeitgeberanteil, 0,3 Prozent Arbeitnehmeranteil). Zum Aufbau einer Kapitaldeckung wird seit dem 1. Januar 2003 ein Zusatzbeitrag erhoben. Dieser Zusatzbeitrag beträgt seit dem Jahr 2007 3,2 Prozent. Es wird derzeit mit einer dauerhaft gleichbleibenden Gesamtbelastung von 9,0 Prozent gerechnet, spätestens nach einer Übergangszeit von insgesamt rund 30 Jahren wird von einer spürbaren Entlastung durch die Kapitaldeckung ausgegangen. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2009 der ZVK werden die Leistungen zu etwa 82,0 Prozent durch Umlagen und im Übrigen durch Vermögenserträge finanziert, der "Kapitaldeckungsgrad" beträgt etwa 34,0 Prozent.

Ausgleichsbetrag

Der für den derzeit nicht vorgesehenen Fall einer Beendigung der Mitgliedschaft oder eines Wechsels in den kapitalgedeckten Abrechnungsverband II anfallende Ausgleichsbetrag belief sich Ende 2010 auf 405,7 Mio EUR; nach Abzug des Kapitalisierungsgrades von 19,0 Prozent (RZVK) beziehungsweise 23,0 Prozent (ZVK) beläuft er sich auf rund 317,2 Mio EUR. Der Ausgleichsbetrag wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet und umfasst den Barwert der Leistungsverpflichtungen der ZVK und der RZVK, die aus der Mitgliedschaft der Sparkasse KölnBonn im umlagefinanzierten Abrechnungsverband I resultieren. Als Rechnungsgrundlagen dienen die Richttafeln RTZVK (ZVK), welche im Jahr 2009 aus den Beständen der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden und all ihrer Kooperationspartner neu abgeleitet wurde beziehungsweise die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck (RZVK). Für die Ermittlung wird ein Rechnungszins von zurzeit 2,25 Prozent herangezogen; das Kasernenvermögen der RZVK beziehungsweise ZVK (Kollektivvermögen aller Mitglieder im umlagefinanzierten Abrechnungsverband I) bleibt unberücksichtigt. Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit des bei Ermittlung des Ausgleichsbetrages zu Grunde gelegten Rechnungszinses mit den unmittelbaren Pensionsverpflichtungen geben wir informativ zusätzlich den Betrag an, der sich bei einem Zinssatz von 5,15 Prozent (§ 253 Absatz 2 Satz 2 HGB in Verbindung mit der Rückstellungsabzinsungsverordnung) ergeben hätte. Dieser Betrag beläuft sich auf 254,9 Mio EUR, nach Abzug des Kapitalisierungsgrades von 29,0 Prozent (RZVK) beziehungsweise 37,2 Prozent (ZVK) beträgt er 166,6 Mio EUR.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei versorgungspflichtigen Entgelten von 177,7 Mio EUR im Jahr 2010 15,5 Mio EUR.

Fremdwährung

In den Aktiva sind Vermögensgegenstände, die auf Fremdwährung lauten, im Gesamtbetrag von 465.679.325,24 EUR enthalten. Von den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung 378.858.721,83 EUR.

Ausschüttungssperre

Für die Ausschüttung gesperrte Beträge im Sinne des § 268 Absatz 8 HGB bestehen in Höhe von 88.145.791,79 EUR. Davon entfallen auf:

Die Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Anlagewerte	745.791,79 EUR
Die Aktivierung latenter Steuern	87.400.000,00 EUR
Die Aktivierung von Vermögensgegenständen zum beizulegenden Zeitwert	0,00 EUR

Eventualverbindlichkeiten

Bei den Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen der Kreditrisikomanagementprozesse geht die Sparkasse KölnBonn für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, hat die Sparkasse KölnBonn ausreichende Rückstellungen gebildet.

Daneben sind Eventualverbindlichkeiten aus verpflichtenden Patronatserklärungen in Höhe von 177.284.228,35 EUR enthalten, davon für die S RheinEstate Grundbesitz GmbH & Co. KG und für die SKB Kapitalbeteiligungsgesellschaft KölnBonn mbH in Höhe von 168.586.100,00 EUR.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage ist die Sparkasse KölnBonn der Auffassung, dass die Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen. Sofern im Einzelfall nicht davon ausgegangen werden kann, wurde eine ausreichende Risikovorsorge gebildet.

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB

Sparkassentypische Geschäftsbeziehungen im Kredit- und Einlagenbereich mit Tochterunternehmen, assoziierten und sonstigen nahe stehenden Unternehmen (die Beteiligungsunternehmen der Stadt Köln und der Bundesstadt Bonn), Personen in Schlüsselpositionen, nahen Familienangehörigen und dem Zweckverband Sparkasse KölnBonn sowie dessen Mitgliedern ergeben sich in folgender Höhe:

Art der Beziehung (Angaben in EUR)	Kredite und Darlehen	Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen	Einlagen
Tochterunternehmen	17.431.855,30	2.352.285,60	7.416.507,42
Assoziierte Unternehmen	191.847.456,62	52.946.989,06	24.759.528,05
Sonstige nahe stehende Unternehmen	1.235.305.967,85	151.003.575,01	559.087.291,01
Personen in Schlüsselpositionen	13.297.119,70	48.770,42	5.649.742,73
Nahe Familienangehörige	665.193,01	2.289,07	1.603.260,98
Zweckverband Sparkasse KölnBonn und Mitglieder des Zweckverbandes	463.791.294,91	70.936,44	367.754.634,56

Die Sparkasse KölnBonn erbrachte Dienstleistungen an den Träger der Sparkasse KölnBonn "Zweckverband Sparkasse KölnBonn" in Höhe von 113.576,02 Euro, die aus satzungsbedingten Vereinbarungen resultierten. Weitere nahe stehende Unternehmen erhielten von den Mitgliedern des Zweckverbandes, der Stadt Köln und der Bundesstadt Bonn, Dienstleistungen in Höhe von 2.507.324,26 Euro. Aus Mietverhältnissen zwischen den Mitgliedern des Zweckverbandes und nahe stehenden Unternehmen resultiert ein Geschäftsvolumen von 292.876,87 Euro. Im Geschäftsjahr tätigten nahe stehende Unternehmen Käufe von den Mitgliedern des Zweckverbandes in Höhe von 859.764,71 Euro. Zudem leisteten nahe stehende Unternehmen Zahlungen an die Mitglieder des Zweckverbandes mit einem Gesamtvolumen von 3.875,00 Euro.

Der Träger der Sparkasse KölnBonn "Zweckverband Sparkasse KölnBonn", die Sparkasse KölnBonn selbst und weitere Tochterunternehmen zahlten im Geschäftsjahr 2010 Jahrespauschalen und Sitzungsgelder beziehungsweise Beiratsvergütungen in Höhe von 359.797,15 Euro an nahe stehende Personen der Sparkasse KölnBonn.

Darüber hinaus erbrachte die Sparkasse KölnBonn Dienstleistungen in Höhe von 1.199.591,88 Euro an ihre Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen. Demgegenüber erhielt sie von diesen Dienstleistungen in Höhe von 26.159.014,86 Euro. Außerdem erhielt die Sparkasse KölnBonn von Tochterunternehmen Mieten aus der Untervermietung von Geschäftsräumen in Höhe von 193.022,48 Euro. Die Sparkasse KölnBonn tätigte Käufe von nahe stehenden Unternehmen mit einem Gesamtvolumen von 176.789,00 Euro.

In den vorstehenden Angaben sind Tochterunternehmen, die in 100-prozentigem Anteilsbesitz der Sparkasse KölnBonn stehen und in den Konzernabschluss einbezogen werden, nicht enthalten.

Die Bezüge der Organmitglieder werden im nachfolgenden Abschnitt aufgeführt. Weitere Personen in Schlüsselpositionen erhielten Gesamtbezüge in Höhe von 1.022.254,74 EUR.

Bezüge und Kredite der Organmitglieder

Die Bezüge der aktiven Vorstandsmitglieder gliedern sich für das Geschäftsjahr wie folgt*:	Grundvergütung	Vorsitzzulage	Sonstiges**	Gesamt
Grzesiek, Artur	450.000,00	112.500,00	106.153,11	668.653,11
Gröschel, Ulrich, Dr.	390.000,00	-,--	16.022,46	406.022,46
Schmalzl, Joachim, Dr.	390.000,00	-,--	28.838,37	418.838,37
Siemons, Christoph, Dr.	390.000,00	-,--	71.576,32	461.576,32
Voigt, Ulrich	390.000,00	-,--	17.925,75	407.925,75
Gesamt				2.363.016,01

*) ausgewiesen in der Gesamtsumme wird das Steuer-Brutto; Bezüge, die nicht über die Abrechnung erfasst wurden (zum Beispiel Sitzungsgelder, Versicherungsprämien) sind in dieser Aufstellung nicht enthalten.

**) unter anderem geldwerte Vorteile (zum Beispiel durch Dienstwagennutzung), Einmalzahlung und Sachbezüge gemäß § 37b Einkommenssteuergesetz. Ergebnisabhängige Zulagen wurden in 2010 nicht gezahlt.

Die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Teilnehmer im Sinne der §§ 11 Absatz 3 Satz 2, 10 Absatz 4 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG NRW) für die Tätigkeit im Verwaltungsrat und dessen Gremien der Sparkasse KölnBonn sowie in den Gremien des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes gliedern sich wie folgt:

	Netto-Betrag**
Börschel, Martin*	41.975,00
Déus, Guido*	27.896,50
Kaupert, Herbert	512,00
Granitzka, Winrich*	31.991,00
Henk-Hollstein, Anna-Maria	512,00
Bentele, Karlheinz, Dr.*	16.122,00
Bacher, Götz	1.536,00
Biskup, Jürgen*	10.237,00
Beauboir-Nink, Renate	0,00
Brief, Rolf*	10.237,00
Mohr, Inge	0,00
Didschun, Jürgen*	10.237,00
Baedorf, Michael	0,00
Frank, Jörg*	16.378,00
Wolter, Andreas	0,00
Hümmrich, Werner*	10.237,00
Klemmer, Johannes	0,00
Kroll, Irmgard*	8.701,00
Schulten, Rainer	1.536,00
Mertens, Rudolf*	10.237,00
Pohl, Markus	1.024,00
Moritz, Barbara*	12.285,00
Reinhardt, Kirsten	0,00
Mosler, Karl, Prof. Dr.*	13.818,00
Gärtner, Ursula	1.536,00
Richter, Bärbel*	24.567,00
Klein, Wilfried	0,00
Schmidt, Tom*	14.333,00
Poppe, Brigitta	0,00
Steffens, Dieter*	15.354,00
Jackel, Birgitta	0,00
Sterck, Ralph*	12.285,00
Houben, Reinhard	512,00
Zimmermann, Michael*	18.426,00
Kaske, Axel	0,00
Nimptsch, Jürgen*	16.890,00
Roters, Jürgen*	21.498,00
Kahlen, Guido*	512,00
Gesamt	351.384,50

*¹⁾ Ordentliche Mitglieder des Verwaltungsrates und Teilnehmer im Sinne der §§ 11 Absatz 3 Satz 2, 10 Absatz 4 SpkG NRW.

**²⁾ Zusätzlich fielen Umsatzsteueranteile in Höhe von 23.437,65 EUR an.

Darüber hinaus wurden Prämienzahlungen für Versicherungen der Organmitglieder geleistet. Für eine D&O-Versicherung der Organmitglieder erfolgte eine pauschale Versicherungsprämie in Höhe von 267.750,00 EUR. Des Weiteren wurden Prämien für eine Gruppen-Unfallversicherung geleistet. Die Prämienzahlungen belaufen sich dabei für Vorstandsmitglieder auf 990,85 EUR und für Verwaltungsratsmitglieder auf 2.078,76 EUR.

Den früheren Mitgliedern des Vorstandes der Sparkasse KölnBonn und deren Hinterbliebenen wurden Gesamtbezüge in Höhe von 3.169.715,76 EUR gewährt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 38.366.532,00 EUR und noch nicht gebildete Rückstellungen aus der Neubewertung nach BilMoG von 2.812.239,00 EUR, die gemäß Artikel 67 Absatz 1 Satz 1 EGHGB spätestens bis zum 31. Dezember 2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel angesammelt werden. Den Mitgliedern des Vorstandes der Sparkasse KölnBonn wurden Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 1.467.465,18 EUR, den Mitgliedern des Verwaltungsrates in Höhe von 3.439.203,61 EUR gewährt.

Honorare des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare gemäß § 285 Nr. 17 HGB erfasst:

a) für die Abschlussprüfung	1.040.493,62 EUR
b) für sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	114.413,25 EUR
c) für Steuerberatungsleistungen	,-,- EUR
d) für sonstige Leistungen	2.550,06 EUR

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt 2010 wurden bei der Sparkasse KölnBonn beschäftigt:

Vollzeitkräfte	2.879
Teilzeit- und Ultimokräfte	1.390
Zwischensumme	4.269
Auszubildende	213
Insgesamt	4.482

Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn bis zum 7. Februar 2010

Vorsitzender	Mitglieder	Stellvertreter
Martin Börschel Mitglied des Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen Selbstständiger Rechtsanwalt Jurist	Götz Bacher Rentner Fernmeldetechniker	Johannes Waschek Privatier Bau- und Kunstschlosser/ Maschinenbautechniker
Erster stellvertretender Vorsitzender:	Michael Baedorf Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Daniel Falterbaum Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
Wilfried Klein Lehrer Geschäftsführer Willi-Eichler-Bildungswerk	Jürgen Biskup Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Frank Ewald Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Diplom-Kaufmann
Zweiter stellvertretender Vorsitzender:	Guido Déus Beamter Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Diplom-Finanzwirt	Herbert Kaupert Selbstständiger Rechtsanwalt Jurist
Winrich Granitzka Leitender Polizeidirektor a. D. Unternehmensberater Geschäftsführender Gesellschafter der Granitzka Security Consult GmbH	Konrad Dröschel Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann	Josef Breitbach Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Diplom-Sparkassenbetriebswirt
	Jörg Frank Angestellter SAP-Berater HDI-Gerling Leben Betriebsservice GmbH (bis 31.03.2010) Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln	Andreas Wolter Controllier BRUNATA Wärmemesser- Gesellschaft Schultheiss GmbH & Co. Diplom-Betriebswirt
	Ursula Gärtner Abteilungsleiterin Landschaftsverband Rheinland Diplom-Volkswirtin	Andreas Köhler Geschäftsführer der Köhler GmbH & Co. KG Diplom-Wirtschaftsingenieur
	Herbert Gey Pensionär Versicherungskaufmann	Margret Dresler-Graf Hausfrau Diplom-Verwaltungswirtin
	Winrich Granitzka Leitender Polizeidirektor a. D. Unternehmensberater Geschäftsführender Gesellschafter der Granitzka Security Consult GmbH	Dr. Michael Paul Ministerialbeamter Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Jurist

Mitglieder	Stellvertreter
Walter Grau Pensionär Diplom-Ingenieur Telekommunikation	Karsten Möring Lehrer Land Nordrhein-Westfalen
Benedikt Hauser Geschäftsbereichsleiter Wirtschaft und Personal Regionalverkehr Köln GmbH Jurist	Wolfgang Maiwaldt Pensionär Hochfrequenz-Ingenieur
Werner Hümmrich Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Rolf Brief Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
Axel Kaske Rentner Kaufmann	Walter Kluth Lehrer Land Nordrhein-Westfalen
Rudolf Kipp Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Andreas Brünjes Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
Wilfried Klein Lehrer Geschäftsführer Willi-Eichler-Bildungswerk	Rolf Eichenhorst Beamter Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern Diplom-Ingenieur
Karl Jürgen Klipper Selbstständiger Steuerberater Diplom-Kaufmann	Henricus van Benthem Selbstständiger Versicherungsmakler Versicherungskaufmann
Irmgard Kroll Produktmanagerin Prosystems IT GmbH Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Bankkauffrau	Rainer Schulten Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
Rudolf Mertens Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Hans-Jürgen Vogt Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
Inge Mohr Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Lehrerin	Doris Kemen Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Bankkauffrau

Mitglieder	Stellvertreter
Barbara Moritz Lehrerin Land Nordrhein-Westfalen	Elisabeth Thelen Kaufmännische Angestellte RheinEnergie AG Lehrerin
Markus Pohl Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Jürgen Didschun Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
Bärbel Richter Angestellte Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Archivarin	Erika Coché Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Niederkassel Diplom-Sozialpädagogin
Tom Schmidt Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Bundesstadt Bonn	Brigitta Poppe Oberlandwirtschaftsrätin Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald- Osteifel Diplom-Oecotrophologin
Dieter Steffens Pensionär Soldat a. D.	Karl-Wilhelm Starcke Wissenschaftlicher Mitarbeiter Fraunhofer Institut für sichere Informationstechnologie Bankkaufmann
Ralph Sterck Hauptgeschäftsführer des FDP-Landesverbandes in Nordrhein-Westfalen Diplom-Kaufmann	Reinhard Houben Geschäftsführender Gesellschafter der Arnold Houben GmbH Diplom-Kaufmann
Michael Zimmermann Verwaltungsangestellter Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln Literaturwissenschaftler	Monika Möller Lehrerin Land Nordrhein-Westfalen

Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn ab dem 8. Februar 2010

Vorsitzender	Mitglieder	Stellvertreter
Martin Börschel Mitglied des Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen Selbstständiger Rechtsanwalt Jurist	Dr. Karlheinz Bentele Präsident des RSGV a. D. Staatssekretär a. D. Verwaltungswissenschaftler	Götz Bacher Rentner Fernmeldetechniker
Erster stellvertretender Vorsitzender:	Jürgen Biskup Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Renate Beauboir-Nink Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Einzelhandelskauffrau
Guido Déus Beamter Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Diplom-Finanzwirt	Rolf Brief Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Inge Mohr Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Lehrerin
Zweiter stellvertretender Vorsitzender:	Guido Déus Beamter Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Diplom-Finanzwirt	Herbert Kaupert Selbstständiger Rechtsanwalt Jurist
Winrich Granitzka Leitender Polizeidirektor a. D. Unternehmensberater Geschäftsführender Gesellschafter der Granitzka Security Consult GmbH	Jürgen Didschun Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Michael Baedorf Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
	Jörg Frank Angestellter SAP-Berater HDI – Gerling Leben Betriebsservice GmbH (bis 31.03.2010) Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln	Andreas Wolter Controller BRUNATA Wärmemesser- Gesellschaft Schultheiss GmbH & Co. Diplom-Betriebswirt
	Winrich Granitzka Leitender Polizeidirektor a. D. Unternehmensberater Geschäftsführender Gesellschafter der Granitzka Security Consult GmbH	Anna-Maria Henk-Hollstein Selbstständige Kauffrau Kauffrau in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen
	Werner Hümmrich Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Johannes Klemmer Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
	Irmgard Kroll Produktmanagerin Prosystems IT GmbH Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Bankkauffrau	Rainer Schulten Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
	Rudolf Mertens Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Markus Pohl Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt

Mitglieder	Stellvertreter
Barbara Moritz Lehrerin Land Nordrhein-Westfalen	Kirsten Reinhardt Freiberufliche Wirtschaftsjournalistin Diplom-Kauffrau
Prof. Dr. Karl Mosler Universitätsprofessor Universität zu Köln Diplom-Mathematiker	Ursula Gärtner Abteilungsleiterin Landschaftsverband Rheinland Diplom-Volkswirtin
Bärbel Richter Angestellte Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Archivarin	Wilfried Klein Lehrer Geschäftsführer des Willi-Eichler-Bildungswerkes
Tom Schmidt Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Bundesstadt Bonn	Brigitta Poppe Oberlandwirtschaftsrätin Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel Diplom-Oecotrophologin
Dieter Steffens Pensionär Soldat a. D.	Birgitta Jackel Abteilungsleiterin Galeria Kaufhof GmbH Diplom-Volkswirtin
Ralph Sterck Hauptgeschäftsführer des FDP-Landesverbandes in Nordrhein-Westfalen Diplom-Kaufmann	Reinhard Houben Geschäftsführender Gesellschafter der Arnold Houben GmbH Diplom-Kaufmann
Michael Zimmermann Verwaltungsangestellter Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln Literaturwissenschaftler	Axel Kaske Rentner Kaufmann

Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn ab dem 1. Januar 2011

Vorsitzender	Mitglieder	Stellvertreter
Martin Börschel Mitglied des Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen Selbstständiger Rechtsanwalt Jurist	Dr. Karlheinz Bentele Präsident des RSGV a. D. Staatssekretär a. D. Verwaltungswissenschaftler	Götz Bacher Rentner Fernmeldetechniker
Erster stellvertretender Vorsitzender:	Klaus Bersch Verwaltungschef Rheinischer Landwirtschafts-Verband e. V. und Rheinischer Landwirtschafts- Verlag GmbH Bilanzbuchhalter IHK	Birgitta Jackel Abteilungsleiterin Galeria Kaufhof GmbH Diplom-Volkswirtin
Guido Déus Beamter Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Diplom-Finanzwirt	Jürgen Biskup Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Renate Beauboir-Nink Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Einzelhandelskauffrau
Zweiter stellvertretender Vorsitzender:	Rolf Brief Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Inge Mohr Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Lehrerin
Winrich Granitzka Leitender Polizeidirektor a. D. Unternehmensberater Geschäftsführender Gesellschafter der Granitzka Security Consult GmbH	Guido Déus Beamter Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Diplom-Finanzwirt	Dieter Steffens Pensionär Soldat a. D.
	Jürgen Didschun Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Michael Baedorf Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
	Winrich Granitzka Leitender Polizeidirektor a. D. Unternehmensberater Geschäftsführender Gesellschafter der Granitzka Security Consult GmbH	Anna-Maria Henk-Hollstein Selbstständige Kauffrau Kauffrau in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen
	Werner Hümmrich Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Johannes Klemmer Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
	Irmgard Kroll Produktmanagerin Prosystems IT GmbH Sparkassenangestellte Mitarbeitervertreterin Bankkauffrau	Rainer Schulten Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt
	Rudolf Mertens Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt	Markus Pohl Sparkassenangestellter Mitarbeitervertreter Bankkaufmann Sparkassenbetriebswirt

Mitglieder	Stellvertreter
Barbara Moritz Lehrerin Land Nordrhein-Westfalen	Jörg Frank Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Köln
Prof. Dr. Karl Mosler Universitätsprofessor Universität zu Köln Diplom-Mathematiker	Ursula Gärtner Abteilungsleiterin Landschaftsverband Rheinland Diplom-Volkswirtin
Bärbel Richter Angestellte Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Archivarin	Wilfried Klein Lehrer Geschäftsführer des Willi-Eichler-Bildungswerkes
Tom Schmidt Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Bundesstadt Bonn	Brigitta Poppe Oberlandwirtschaftsrätin Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Westerwald-Osteifel Diplom-Oecotrophologin
Ralph Sterck Hauptgeschäftsführer des FDP-Landesverbandes in Nordrhein-Westfalen Diplom-Kaufmann	Reinhard Houben Geschäftsführender Gesellschafter der Arnold Houben GmbH Diplom-Kaufmann
Martin Wambach Geschäftsführender Gesellschafter der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Rödl & Partner GbR Diplom-Kaufmann Wirtschaftsprüfer Steuerberater Umweltgutachter	Andreas Wolter Controller BRUNATA Wärmemesser- Gesellschaft Schultheiss GmbH & Co. Diplom-Betriebswirt
Michael Zimmermann Verwaltungsangestellter Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln Literaturwissenschaftler	Axel Kaske Rentner Kaufmann

Vorstand

Vorsitzender

Artur Grzesiek

Folgende Mitglieder des Vorstandes und Mitarbeiter der Sparkasse KölnBonn sind Mitglieder des Aufsichtsrates von Kapitalgesellschaften gemäß § 340a Absatz 4 Nr. 1 HGB:

Mitglieder

Dr. Ulrich Gröschel

Dr. Joachim Schmalzl

Ulrich Voigt

Dr. Christoph Siemons

Vorstand

Artur Grzesiek

- Mitglied des Aufsichtsrates der Landesbank Berlin Holding AG
- Mitglied des Aufsichtsrates der Landesbank Berlin AG

Ulrich Voigt

- Mitglied des Aufsichtsrates der Vereinigte Bonner Wohnungsbau AG

Mitarbeiter

Dr. Gereon Sommerhäuser

- Mitglied des Aufsichtsrates der GAG Immobilien AG (bis 31.08.2010)

Versicherung des Vorstandes gemäß §§ 264 Absatz 2 Satz 3 und 289 Absatz 1 Satz 5 HGB in Verbindung mit § 2 Absatz 7 WpHG, § 327a HGB:

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung der Jahresabschluss der Sparkasse KölnBonn ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Sparkasse KölnBonn so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Sparkasse KölnBonn beschrieben wird.

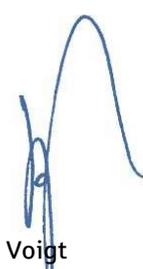
Köln, den 4. Mai 2011


Grzesiek


Dr. Gröschel


Dr. Schmalzl


Dr. Siemons


Voigt

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse KölnBonn für das Geschäftsjahr vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss – unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung – und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse KölnBonn. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse KölnBonn und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, verweisen wir auf die Ausführungen des Vorstands im Lagebericht. Dort wird im Risikobericht zu einem Kreditengagement in einer Gesamthöhe von derzeit 113,0 Mio EUR sowie zu einer Vielzahl von Einzelengagements zur Refinanzierung von Fondsbeteiligungen auf rechtliche Risiken hingewiesen, die sich auch auf die Werthaltigkeit der Forderungen auswirken können. Wir weisen darauf hin, dass die Bewertung der rechtlichen Risiken - obgleich die von der Sparkasse zugrunde gelegte Einschätzung nachvollziehbar ist - mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist.

Düsseldorf, den 31. Mai 2011

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes



Theemann
Wirtschaftsprüfer



Krüppel
Verbandsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat hat im Geschäftsjahr 2010 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen, insbesondere die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht sowie ihn in wichtigen Fragen beraten. Der Vorstand informierte den Verwaltungsrat laufend schriftlich und mündlich in insgesamt dreizehn Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Risikolage und das Risikomanagement der Sparkasse KölnBonn. In diesen Sitzungen fasste der Verwaltungsrat die nach dem Gesetz erforderlichen Beschlüsse.

Aktuelle Einzelthemen wurden in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates und dem Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse KölnBonn erörtert. Zusätzlich wurden diese in acht Sitzungen des Präsidiums des Verwaltungsrates (Vorsitzender des Verwaltungsrates sowie sein erster und zweiter Stellvertreter) mit dem Vorsitzenden des Vorstandes sowie – teilweise – erweitert um die Oberbürgermeister der Städte Köln und Bonn erörtert und anschließend in die Sitzungen des Verwaltungsrates eingebracht.

Schwerpunkte der Verwaltungsratsstätigkeit

Der Verwaltungsrat hat sich nach der Kommunalwahl 2009 neu konstituiert und seine Gremien gebildet.

Im Geschäftsjahr 2010 hat der Verwaltungsrat das Beihilfverfahren der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland/Sparkasse KölnBonn weiterhin intensiv begleitet. Die hieraus resultierenden Ergebnisse, die den Verwaltungsrat betreffen, wurden bereits im Rahmen des vereinbarten Zeitplans umgesetzt (Erhöhung der Anzahl externer Mitglieder im Verwaltungsrat, Umgestaltung von Gremien etc.). Der Verwaltungsrat begleitet darüber hinaus die Umsetzung der Maßnahmen, die in den Aufgabenbereich des Vorstandes der Sparkasse KölnBonn fallen.

Die Aufarbeitung der Sonderthemen wurde in 2010 in zahlreichen Sitzungen intensiv begleitet.

Insbesondere verschiedene Berater- und Dienstleistungsverträge sowie das Bauvorhaben Rheinparkmetropole waren auch in 2010 mehrfach Gegenstand der Beratungen und Entscheidungen des Verwaltungsrates.

Der Verwaltungsrat hat sich auch in mehreren Sitzungen mit den Veröffentlichungspflichten der Sparkasse KölnBonn aufgrund des Transparenzgesetzes NRW beschäftigt.

Im Rahmen der regelmäßigen Information des Verwaltungsrates über die Risikosituation der Sparkasse KölnBonn wurde die Risikolage des Institutes im Verwaltungsrat intensiv diskutiert. Im Fokus standen weiterhin die bedeutenden Beteiligungen.

Der Verwaltungsrat hat sich in 2010 auf mehreren Sitzungen mit den Themen WestLB und DekaBank beschäftigt. Ziel war hier, gemeinsam mit den Partnern in der Sparkassenorganisation tragfähige Lösungen für die Sparkasse KölnBonn zu finden.

Die nach den Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute (MaRisk) regelmäßig an das Aufsichtsgremium zu erstattenden Berichte wurden zu den quartalsmäßigen Stichtagen vorgelegt und waren jeweils Gegenstand einer ausführlichen Erörterung in den Sitzungen des Verwaltungsrates. Ein Schwerpunkt lag dabei auf der Risikotragfähigkeit der Sparkasse.

Weiterbildungsangebote an die Mitglieder des Verwaltungsrates

Die Weiterbildung von Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde durch die Teilnahme an verschiedenen Seminarveranstaltungen des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes sowie an einer Fachtagung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen fortgesetzt.

Tätigkeit der internen Revision

Im Rahmen der vom Verwaltungsrat erlassenen Dienstanweisung prüfte die Innenrevision unvermutet und planmäßig in allen Geschäftsbereichen. Schwerpunkte wurden dabei auf die Funktionsfähigkeit des Kontrollsystems, die Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit betrieblicher Arbeitsverfahren und -abläufe sowie die Überwachung des Kreditgeschäftes gelegt. Der Verwaltungsrat wurde im Berichtsjahr über die Tätigkeit der Innenrevision im Geschäftsjahr 2010 informiert. Zusätzlich war die Innenrevision auch im Berichtsjahr mit der Aufarbeitung der Sonderthemen befasst. Über die jeweiligen Ergebnisse wurde der Verwaltungsrat informiert.

Entlastung der Organe der Sparkasse KölnBonn

Der "Zweckverband Sparkasse KölnBonn" als Träger der Sparkasse KölnBonn, an dem die Stadt Köln zu 70 Prozent und die Bundesstadt Bonn zu 30 Prozent beteiligt sind, hat dem Organ Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn im Berichtsjahr für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Prüfung und Bestätigung des Jahresabschlusses 2010

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf, nahm die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen des Jahresabschlusses sowie des Kredit- und Depotgeschäftes vor. Sie bestätigte, dass die geprüften Sachverhalte sachkundig und sorgfältig bearbeitet wurden und dass das Rechnungswesen den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entspricht. Dem vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht 2010 der Sparkasse KölnBonn (Anstalt des öffentlichen Rechts) wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat hat auf Empfehlung des Bilanzprüfungsausschusses den Jahresabschluss 2010 festgestellt und den Lagebericht des Vorstandes gebilligt. Der ausgewiesene Überschuss nach Steuern in Höhe von 59,8 Mio Euro wird durch die vorrangige Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals reduziert. Davon entfallen entsprechend den jeweiligen vertraglichen Bedingungen 47,3 Mio EUR auf die Genussrechtstranchen mit den ISINs XF0004205021 und XF0004205039 sowie 12,5 Mio EUR auf das sonstige Genussrechtskapital, das damit vollständig wieder aufgefüllt ist. Danach wird für das Geschäftsjahr 2010 ein ausgeglichenes Bilanzergebnis ausgewiesen.

Dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spricht der Verwaltungsrat Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, den 21. Juni 2011

Der Vorsitzende des
Verwaltungsrates der Sparkasse KölnBonn



Martin Börschel